

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis für den Einzelkäufer: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf.; frei ins Haus. Einjährige Nummer 5 Mk. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzeit oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 7. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Selbstbeschmutzung.

So hat denn der blaueschwarze Klüngel das Hausknachtsgesetz beschlossen! Nicht ganz so, wie es von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagen war. Das Objekt der Kröcherigen Präsidialgewalt soll nicht für sechs oder gar zwölf Sitzungen ausgeschlossen werden, sondern nur für eine Sitzung. Den Herren scheinen denn doch noch in letzter Minute Bedenken dagegen aufgestiegen zu sein, den allzu plumpen und brutalen Verfassungsbruch zu verüben. So begnügte man sich mit dem, was dieselbe reaktionäre Gesellschaft bereits 1894 im Reichstage beschlossen hatte. Auch der Reichstagsbeschluss verstoßt ja zweifellos gegen die Verfassung, er hat eben deshalb keine weitere Beachtung empfunden, weil er ja nur auf dem Papier steht und in dem einzigen Falle, wo er einmal zur Anwendung gelangte, von dem Betroffenen, dem Abgeordneten Singer, einfach ignoriert wurde. Im Abgeordnetenhaus nun soll, so gleich der Vloed der Ritter und Heiligen weiter, in einem gleichen Falle die Hausknachtsordnung in Kraft treten: der Ausschlossene soll durch einen Polizeileutnant und zehn Mann gewaltsam aus dem Saale entfernt werden können.

Die Selbstbeschmutzung des Parlaments wäre damit vollzogen. Freilich einstweilen nur in der Theorie, auf dem Papier! Denn ob selbst eine so robuste Junternatur wie Jordan v. Kröcher es auf den Versuch antommen lassen würde, die Hausknachtsbestimmung in die Praxis umzusetzen, ist mehr als zweifelhaft. Denn wenn selbst ein nationalliberaler Landgerichtsdirektor die Verwendung von Polizeisten zu den vorgezeichneten Hausknachtszwecken als größtenteils Ungeheuerlichkeit brandmarken und jeden Widerstand gegen jolch geschwibrige Insulten für erlaubte Notwehr erklären mußte, so dürfte auch ein noch so sehr zu Erzessen neigender „starker Mann“ vor den Konsequenzen eines solchen Gewalttates zurückschrecken. Wir glauben daher, daß das strupellose Bekenntnis zur Gesetzesverachtung und zu Vergewaltigungsgelüsten weiter keine Folgen haben wird, als die ohnehin so minimale Achtung vor dem Dreiklassenparlament vollends auf den Nullpunkt herabzubringen!

Welch böses Gewissen den blau-schwarzen Vloed plagte, verriet schon die endlosen Reden seiner Wortführer. Im Schweiß ihres Angesichts und unter Aufhäufung eines ganzen Büschels juristisch-gelahrtsamer Mühen ließen sie sich, die verfassungswidrigen und sonstigen gesetzlichen Bedenken zu entkräften, die sie noch vor kurzem in der Kommission mit dem Wörtchen „lächerlich“ abtun zu können geglaubt hatten. Dabei besaß der Zentrumsredner Herr Roeren den erstaunlichen Mut, sich auf die Geschäftsordnungsbestimmungen des Auslaufes zu beziehen — als ob nicht bereits im Jahre 1879 gerade die Zentrumsredner diese Verfassung auf die demokratischen Parlamente Englands, Frankreichs und Amerikas als die abgeschmackteste Heuchelei gekennzeichnet hätten! Und wenn Herr Roeren auf die Geschäftsordnung der württembergischen Zweiten Kammer verwies, wo die zwangweise Entfernung ebenfalls beschlossen worden sei, ohne den Widerstand der Sozialdemokraten zu fürchten, so bedundete er auch hier einen erstaunlichen Mangel an Unterscheidungsvermögen. Sicherlich hätten unsere Genossen sich schon des Prinzips wegen gegen die betreffende Geschäftsordnungsbestimmung erklären sollen; aber daß diese Bestimmung in der auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden württembergischen Kammer niemals zum Zwecke der brutalen Vergewaltigung einer oppositionellen Minorität mißbraucht werden dürfte, ist ebenso unwahrscheinlich, wie der Mißbrauch der Geschäftsordnung in der preussischen Duma wahrscheinlich ist! Es kommt eben alles auf die demokratischen Rechtsgarantien an! Wo Junter und Pfaffen das Regiment führen und die Vertretung des Volkes eine hoffnungslose Widerpart bildet, ist es geradezu unausbleiblich, daß der Ingrimm der rücksichtslos gebrauchten und dadurch in ihren Privilegien bedrohten Mehrheit sich in brutalen Gewalttätigkeiten Luft macht!

Das ist so sonnenklar, daß die ewig wiederholten Behauptungen der Bestürmter des Hausknachtsparagraphen, man denke gar nicht daran, eine bestimmte Partei oder Richtung zu vergewaltigen, sondern wolle sich einzig und allein gegen Friedensstörer und „Verbrecher“ schützen, nur komisch wirken. Die Geschichte des Hausknchtsparagraphen selbst strafft ja diese schöne Fabel Lügen! Wann hätte die Sozialdemokratie jemals die Verhandlungen erschwert oder die „Würde“ des Hauses verletzt? Wann hätte sie auch nur jemals rednerische Erzesse begangen, wie die bürgerlichen Abgeordneten zur Konfliktzeit! Was bedeutet den Angriffen und Invektiven gegenüber, die die Walddel, Gneist, Westen usw. gegen den Fürsten Bismarck schleuderten, das „Pini“ gegen Herrn v. Bethmann Hollweg! Und wann hätte jemals ein Sozialdemokrat einem Regierungsvertreter so höhnliche und ehrenrührige Beleidigungen entgegengeschleudert, wie just der Abg. Roeren sie Herrn Dornburg in der Reichstags-sitzung vom 3. Dezember 1906 an den Kopf warf! Und dieser nämliche Herr Roeren hatte die Stirn, einen Hausknchtsparagraphen gegen sozialdemokratische Erzesse zu verlangen!

Was Zentrum und Rechte in elender Heuchelei als Verletzungen der parlamentarischen Sitte und Ordnung denunzieren, ist eben nichts als die ehrliche und rücksichtslose Kritik

der schamlosen Volksverräterei der herrschenden Klassen und ihrer Regierungshandlanger im allgemeinen und des blaueschwarzen Antivahlrechtsblocks im besonderen! Sollte die Sozialdemokratie dem Urheber und Verantwortlichen der insamen Volksverhöhnung, dem Herrn v. Bethmann Hollweg, für seine Vorlage etwa eine Ovation bereiten? Nein, das kräftige und wiederholte Pini der sozialdemokratischen Abgeordneten war noch die denkbar gelindeste Form, den Gefühlen der Entrechteten und Verhöhnerten Ausdruck zu verleihen! Mögen die Rugnieker der Dreiklassenherrschaft und alle alten Weiber des fenil gewordenen Liberalismus über diese Verletzung des guten Tones heulmeiern: die Laten des Bürgertums aus der Zeit, wo es selbst noch eine kraftvolle Oppositionspartei war, beweisen wahrhaftig keine größere Rücksichtnahme auf die hohle Etikette!

Sobald wirklich politische Gegensätze aufeinanderprallen, fliegen auch die Späne. Das bewiesen die Verhandlungen des Dreiklassenparlaments während der Konfliktzeit, das beweisen die Kulturkampfdebatten! Und den Kämpfern der bürgerlichen Parteien untereinander lagen doch noch bei weitem nicht die tiefen, unüberbrückbaren Gegensätze zugrunde, wie sie den Kampf zwischen Bürgertum und Proletariat beherrschten! Und da verlangt man, daß auch bei dem erbittertesten Ringen jederzeit der sogenannte „gute Ton“ respektiert werde?

Die Kämpfe unserer bürgerlichen Parteien untereinander sind längst kein Ringen mehr um die Herrschaft eines Prinzips, sogar nicht einmal mehr ein Ringen um die Macht. Es handelt sich höchstens noch um die Verteilung der Macht, um Grenzstreitigkeiten, um parlamentarische Kombinationen, um gegenseitiges Sichtreitigkeiten der Regierungsgunst. Da ist es kein Wunder, wenn auch die Tonart der Polemik abgedämpft worden ist. Man rückt sich nicht mehr auf Tod und Leben auf den Leib, sondern man geht höchstens auf die Menzur, man eskuliert allerlei Fechterkunststücke. Man sucht eine Virtuosität darin, sich unter der weltmännischen Maske äußerer Höflichkeit allerlei Bosheiten zu sagen. Und auf diese erbärmliche Kunst tut man sich gar noch etwas zugute! Man erklärt es wohl gar für ein Zeichen von Geist und Geschma, auch bei den kleinlichsten und gehäßigsten Kontroversen ja nicht den äußeren „Anstand“ zu verletzen, wieviel Gemütsruhe und Besinnungsniedertracht sich auch hinter dem trügerischen Hirnis verbergen mag!

Weil nun die Vertreter der Arbeiterklasse die wahrlich nicht allzu schwer zu erlernenden Klünne dieses „guten Tons“ verachten und es für ihre Pflicht halten, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, deshalb die Entrüstung der Entlarpten! Deshalb das Geschrei über den schlechten Ton, über die Verwahrlosung der parlamentarischen Sitten und die verletzte „Würde“ des Geldsachparlaments!

Die verlogene Komödie ist denn auch kläglich verpufft! Selbst solche Parteien, die in die wehleidigen Klagen über die Verrohung der Tonart durch die Sozialdemokratie mit einstimmen, wieviel entrüstet die Zustimmung von sich, an der brutalen Niedertrampfung dieser bösen Sozialdemokratie teilzunehmen. Gätte nicht das Zentrum von neuem perfidischen Verrat an den Volkswerten und seinen eigenen Traditionen geübt, so wäre die ganze Aktion auch rein äußerlich schon kläglich ins Wasser gefallen gewesen. Nur dadurch, daß sich das Zentrum — einschließlich der „Arbeitervertreter“ Gronsowski, Sauermann und Konjorten! — wieder einmal den Junkern mit Haut und Haaren verschrieb, fand der Hausknchtsparagraph Annahme.

Nun steht er im Protokoll, als ewiges Schandmal des „demokratischen“ Zentrums, als einer der zweifellos letzten Gewalttate des Geldsachparlaments. Ob er jemals zur Anwendung gelangen wird, ist freilich mehr als fraglich! Nicht etwa deshalb, weil die Drohung des Hinauswurfs auf die sozialdemokratischen Abgeordneten „erzieherisch“ oder „abschreckend“ wirken könne. Das halbe Duzend Genossen, das im Dreiklassenhaufe Pionierdienste zu leisten hat, wird mit derselben Rücksichtslosigkeit und mit demselben Eifer seiner kritischen Tätigkeit obliegen wie bisher. Es wird der Klage jederzeit die Schelle umhängen und eine Schurkerei jederzeit eine Schurkerei nennen! Dem Latendrang des Herrn Kröcher werden unsere Genossen keine unwiderwindlichen Schwierigkeiten bereiten! Mag der blau-schwarze Gewalthaufen seinen Brutalisierungsgelüsten nur ja keine Zügel anlegen!

Wollen die Herren ein Länglein wagen — wir spielen ihnen auf!

So gut wie am Freitag war das Abgeordnetenhaus lange nicht beschl. Die Konservativen, die es sonst mit der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten nicht allzu ernst nehmen, hatten all ihre Mannen telegraphisch nach Berlin beordert, und diese Hausknchtsnotur leisteten der sekundlichen Aufforderung ihres Herrn und Gebieters willig Folge, sie verließen die seligen Gesilde Osteliens, um ihres „Amtes“ zu walten und ihr geliebtes Junterparlament vor der Invasion der Roten zu schützen. Arm in Arm mit den Junkern eilten die Pfaffen herbei, der schwarz-blaue Vloed verstärkt um das Häuflein derer um Jedlich, wolle zeigen, daß er auf dem Kopfe ist, wenn es gilt, mit brutaler Niedertracht, wie die Rechte des Volkes, so auch die parlamentarische Redefreiheit niederzuknüeten.

Auch die Tribünen waren überfüllt, oder die Zuhörer kamen nicht auf ihre Rechnung. Hatte man geglaubt, die Sozialdemokraten würden sich von den Begnern provozieren lassen, so irrte man sich. Namens unserer Genossen verlor Borgmann vor

Beginn der Verhandlungen eine kurze, würdige, scharf pointierte Erklärung, die gar keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß die Sozialdemokraten auf eine solche, mit Gesetz und Verfassung in Widerspruch stehende Bestimmung pfeifen und gegebenenfalls ihren Ausschluß von Sitzungen unbeachtet lassen. An einer Debatte über einen solchen skandalösen Antrag sich zu beteiligen, lehnte unsere Fraktion rundweg ab, sie behielt sich aber für alle Fälle vor, etwaige Angriffe auf sie zurückzuweisen. In diese Lage wurden sie allerdings nicht versetzt, denn die Angriffe des Abg. v. Dittfurth, den die Konservativen in die Arena schickten, waren so abern und so verlogten, daß Borgmann sich später mit einer zweiten kurzen Erklärung begnügen konnte, die deutlich das Gefühl der Wurstigkeit widerspiegelte, das sie diesem Reichsverbündler gegenüber hegen. Herr v. Dittfurth trat als eine Art „Agent provocateur“ auf, er erzog sich in so freien Verleumdungen, Verschimpfungen und Verdächtigungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses und stellte so sehr die Wahrheit auf den Kopf, daß die ganze Diszipliniertheit unserer Genossen dazu gebräute, sich von „diesem Vorkämpfer für parlamentarischen Anstand“ nicht provozieren zu lassen. Es war die Jungferntude des Herrn v. Dittfurth; wenn der Herr sich weiter so entwickelt, wird er wohl der erste sein, der von den Verhandlungen ausgeschlossen werden muß.

Außer dem konservativen Redner traten auch der Freikonser-vative Biered und natürlich Herr Köcher vom Zentrum für die Hausknchtsbestimmung ein. Letzterer stellte gleichzeitig einen Wändlungsantrag, der den Ausschluß nur auf einen Tag gestattet, aber das Kommando des Kommissionsantrages, die Befugnis des Präsidenten, gewaltsam einen Abgeordneten zu entfernen, behält. In recht wirksamer Weise sprachen die Abg. Boisly (natl.), Traeger (fortsch. Op.) und v. Jagdzewski (Pol) gegen jede Verschärfung der Geschäftsordnung in der geplanten Hinsicht, aber sie predigten laubten Ohren, der schwarz-blaue Vloed ist nun einmal Vernunftgründen nicht zugänglich.

Die Abstimmung, die eine namentliche war, ergab die Annahme des Kommissionsantrages in der Form des Antrages Roeren mit 218 Stimmen gegen 74 Stimmen der Linken. Dagegen wurde die von konservativer Seite beantragte Einschränkung der Reden abgelehnt. Wozu auch eine solche Bestimmung? Die Guillotine des Schlußmachers v. Armin funktionieret ja vorzüglich. Fraglich ist es, ob der freikonser-vative Schurkmacher Graf Rolke, der früher einmal erklärt hat, er werde, falls die Geschäftsordnung nicht verschärfert wird, sein Mandat niederlegen, seine Drohung wahrnehmen wird. Offensichtlich bleibt diese Bierge dem Junterparlament nun erhalten.

Die Justiz im Wahlrechtskampf.

Die blutigen Polizeizegeffe vor der Rieler Strafammer.

Riel, 4. Mai.

Als am Sonntag, den 13. Februar d. J., überall gewaltige Wahlrechtsdemonstrationen statgefunden hatten, war Neumünster einer der wenigen Orte, aus denen Polizeizegeffe gemeldet wurden. Wie das so in Preußen üblich ist, wurden deswegen mehrere Personen aus der attadierten Menge unter Anklage gestellt.

Deute beschäftigte sich die hiesige Strafammer mit diesem Prozeß. Angeklagt waren 10 Personen, und zwar der Arbeiterssekretär Radlof und seine Ehefrau, der Kolporteur Järs, die Eheleute Westphalen und die Arbeiter Södde, Wenien, Richter, Studt und Grabbe. Alle Angeklagten wurden beschuldigt, nach der dritten Aufforderung der Polizei sich nicht entfernt zu haben (§ 118 St. G. B.), Radlof und Järs sollen außerdem einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug veranstaltet und geleitet haben, Frau Radlof, die Eheleute Westphalen, Wenien, Södde, Richter und Grabbe sollen sich noch des Widerstandes gegen Beamte (§ 118 St. G. B.) und Frau Westphalen und Södde noch der Verleumdung von Beamten schuldig gemacht haben.

Die Beweisführung der Verteidigung, die Rechtsanwalt Spiegel-Riel führte, ging dahin, daß der Leiter des Polizeiwesens, in vollständiger Unfähigkeit, die Situation zu übersehen, durch die angeordnete Absperzung der übergroßen Mehrheit der Versammlungsbefucher den nächsten Heimweg verlegt hatte. Dadurch sei die Menge aufgestaut worden und habe sich nicht schnell zerstreuen können, was von der Polizei als Widerstand aufgefaßt und mit einem Angriff beantwortet worden sei.

Mitten in der Stadt Neumünster liegt ein breiter und langer Platz, der sogenannte Großfleder; er zieht sich von Süd nach Nord und läuft an beiden Enden stark keilförmig zu, um nach Norden in eine, nach Süden in zwei Straßen auszulaufen. Rechts und links vom Platze geht eine große Anzahl von Querstraßen ab. An der südlichen Keilspitze des Platzes liegen dicht beieinander die drei Versammlungsorte, in denen am 13. Februar 1910 die Wahlrechtsdemonstrationen stattfanden. Die übergroße Mehrzahl der Versammlungsbefucher mußte nun, um auf dem nächsten Wege nach Hause zu gelangen, den Weg nach Norden in der Längsrichtung des Platzes nehmen. Die Massen fanden aber diesen Weg durch die Polizei gesperrt.

Der verantwortliche Leiter der Neumünsterischen Polizei, Herr Stadtrat Rissen, sagte aus, daß in der Stadt erzählt worden sei, nach den Versammlungen würden Straßen-demonstrationen stattfinden. Daraus habe er den Befehl gegeben, daß der Großfleder kurz nördlich von den Versammlungsorten abgesperrt werde. Herr Rissen mußte zugeben, daß er vom Balkon seines Hauses aus das Manöver der

Höllischen beobachtet habe. Er erklärte jedoch, er habe von seinem Standpunkte aus nur noch die Polizeibeamten, nicht mehr die Menschenmenge sehen können. Die Verantwortung der Frage, ob von der Zentralbehörde eine Anweisung erfolgt sei, öffentliche Aufzüge nicht zu genehmigen, wenn die Genehmigung von sozialdemokratischer Seite nachgesucht werde, und der anderen Frage, ob ihm der Ministererlass des Ministers des Innern bekannt sei, lehnte der Zeuge ab.

Der Leiter der Polizeiabteilung, Polizeikommissar Gutschmann, erklärte, daß die Absicht eines Demonstrationenstandes bestanden habe, daß die Abspernung erfolgt. Im Zeitraum von einer halben Stunde habe er dreimal, je dreimal hintereinander, die Menschenmenge aufgefordert, auseinanderzugehen, widrigenfalls von der Waffe Gebrauch gemacht werde. Die Menge sei aber nicht gewichen und habe sich widersätzlich gezeigt. Darauf erst habe er den Befehl zum Blankziehen gegeben. Die Polizisten hätten aber nur nicht von ihren Plätzen aus geschlagen, keinen Angriff gemacht. Er habe auch nicht gesehen, daß auf Liegende oder am Boden Liegende geschlagen worden sei, auch habe er den Beamten den Befehl erteilt, nicht auf Liegende zu schlagen.

Ein Polizist nach dem anderen trat nun als Zeuge auf, um wie ein Echo die Aussage zu wiederholen, daß die Menschenmenge widerständig gewesen sei und daß die Polizisten keinen Angriff gemacht, sondern von ihren Plätzen aus mit dem Säbel dreingeschlagen haben. Kein Liegender sei geschlagen worden; auf den Vorhalt, daß doch alle Verletzten von hinten geschlagen worden seien, erfolgte immer die prompte Antwort, die Geschlagenen hätten mit dem Gesichts dem Schlagenden zugewandt gestanden, hätten sich aber vor dem Zuschlagen gebückt, so daß der Schlag auf den Rücken erfolgt sei. (11)

Durch die Aussage des Sattlermeisters Kaedler, der von 'einem Hause im Großfledern die Vorgänge beobachtet hat, wurde jedoch die Polizei arg bedrängt. Kaedler sagte aus, als das Kommando zum Blankziehen gegeben wurde, sei zwischen der Schutzmanschette und der Menschenmenge ein Zwischenraum von 30 Schritten gewesen. Auf diesem Zwischenraum hätten sich nur einzelne Personen bewegt. Er habe sich die Stelle gemerkt, weil es gerade vor seinem Hause war, und am anderen Tage die Entfernung abgemessen. Die Polizei habe dann nach dem Blankziehen direkt einen Angriff auf die Menge gemacht. Polizeikommissar Gutschmann, in die Enge getrieben, erklärte, die Menge habe um 10 bis 12 Schritte von der Schutzmanschette gestanden. Auf die Frage, wie man auf jemanden von seinem Standpunkte mit dem Säbel einschlagen kann, wenn dieser jemand 10 bis 12 Schritte entfernt steht, blieb der schnelle Kommissar die Antwort schuldig.

Noch einige Momentbilder aus der Verhandlung. Frau Radlos soll sich des Widerstandes schuldig gemacht haben. Sie hat bei einem während der Nacht von den rasenden Polizisten über- einandergefallenen Knäuel von Menschen gestanden und wurde aufgefordert, wegzugehen. Sie konnte und wollte aber nicht gehen, weil gerade der Arbeiter Henker vorbeikommt, der am Arme schwer verwundet war; sie fühlte sich verpflichtet, ihm Samariterdienste zu leisten. „Vor mir“, sagte die Angeklagte, „stand ein Polizist mit drohendem Blide und hochgeschwungenem Säbel. Ich ließ aber nicht fort, weil ich gesehen hatte, daß die Polizisten immer auf fliehende Leute schlugen, sah dem Wütenden vielmehr gerade ins Gesicht, weil ich mich nicht schlagen lassen wollte, und er ließ den Säbel sinken. Wäre ich geflohen, wäre ich auch geschlagen worden.“

Der Arbeiter Piehmann sagte als Zeuge aus, daß er den Großfledern abgeperzt fand, als er aus dem Kaiserpark kam. Er ging darauf nach dem entgegengesetzten Ausgange des Platzes, lenkte dort aber nicht sofort weiter, weil sich die zurückgebrangte Menge gestaut hatte. Da kam ein Polizist, schlug ihm von hinten in den Rücken. Zeuge lag wegen dieser Verletzung 8 Wochen im Krankenhaus in Reumünster und ist noch jetzt krank und erwerbsunfähig.

Der Arbeiter Sievers bezeugt, daß er beim Nachhausewege von hinten sieben Schläge über die Schulter bekommen hat, von denen fünf durch Zeug gebrungen sind. Der Arbeiter Eggel hat von hinten einen Schlag über die Schulter erhalten. Der Weber Krause erhielt zwei Schläge von hinten über den Rücken; als er sich danach umdrehte, erhielt er einen Schlag über den Kopf.

Keiner der Polizeibeamten, die als Zeugen geladen waren, konnte die Frage beantworten, wozu eigentlich die Bedrohung, von der sie gesprochen bestanden habe, ebenso wie der Verteidiger feststellen konnte, daß kein Beamter verletzt worden sei. Außer den Polizeibeamten hatte keiner der übrigen Zeugen von einer Bedrohung der Beamten etwas wahrgenommen. Eine große Anzahl der Sozialdemokraten fernstehender Zeugen beklundeten, daß die Masse vor der Polizeiabteilung vollständig ruhig war.

Trotzdem verurteilte das Gericht sämtliche Angeklagten. Kurz nach 12 Uhr nachts wurde das Urteil verkündet.

Es wurden verurteilt: Radlos wegen Veranlassung eines nicht genehmigten Aufzuges und wegen Auslaufs zu zwei Monat Gefängnis und zehn Tagen Haft, Fürs wegen Veranlassung eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges zu fünf Tagen Haft, Frau Radlos und Studi wegen Auslaufs und Widerstandes zu 50 Mark Geldstrafe, Westphalen wegen Auslaufs zu zwei Wochen Gefängnis, Frau Westphalen wegen Auslaufs, Widerstandes und Verleumdung zu einem Monat Gefängnis, Richter und Grahe wegen Auslaufs und Widerstandes zu drei Wochen Gefängnis, Söbge und Wenzien wegen Verleumdung zu drei resp. zwei Wochen Gefängnis.

Trotz der Verurteilung der Angeklagten war der Tag für die Reumünsterische Polizei kein Ehrentag.

Die Urteile sind hart — aber die Polizei von Reumünster ist damit keineswegs gerechtfertigt! Im Gegenteil: der Prozeß wird die Empörung über die Polizeiabteilung von Reumünster aufs neue entfachen und in der Arbeiterschaft den Entschluß festigen, den Kampf gegen Wahlschwärzer und Polizeiwilddiebe entschieden weiterzuführen.

Der Braunschweiger Wahlrechtsprozeß.

Braunschweig, 4. Mai.

Die am Montag wegen Ablehnung des Gerichtshofes unterbrochene Verhandlung gegen den Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Genossen Wesemeier, wurde heute fortgesetzt. Der Antrag der Verteidigung, den Gerichtshof als besangenen abzulehnen, wurde zugewiesen. Rechtsanwalt Dr. Jasper erhielt zugleich wegen Ungebühr, die in der Begründung des Ablehnungsantrages gefunden wurde, 50 M. Geldstrafe substituirt.

Für den Prozeß sind 70 Zeugen geladen; zur Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen. Die Leidenschaft der

Verhandlung ist äußerst beschränkt, denn nur 20 Personen sind als Zuhörer zugelassen worden. Unter Anklage stehen u. a. auch ein aus der „Frankfurter Zeitung“ entnommener Artikel und einige Preßstimmen aus unserer Parteipresse.

Der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Grohmann, der als heftiger Gegner der Sozialdemokratie bekannt ist, hatte zugleich zu Beginn der Verhandlung einen Zusammenstoß mit den Verteidigern Dr. Rosenfeld-Berlin und Dr. Jasper-Braunschweig. Ohne die Begründung von Anträgen der Verteidiger zu Ende zu hören, erklärte er einfach: „Der Antrag ist abgelehnt!“ Als Dr. Jasper auf eine willkürliche Unterbrechung bemerkte: „Aber, Herr Präsident, ich bin ja mit meinen Ausführungen noch gar nicht zu Ende,“ erwiderte dieser: „Ja, leider!“

Die zunächst vernommenen Zeugen der Staatsanwaltschaft zeigten eine ganz eigenartige Befangenheit, die vielleicht ihren Grund darin haben mag, daß der Polizeipräsident im Sitzungssaal mit anwesend ist. Mehrere Polizisten konnten sich an nichts mehr erinnern, namentlich nicht mehr daran, ob sie Leute mit dem Säbel geschlagen haben. (!!) Als ein Polizist von den Verteidigern nach der Zustellung für den Wahlrechtstag gefragt wurde, sprang der Polizeipräsident auf und verbot ihm zu antworten. Genosse Rosenfeld mußte erst den Präsidenten darüber belehren, daß er zu diesem Vorgehen nicht berechtigt war. Der Vorsitzende erklärte in einer Antwort an den Rechtsanwalt Dr. Jasper: „Die Frage gehört nicht zur Sache, die Polizei ist aufs größlichte durch Druckfächer beleidigt worden.“ Demnach hat sich der Vorsitzende sein Urteil bereits gebildet. Die Verhandlung wurde um 8 Uhr auf Freitag vertagt.

Braunschweig, 6. Mai.

In der heutigen Verhandlung kam es gleich zu Beginn wieder zu einem Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten Grohmann und den Verteidigern, weil der Präsident dem Rechtsanwalt Rosenfeld ins Wort fiel. Als sich Rosenfeld das verbat, erklärte der Präsident: „Sie haben schon lange genug gesprochen, worauf der Verteidiger scharf erwiderte: „Darüber, wie lange ich reden will, haben nicht Sie, sondern ich zu entscheiden.“

Staatsminister Hartwig, der vom Ministerialgebäude aus dem Angriff der Polizei zugesehen hatte, hat nichts davon gehört, daß die Polizei zum Auseinandergehen aufgefordert hat. Auch die anderen Zeugen haben eine solche Aufforderung nicht gehört. Dagegen behauptet ein Polizeibeamter, daß er die Aufforderung ordnungsgemäß habe erteilt lassen.

Insgesamt wurden bis jetzt 31 Zeugen vernommen, die zum größten Teile von schroffem Vorgehen der Polizei berichteten. Redakteur Kirchoff von der „Braunschweiger Landeszeitung“ erklärte, schon öfter bemerkt zu haben, daß die Polizei sehr leicht nervös wird. Am Wahlrechtstagen habe er selbst mit dem Säbel einen Schlag über den Rücken bekommen. Daß die Schutzmanschetten mit Eisenstücken bemerzt worden sind, habe er gesehen. Ein Zahnarzt hat bemerkt, daß die Demonstranten von der Polizei aus den Häusern herausgedrungen worden sind. Nach einem abermaligen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai 1910.

Ablehnung der kleinen Aktien und Annahme der Justizverteuerung.

Aus dem Reichstage, 6. Mai. Eine Fülle zweiter und dritter Lesungen beschäftigte heute den Reichstag. Eingehendere Auseinandersetzungen gab es wieder bei der zweiten Lesung der Vorlage wegen der Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzbereich Kiautschou. In der Kommission hatte sich schließlich ein Entgegenkommen gegen die Forderung der Regierung herausgestellt. Für dieses Mittel, der englischen Konkurrenz im Auslande durch Ausgabe kleiner Aktien (bis zu 200 M. Nennwert herunter) begegnen zu können, kämpfte wieder mit Feuer der Fortschrittler Herr Kaempf, während sein Fraktionskollege Gedler gegen die Verleitung kleiner Leute zu Börsenspekulationen sich ins Zeug legte. Genosse Eichhorn legte dar, daß mit dem Gesetz die Ausschaltung der englischen Konkurrenz doch nicht erreicht werde, da in England ja sogar 20 Mark-Aktien ausgegeben werden. Die Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen waren mehrfach zweifelhaft — schließlich stellte das Bureau aber zunächst die Ablehnung der Hauptbestimmungen fest, was die Volksseele des fortschrittlichen Herrn Eichhoff zum Ueberlocken brachte. Das half aber nichts. Dadurch, daß keine Einzelbestimmung zur Annahme kam, gelangte der Gesetzentwurf überhaupt nicht in die dritte Lesung.

Knappc Abstimmungen ergab auch die dritte Beratung der Entwürfe betreffs der Zuständigkeit des Reichsgerichts und der Aenderung der Rechtsanwaltsordnung. Erzielt werden soll durch beide Entwürfe, wie in der zweiten Lesung bereits dargelegt wurde, eine Verteuerung der Rechtspflege, um auf solche Weise abschreckend auf die Rechtsuchenden und damit entlastend auf die Geschäfte des Reichsgerichts einzuwirken. Noch einmal erklärte Genosse Heine unseren Widerspruch gegen die geplanten Verteuerungen der Rechtspflege. Bei den Abstimmungen, von denen einige namentliche waren, siegte jedoch die Verteuerungstendenz und schließlich wurde der Gesetzentwurf in dritter Lesung angenommen dank einer Koalition der meisten Zentrumsjuristen mit der Mehrheit des Gottentottensblocks.

Dann wurde noch ohne wesentliche Diskussion das Kolonialbeamten-gesetz angenommen sowie das Diäten-gesetz für die Kommission des Reichstages, die in den Ferien weiterarbeiten sollen.

Bei dem Konsulatsgebührengesetz wurde durch einen Antrag Everling erreicht, daß der Labakindustrie einige Erleichterungen gewährt werden. Genosse Roste hatte die Zustimmung der Sozialdemokratie für diese Verbesserung erklärt, ebenso wie für den Antrag Behrens, der die Verbindungen gegen Gebührenerhebung bei den Konsulaten sicher stellen will.

Die nächste Sitzung findet Montag, 9. Mai, statt.

Die Aussichten des Schandgesches.

Die rheinisch-westfälischen Geldgeber der Nationalliberalen fahren fort, die Partei durch die von ihr abhängigen Abgeordneten bearbeiten zu lassen und sie den Konservativen zuzutreiben. Erst kürzlich erklärte der nationalliberale Abg. Lukas in einer Versammlung in Bohwinkel, es sei kein Geheimnis, daß ein Teil der Nationalliberalen für das Schandgesetz stimmen wolle. Und eine Versammlung in Vorbes nahm nach einem Referat des nationalliberalen Parteisekretärs Lummel

sogar eine Resolution an, die die Zustimmung zum Schand-gesetz fordert.

Dagegen wiederholt das Zentrum fortgesetzt sein: Unannehmbar. Auch Herr Dr. Jul. Bachem erklärt heute in einem Artikel im „Tag“ das gleiche. Die Befestigung der Drittelung nach Urwahlbezirken sei eine unannehmbare Verschlechterung. „Was sonst noch vom Herrenhause beschlossen worden ist, erscheint nicht geeignet, diese Erwägung abzuwachen; im Gegenteil. Und so stehen wir denn vor einer Wahlrechtsverschlechterung, anstatt vor einer Verbesserung; denn die Einführung der geheimen Wahl in den Grenzen des in diesem Punkte vom Herrenhause bestätigten Abgeordnetenkomplexes kann die Bedenken gegen die neue gekünstelte Drittelung, welche den wahlkreis-geometrischen Klünsten in den Großstädten ein weites Feld eröffnet, in keiner Weise ausräumen. Daher bleibt für das Zentrum nur das klare und entschiedene Nein, und ich zweifle nicht, daß die gesamte Fraktion es kurz entschlossen aussprechen wird.“

Herr Dr. Bachem geht dann dazu über, an die Adresse der Konservativen und der Regierung ein paar saum verhallte Drohungen zu richten. Die parteipolitischen Folgen einer Annahme der Herrenhausbeschlüsse würden sehr ernste sein. Darüber sagt Herr Bachem: Die gesamte Wählerschaft des Zentrums, möge sie zu dieser oder jener Einzelfrage stehen wie sie will, wird in diesem Augenblick von dem bitteren Gefühl beherrscht, daß wieder einmal dem Zentrum die parlamentarische Gleichberechtigung abgesprochen wird. Das empfindet jeder Zentrumswähler wie einen ihm persönlich angetanen Schimpf. Die Mitwirkung des Zentrums an den großen allgemeinen Reichs- und Staatsausgaben wird dadurch aufs äußerste erschwert, ebenso die Stellung des Zentrums zu den Parteien, welche zu dieser Capitis diminutio der stärksten und am festesten gefügten Partei im Deutschen Reichstage beitragen. Das ist im Interesse des Gemeinwohls bedauerlich und bedenklich. Nein parteipolitisch betrachtet, liefert aber dieser neueste Zwischenfall der Zentrumsparthei für die bevorstehenden Wahlen eine Waffe von solcher Wucht, daß keine gegnerische Agitation, möge sie auch mit den größten materiellen Mitteln arbeiten, ihr gegenüber bestehen kann.

Das letzte ist ja natürlich übertrieben. Aber soviel ist schon richtig, die Einsicht des Herrn v. Bethmann hat dem Zentrum wieder einmal aus einer schweren Verlegenheit geholfen und die dummen Nationalliberalen sind im Begriffe, die erschütterte Stellung der sterblichen Volksverräter aufs neue zu befestigen.

Ist der nationalliberale Umfall, der eine Schleichheit und eine Torheit wäre, eben deshalb wahrscheinlich, so ist es doch noch völlig unsicher, ob die Herren dazu Gelegenheit bekommen werden. Denn das hängt nicht von ihnen, sondern von den Konservativen ab. Halten diese am Bündnis mit dem Zentrum fest, dann müssen sich die Nationalliberalen schon am Willen zur politischen Prostitution genügen lassen. Im Wollst freilich wird man diesmal geneigt sein, den Willen für die Tat zu nehmen.

Einer, der geschit hat.

Bei der Abstimmung des Herrenhauses über die Wahlrechtsvorlage ist unter denen, die gefehlt haben, einer gewesen, dessen Name in den letzten Jahren viel genannt wurde: Fürst Philipp Eulenburg, der des Meinungsdringend Verdächtige. Wenn der Herr nicht vorgezogen hätte, im Riederberg zu bleiben, um keine Zweifel an seiner Minderjahre-handlungsfähigkeit aufkommen zu lassen, so hätte er auch mitwirken können an den Beschlüssen der Erblichen wider das Recht der Enterbten.

Streik der Wahlprüfungs-kommission.

Am Freitagmittag sollte wieder eine Sitzung der Wahlprüfungs-kommission stattfinden, die erste seit der denkwürdigen Plenarsitzung, in der alle Beschlüsse der Kommission umgeworfen wurden. Bei den Kommissionsmitgliedern machte sich eine lebhafteste Verstimmung über die rückwärtslose Art bemerkbar, mit der die Mehrheit des Memmns die Kommissionsanträge behandelt hatte. Genosse Fischer erklärte, die Wahlprüfungs-kommission solle die Sachen, die noch nicht geprüft sind, nicht mehr prüfen, sondern an das Haus zurückgeben. Nachdem das Haus nach parteipolitischen Beweggründen entschieden habe, sei einer weiteren sachlichen Prüfung jeder Boden entzogen. Schließlich einigte man sich dahin, die nächste Sitzung erst im kommenden Herbst abzuhalten.

Das russische Kriegsgericht und der preussische Polizeiminister.

Bei den Verhandlungen der Stadterordnetenversammlung von Berlin über den Fall des Weißeskranken Terpetrosow ist das unbeschreibliche Verhalten der Städtischen Irrenanstalt Buch mit erfreulicher Uebereinstimmung verurteilt worden. Auch der Wortführer der kommunalfreireiwilligen Mehrheit, der Abgeordnete Cassel, ist mit sehr deutlichen Worten von dem Direktor der Irrenanstalt abgerückt, der sich von dem Berliner Polizeipräsidenten einen Bruch der Vorschriften über die Entlassung von Kranken hat vorschreiben lassen. Traurig genug war diese Mithilfe beim Scherzendienst, aber mindestens ebenso schlimm das Verhalten des Polizeipräsidenten selbst. Die Gutachten der Gerichtsärzte — wertlose Wische, der Ausspruch der Strafkammer, daß das Verfahren gegen Terpetrosow nicht fortgesetzt werden dürfe — ein inhaltloses Selbstgespräch, die Anordnung des Vormundschaftsgerichts, daß der Pfleger mit der Polizei über den Aufenthaltsort des Kranken zu verhandeln habe, — ein lächerlicher Zwirnsfaden, den das Polizeipräsidentum mißbeilobig gerührt. Woju wäre man denn sonst die allmächtige Behörde, der alle übrigen Teile der Staatsverwaltung untertan sind? Das heißt, nach der staatsrechtlichen Praxis Preußens, die von der Staatsrechtslehre und von Gesetz und Humanität himmelweit verschieden ist.

Gumier Praxis hat natürlich auch der Herr Polizeiminister, als Vorgesetzter des Berliner Polizeipräsidenten, im Abgeordneten-hause seinen Segen gegeben. Aber wie er es tat, das ist immerhin von besonderem Interesse. Der Minister hat nach dem für ihn gemäß überdrücklichen Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ am 3. Mai gejagt:

„Er (Terpetrosow) wurde nicht als Gefangener überliefert, sondern nur gemäß dem Abkommen zwischen Rußland und Preußen von 1894 an der Grenze den russischen Behörden übergeben.“

Dieser amtliche Ausspruch soll offenbar den Eindruck erwecken, als ob in dem Abkommen von 1894 die sachlichen Voraussetzungen für die „Uebergabe“ an der Grenze bestens gearbnet seien. Diesen Eindruck muß der gläubige Leser gewinnen, der noch amtlichen Versicherungen traut. Prüft man näher, so erweist sich die harmlose Aufschrift, die der Minister dem Fall Terpetrosow gibt, als eine Irreführung. Daß das Abkommen von 1894 nicht zwischen Rußland und Preußen, sondern zwischen Rußland und dem Deutschen Reich getroffen worden ist, mag nur nebenbei

ermählt werden. Dieses Abkommen sagt aber nichts über die Gründe der „Übergabe“, über die sachlichen Voraussetzungen für die Ausweisung, sondern bezieht sich ebenso, wie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen nur auf das bei der „Ausweisung im Wege unmittelbaren Zwanges“ zu beobachtende Verfahren. Endlich aber — und hier ist die Erklärung des Ministers direkt unrichtig — das Berliner Polizeipräsident hat, nach vorheriger Befragung des Ministers, Respektlos überhaup nicht als mittellose Kranken, sondern als „notorischen Verbrecher“ der russischen Polizei übergeben. So wird der Fall von autoritärer russischer Seite dargestellt, und die russische Regierung muß es ja schließlich am besten wissen, mit welcher Auffassung das ihr zugeschobene menschliche Patet versehen war. Daß man die Berliner Armen- und Krankenverwaltung veranlaßt hat, den Ausweisungsantrag wegen Mittellosigkeit des Bekleideten zu stellen, war danach nur ein Vorwand, der denn auch dem Polizeiminister den Versuch ermöglicht hat, im Abgeordnetenhaus den Fall als eine ganz gewöhnliche und harmlose Geldfrage darzustellen.

So springt unsere Polizei mit dem einer besonders schonenden Behandlung bedürftigen Bekleideten um! Wenn er am 9. Mai in Tiflis zum Tode verurteilt werden sollte, so wird der Minister des Innern vor der zivilisierten Welt die Verantwortung dafür zu tragen haben.

Keine Beamtenauschüsse.

Eine halbamtliche Ausschüsse befähigt sich mit der im Reichstage bei der Staatsberatung angeschnittenen Frage der Errichtung von Beamtenauschüssen und kommt zu dem Ergebnis, daß die Regierung im Reiche und in Preußen dieser Forderung grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Die Interessen der Beamten seien dadurch gewahrt, daß der Vorgesetzte, dem sie ihre Wünsche vortragen, verpflichtet sei, sie weiter zu geben.

Pflichten der Stadtoberhäupter in Preußen.

In Giesleben wurde dieser Tage der neue erste Bürgermeister, früherer Stadtschultheiß Dr. Riese aus Berlin, in sein Amt eingeführt. Den Einführungsvortrag hatte der Merseburger Regierungspräsident, v. Eisenhart-Rothe, gehalten, er sich, zu volleschieden. In seiner Rede führte dieser Herr nun aus:

„Die Stadtverwaltung, in erster Linie das Stadtoberhaupt, hat nach Kräften dafür zu sorgen, daß in einer Stadt zufriedene, tätige Staatsbürger erzogen werden. Und gerade in einer Stadt wie Giesleben, wo in der Umgebung und auch in Giesleben selbst die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer drängen, daß Unzufriedenheit gesät wird und aufsteigt und die Sozialdemokratie in die Bürgerschaft einzudringen sucht, da ist es die erste Pflicht der Stadtverwaltung, insbesondere des Bürgermeisters, dafür zu sorgen, daß diese politischen, sozialdemokratischen Bestrebungen in die Stadtverwaltung nicht hineindringen.“

Die Regierung als Sachwalterin der Herrschenden und Besitzenden verfolgt alle Entwicklungsvorgänge wie die in Mansfeld mit der größten Besorgnis. Statt nun aber zu ihrem Teil beizutragen, daß das Verhältnis zwischen Unternehmer (Mansfelder Gewerkschaft) und Arbeitern gebessert werde, indem diesen die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts freigegeben wird, fordert die Regierung direkt zur Unterdrückung der Arbeiterschaft auf. Wie sieht liegt in den Worten des Regierungspräsidenten die erste Ankündigung eines kommunalen Wahlrechtsraubes in Giesleben. Sicher ist die Art, wie hier die Einführung eines städtischen Beamten erfolgte, bezeichnend für die Absichten der preussischen Reaktion.

Oriolus Epigonen.

Der Bund der Landwirte hat in richtiger Würdigung ihres Charakters den Nationalliberalen des Wahlkreises Friedberg-Wädungen einen Zutritt auf ihren edelsten Körperteil appliziert. Der nationalliberale Wahlkreis hatte nämlich beschlossen, mit den Vertretern des Bundes der Landwirte und der fortschrittlichen Volkspartei in Verbindung zu treten und mit ihnen zu überlegen, ob nicht die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten angebracht sei, der auf Vertrauen der ländlichen Wähler rechnen könne. Darauf hat der Bund der Landwirte kurzweg geantwortet, durch Verschulden der Nationalliberalen sei die Kandidatur des Reichsverbandes Dr. Becker zu Fall gekommen, deshalb habe der Bund in der Person des Rechtsanwalts v. Helmolt bereits einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Nach vor einigen Tagen mahnten linksliberale Blätter die Nationalliberalen des Kreises Friedberg-Wädungen doch nach links abzuschwenken und mit dem Freisinn gemeinsame Geschäfte zu machen. „Friedberg-Wädungen“, schrieb pathetisch die „Frankf. Zig.“, „ist ein neuer Prüfling für diese Frage, ein Prüfling auch, wie wir vor kurzem ausführten, für den heftigen Nationalliberalismus, der hier zu zeigen hat, ob er die Politik von Wingen-Alzen, und wie all die anderen Fälle verheerender liberaler Politik der letzten Jahre heilen mögen, fortsetzen, oder ob er die heftige Landespolitik dem Gesamtrahmen der Reichspolitik endlich einfügen will. Nicht darum handelt es sich zunächst, ob der Friedberger Kandidat eine Nuance mehr nach links oder rechts neigt, sondern darum, ob der heftige Nationalliberalismus die Kraft aufzubringen vermöge, sich aus der eisernen Umklammerung der Parteien, die im Reiche als die Todfeinde des Liberalismus sich erweisen, aus der Umklammerung des konservativ-bünderlichen Elements und des Meritismus, zu befreien.“

Die Herandrängung der Nationalliberalen an die Wähler liefert zu diesen Worten eine lustige Illustration. Wie kann man auch vom Nationalliberalismus eine liberale Wahlpolitik verlangen und besonders von jener Spielart des Nationalliberalismus, die in Hessen gedeiht!

Rabiate Scharfmacher.

Im Kaligeseh, wie es in der zweiten Lesung von der Kommission angenommen wurde, sind auch einige Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter enthalten. Dieser Umstand veranlaßt die „Post“ zu einem wütenden Ausfall auf die Mehrheit der Kommission und auf die Regierung, die den Bestimmungen zugestimmt hat. Das Scharfmacherblatt erklärt, die Regierung habe damit den Boden unserer heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung verlassen und erkenne dadurch die von ihr bisher mit allen Mitteln bekämpften kommunistischen Forderungen der Sozialdemokratie an. Von dem Augenblick, da diese Bestimmungen Gesetz werden, sei nicht mehr der von der Sozialdemokratie vertretene Sozialismus der größte Feind unserer Industrie, sondern der Staatssozialismus, wie ihn die Staatsregierung in ungeheurer Verblendung neuerdings vertrete.

Allen Anschein nach ist der Artikel von dem bekannten Spezialberichterstatter der „Post“ in Kroyß geschrieben.

Lantien an Staatsbeamte.

München, 3. Mai. Die Kammer der Abgeordneten hatte heute über eine Frage von allgemeinem Interesse zu entscheiden; nämlich über die Frage, ob den Staatsbeamten der staatlichen Bergwerke und Hüttenbetriebe ein Anteil am dem Reingewinn in Form von Lantien zugewöhren sei oder nicht. Um dem Parlamente das Gericht schmackhafter zu machen, enthielt der Antrag der Regierung auch die Gewährung von Lantien an die Arbeiter dieser Bezirke.

Der Vorschlag der Regierung fand im Hause recht wenig Gegenliebe. Nur aus den Reihen der liberalen Partei erstand ihm ein Verteidiger, der sich besonders angelegen sein ließ, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter als etwas außerordentlich schönes anzupreisen. Dabei tritt der Lantienbezug überhaupt erst ein, wenn die Arbeiter fünfzehn Jahre in diesen Betrieben beschäftigt sind. Von den Rednern des Zentrums und des Bauernbundes wurden formelle und prinzipielle Bedenken geltend gemacht. Formelle, weil erst vor zwei Jahren durch ein neues Gehaltsregulativ solche Nebenbedienste abgeschafft wurden; prinzipielle, weil ein solcher Lantienbezug allerhand Nachteile für den Betrieb mit sich bringen und zweifellos recht bald für eine Reihe anderer Staatsbetriebe zu Konsequenzen führen würde. Es wurde dabei besonders an die Eisenbahnen erinnert. Von sozialdemokratischer Seite begründete Genosse Kauer unsere prinzipielle Haltung gegen den Regierungsvorschlag. Er sei ganz besonders abzulehnen, weil er zu einem Anreizsystem in diesen Staatsbetrieben führen würde, der schlimmer als das schlimmste Anreizsystem wäre. Der kleine Beitrag der Lantien für die Arbeiter mühte von diesen dreifach herausgearbeitet werden.

Es half nichts, daß der Finanzminister den Antrag besonders mit dem Argument verteidigte, daß die höheren Beamten jener Betriebe von der Privatindustrie weggeholt würden, wenn man sie nicht durch Lantien an die Staatsbetriebe fessle. Für den Antrag stimmten nur ein Häuflein Zentrumsabgeordneter und geschlossene die Mitglieder der liberalen Fraktion.

„Wie die Sozialdemokratie die Heimarbeit verraten hat.“

Unter dieser vielgesagten Ueberschrift befaßt sich die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ mit der Kommission zur Vorbereitung des Hausarbeitsgesetzes. Das Antisemitenblatt führt aus:

„Als es sich um die entscheidende Abstimmung über die Frage handelte, ob die Lohnämter als gesetzliche Institution in das Gesetz eingeführt werden sollten oder nicht, fehlte bei der Abstimmung der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth. So kam es, daß die Lohnämter mit Stimmengleichheit abgelehnt worden sind. Die Sozialdemokratie hat damit Verrat an der Arbeiterschaft geübt.“

Genosse Mollenhuth erklärt hierzu:

„Ich bin außer Reichstagsabgeordneter auch Stadtverordneter. Eine Sitzung in der Stadtvertretung, in der über das Schicksal invalider und alter Personen entschieden werden sollte, war zum Dienstmorgen angesetzt worden. Da nun Dienstag die Hausarbeitskommission Sitzung hat, ersuchte ich den Bürgermeister in Schöneberg, die Sitzung auf Mittwoch zu verschieben. Ich mußte annehmen, daß dieser Tag im Reichstag frei sei, da die Kommission im Reichstage Dienstag und Donnerstag Sitzung hatte. Die Kommissionssitzung in Schöneberg wurde auf mein Ersuchen zum Mittwoch angesetzt, und am Dienstag wurde am Schluß der Sitzung im Reichstage auch die nächste Sitzung dieser Kommission auf Mittwoch angesetzt. Ich ging nun am Mittwoch erst nach Schöneberg, und als dort die wichtige Sache erledigt war, eilte ich nach dem Reichstag, wo ich um 11 Uhr eintraf, leider zu spät, um an der Abstimmung teilnehmen zu können. Die Stimmengleichheit wurde aber nur herbeigeführt, weil auch ein Gegner des Paragraphen fehlte. In der ersten Lesung war der Paragraph mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Die Annahme erfolgte, weil ein Konservativer fehlte. Die Konservativen stimmten geschlossen gegen den Antrag. Man sagte sich damals schon, daß der Paragraph in der zweiten Lesung wieder fallen werde. Daß die Bestimmung bei der zweiten Lesung im Plenum eine Rolle spielen wird, ist sicher. Daran ändert der Umstand nichts, ob er im Kommissionsbericht steht oder nicht. Ist im Plenum eine Mehrheit für die Lohnämter vorhanden, dann werden sie in der zweiten resp. dritten Lesung wieder angenommen. Ist diese Mehrheit nicht vorhanden, dann würde der Paragraph auch dann gestrichen werden, wenn er in zweiter Lesung in der Kommission angenommen worden wäre. Daß eine Wiederherstellung des Beschlusses der Kommission in erster Lesung beantragt wird, ist selbstverständlich, und deshalb wird es auch zu einer besonderen Abstimmung im Plenum kommen.“

Oesterreich-Angarn.

Die Geschäftsordnung.

Wien, 6. Mai. Abgeordnetenhause. Bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Reform der Geschäftsordnung betonte Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth, die provisorische Geschäftsordnung habe den Zweck gehabt, die zur Unerträglichkeit gewordenen Uebelstände abzuheben. Dieses Provisorium sei jedoch von vornherein zeitlich und inhaltlich begrenzt worden. Es handle sich nunmehr darum, für die fernere Zukunft den richtigen Weg zu wählen, der den Bedürfnissen des Hauses entspreche. Hierbei solle die Regierungsvorlage eine brauchbare Grundlage bilden. Die Vorschläge der Regierung seien durchaus nicht unüberwindlich; die ruhigere Beurteilung der nationalen Angelegenheiten gestatteten die Hoffnung, daß es gelingen werde, zu einem Kompromiß zu gelangen. Nach dem Ministerpräsidenten sprach Abgeordneter Seit namens der Sozialdemokraten für eine vernünftige Geschäftsordnungsreform, verwarf sie jedoch gegen eine Vergewaltigung einer Partei oder einer Nationalität. Abgeordneter Weidenhofer erklärte, die Deutschen seien für die Beseitigung der provisorischen Geschäftsordnungsreform unter Befestigung der deutschen Verhandlungssprache im Interesse des Zentralparlaments.

Die Wahlen.

Budapest, 6. Mai. Der ungarische Ministerpräsident macht die Mitteilung, daß die Wahlen für das Abgeordnetenhause vom 1. bis zum 10. Juni stattfinden und der neue Reichstag am 21. Juni zusammentreten wird.

Italien.

Die Reform des Senats.

Rom, 6. Mai. Im Senat brachte Arco Ileo eine Interpellation über die Reform des Senats ein. Ministerpräsident Duggalli setzte auseinander, aus welchen Gründen die Regierung für eine Reform sei; es sei wünschenswert, daß das Ansehen der hohen Kammer gestärkt werde. (Beifall.) Nachdem sich noch verschiedene Redner dazu geäußert hatten, wurde eine Tagesordnung final angenommen, welche besagt, die Reform des Senats verlange ein eingehendes Studium, und den Präsidenten ersucht, eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission damit zu betrauen.

England.

Eduard VII.

London, 6. Mai. Der König ist an schwerer Bronchitis mit Nithmannfällen erkrankt. Der Zustand gibt zu ernstern Besorgnissen Anlaß. Während des Tages haben sich die Symptome weiter verschlechtert. Der Zustand ist gegenwärtig kritisch.

Türkei.

Der Zustand in Albanien.

Konstantinopel, 6. Mai. Ein heute nacht ausgegebenes Communiqué besagt: Seit fünf Tagen herrscht in der Gegend von Djalowa und Ipek Ruhe, was, wenn es auch noch nicht die definitive Sicherung der Ordnung bedeutet, doch ein Zeichen

dafür ist, daß die Reizung der Rebellen zur Unterwerfung genommen hat.

Amerika.

Die Spaltungen in der republikanischen Partei.

Washington, 5. Mai. Unter dem Senator Aldrich hat sich eine Organisation gebildet, welche die Mehrheit des Senats repräsentiert und, wie es heißt, gänzlich aus den regulären Republikanern besteht. Der Zweck der Organisation ist es, die sogenannten Insurgenten zu veranlassen, für Taffs gesamtes Programm zu stimmen. Die Insurgenten hielten eine Versammlung ab und beschloßen, den Kampf fortzusetzen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen folgende:

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leit- faden für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Preis 1,25 M. Die Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der Parteischule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatisch knappe Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeinen Grundzügen die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den biographischen Gesichtspunkten ist trotzdem alles Recht eingeräumt, das sie im Rahmen der allgemeinen historischen Darstellung nur irgend beanspruchen können. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

Altsächsische Geschichte. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Raurenbrecher. Heft 9. Weisnachst- geschichte.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und zum Preise von 1 Mark — Volksausgabe 40 Pf. — zu beziehen. Ausführliche Prospekt kostenfrei vom Verlag.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheidungen. Wegen Beleidigung eines Harburger Polizeigenanten wurde Genosse Karl Rieckle vom Harburger „Volksblatt“ zu insgesamt 600 M. Geldstrafe verurteilt. Vorgänge bei Ausbruch der Lohnbewegung der Hafenarbeiter am 1. November 1909, wobei der Beamte die Arbeits- wütigen „Schügen“ mußte, geben Veranlassung zu zwei Notizen, die den Beamten angeblich schwer beleidigt und in der öffentlichen Meinung herabgesetzt haben.

Jugendbewegung.

Die Berliner freie Jugendorganisation

steht am Sonnabend ihre Generalversammlung ab. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war vollständig besetzt.

Fritz Maschke referierte über: „Die Fürsorgebestrebungen der Fortbildungsschule und die freie Jugendorganisation.“ Die Bestrebungen der Fortbildungsschule, die Jugend in geselligen und belehrenden Veranstaltungen außerhalb des Schulunterrichts zu sammeln, stehen noch im Verzeichsstadium, dürfen aber nicht unterdrückt werden, weil das Geld und die Organe des Staates in ihren Dienst gestellt werden. Die konfessionellen Jugendvereine haben in Berlin nur noch geringe Bedeutung und keine Zukunft. Die freie Jugendbewegung entwickelt sich kräftig vorwärts. Die brutale Gewalt konnte die Bewegung nicht zu Boden werfen, darum versucht man nun, ihr durch positive Arbeit das Wasser abzugraben. Die Fürsorgebestrebungen der Fortbildungsschule sind aus der Absicht hervorgegangen, ein Gegengewicht gegen die freie Jugendbewegung und gegen eine bestimmte politische Partei, die Sozialdemokratie, zu bilden. Trotzdem wäre es verfehlt, nun alles in Grund und Boden zu verdammen. Gegen belehrende Einzelveranstaltungen, die sich frei von jeder politischen Tendenz halten, haben wir nichts einzumenden, wir begrüssen sie vielmehr. Aber im Anschluß an die Schule werden auch Schülervereinigungen, wie Gesangs-, Geselligkeits-, Theatervereine ufm. gegründet. Auch wird von den Lehrern Propaganda für die Deutsche Turnerschaft gemacht, die sich in bewusstem Gegensatz zur Sozialdemokratie befindet, und die in ihrem Organ die politische Verheerung der Jugend betreibt. Gegen alle Vereinsgründungen, die nur Klumpfußkackerei tragen, mühten wir uns wenden. Auch die sogenannten nationalen Jugendclubs, deren Gründung von der letzten Direktorenkonferenz beschlossen wurde, und die mit dem Gelde der Regierung und der Stadt Berlin aus der Taufe gehoben worden sind, müssen bekämpft werden. Diese Jugendclubs sollen sich zwar von parteipolitischer Betätigung fernhalten, doch ist ihnen von ihren Gründern die Aufgabe zugeteilt worden, ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu sein. Das kennzeichnet zur Genüge ihren Charakter.

Wir brauchen eine einheitliche, die ganze arbeitende Jugend umfassende Jugendbewegung. Können wir die Situation aus! Ein Igl. preussisches Gericht hat die Bestrebungen der Jugendorganisation für lobenswert und verständlich erklärt, was einseitige Pädagogen schon lange erkannt haben.

Die Erweckung der Jugend zum geistigen Leben durch die Organisation bedeutet daher eine wertvolle Unterstützung der Fortbildungsschule. Die zum Denken angeregten Jugendlichen werden auch die aufmerksamen und tüchtigsten Schüler sein.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 30. April im „Gewerkschaftshaus“ tagende, von über 1200 Jugendlichen besuchte Generalversammlung der freien Jugendorganisation erklärt:

Das Bestreben der Lehrerschaft, den Unterricht in der Fortbildungsschule durch allgemein bildende Veranstaltungen für die Jugend zu ergänzen, ist zu begrüßen, sofern sich diese Darbietungen frei von jeder politischen oder religiösen Tendenz halten.

Die Versammlung erklärt aber die Bildung von Vereinen der Fortbildungsschüler, wie Gesangs-, Theater-, Turnvereine oder sonstige „Jugendclubs“, für überflüssig und schädlich für die allgemeine Jugendbildungsbewegung und fordert daher alle Schüler auf, diesen Vereinen fernzulieben und auch alle Veranstaltungen der Lehrerschaft zu meiden, die mit den Bestrebungen eines Jugendvereins verquickt werden.

Die Versammlung protestiert dagegen, daß Lehrer unter den Schülern unter Mißbrauch der Fortbildungsschule Propaganda für die Deutsche Turnerschaft und andere Vereine mit politischer oder religiöser Tendenz entfalten.

Die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend sind eng verknüpft und für die ganze arbeitende Jugend die gleichen. Der Zusammenschluß aller Jugendlichen — ohne Unterschied des Geschlechts und der Religion — in einer gemeinsamen Organisation, die unabhängig und unerschrocken die Jugend gegen die Mißstände im Gewerkschaften zu schützen versucht, sie in systematischer Art mit den Hauptberufswissen einer frei forschenden Wissenschaft vertraut macht und auf dem Selbstverwaltungsweg der Jugend beruht, ist daher eine Notwendigkeit.

Die Versammlung erklärt, für die freie Jugendorganisation, die auf dieser Grundlage beruht, mit allen Kräften agieren und alle Vereinsmitglieder bekämpfen zu wollen.“

Eine Diskussion fand nicht statt. Der 2. Vorsitzende Scholz erstattete den Vorstandsbereich, aus dem zu erfahren war, daß die Jugendorganisation in Berlin (ohne die Vorortvereine) 2980 Mitglieder, darunter 820 weibliche, zählt.

Am den Vorstandsbericht schloß sich eine längere Diskussion.

Gewerkchaftliches.

Ueber die Aussperrung im Baugewerbe Deutschlands

sprach der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Genosse Schrader, Hamburg, am Mittwoch in einer sehr stark besuchten Versammlung der Berliner Zimmerer. Der Redner gab zunächst eine Uebersicht über die Ursachen des Kampfes und besprach dann die gegenwärtige Situation, namentlich das Verhalten der Unternehmer. Er verwies darauf, daß unmittelbar nach dem Beginn der Aussperrung die Zahl der Ausgesperrten seitens der Unternehmer auf 200 000 angegeben wurde. Das war am 18. April. Am 21. April ersuchte der Bundesvorstand die Einzelverbände um Einreichung der Fragebogen, damit die Zahl der Ausgesperrten festgestellt werden könne, um, wie der Bundesvorstand sagte, falschen Pseudonahmen entgegenzutreten zu können. Am 29. April wurde in einer Sitzung des Bundesvorstandes festgestellt, daß 186 000 Arbeiter des Baugewerbes ausgesperrt seien. Inzwischen soll diese Zahl auf 187 000 angewachsen sein. Einmal führt der Vorstand der Unternehmer lebhaftest Klage darüber, daß sich seine Mitglieder in einigen Großstädten nicht an der Aussperrung beteiligen und dadurch den Kampf erschweren. Ein andermal heißt es wieder, obgleich sich Berlin, Hamburg und Bremen nicht am Kampfe beteiligen, seien doch 80 Proz. aller Bauarbeiter ausgesperrt. Daß diese Behauptung unwahr ist, zeigt ein einfaches Beispiel. Bei den Mitgliedern des Bundes sind etwa 350 000 Arbeiter beschäftigt. Wenn 80 Proz. von diesen ausgesperrt wären, müßte die Zahl der Ausgesperrten 280 000 betragen. Sie beträgt aber nach den letzten Angaben der von den Unternehmern informierten Presse nur 187 000, so daß also noch 100 000 an den 80 Proz. fehlen.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes tut ja sein Möglichstes, um seine Mitglieder, die sich noch nicht an der Aussperrung beteiligen, in den Kampf zu treiben. Der Bundesvorstand hat ja auch die Hilfe der gesamten Unternehmerverbände nachgesucht. Die beiden Zentralstellen dieser Verbände haben den Bauunternehmern ihre Unterstützung zugesagt. Besonders reichlich scheint diese Unterstützung nicht zu fließen, denn in einem Zirkular des Bundesvorstandes heißt es, es solle zunächst festgestellt werden, nach welchen Grundfäden die eingehenden Gelder zu verteilen seien. Wenn die Grundfäden aufgestellt seien, dann würden sie den Mitgliedern mitgeteilt werden. Gleichzeitig werden die Mitglieder ersucht, keine Anfragen wegen Verteilung der Gelder an den Bundesvorstand zu stellen, da solche Anfragen seine Arbeiten ganz bedeutend erschweren. — Hinsichtlich seiner allgemeinen Kampftaktik sagt der Bundesvorstand in einem Zirkular, daß an dem im Ruffertarif aufgestellten Grundfäden festgehalten werden müsse und daß Verträge jetzt nicht mehr von den örtlichen Verbänden, sondern nur noch durch den Bundesvorstand in Berlin abgeschlossen werden dürfen. Diese Bestimmung richtet sich gegen Einigungsversuche, welche in verschiedenen Städten von Behörden und sozialdemokratischen Personen gemacht worden sind. Die Verhandlungen, welche in Frankfurt a. M. eingeleitet waren, sind ja durch dies Eingreifen des Bundesvorstandes vereitelt worden. — Von großer Bedeutung für den Kampf im Baugewerbe ist es, daß die beiden Zentralstellen der gesamten Unternehmerverbände an die Gewährung von Unterstützung die Bedingung knüpfen, daß sie vor der Beendigung des Kampfes gehört werden müssen, damit beim Abschluß des Kampfes auch die Interessen der anderen Industriegruppen gewahrt werden. Also wenn der Arbeitgeberbund im Baugewerbe genötigt sein wird, Frieden zu schließen, dann muß er erst die Zustimmung der Unternehmer aus den anderen Industriezweigen einholen und die werden verlangen, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit und keine Lohnerhöhung eintreten darf. Alles das zeigt, daß der Kampf ein harter ist.

In 423 Zahlstellen des Zimmererverbandes sind nach den bisherigen Feststellungen rund 22 000 Mitglieder ausgesperrt. Davon sind 3000—3500 wieder in Arbeit getreten oder abgereist, so daß etwa 18 500—19 000 Mitglieder zu unterstützen sind. Die Zahl der Ausgesperrten wird sich im Laufe dieser und der nächsten Woche noch erhöhen, denn der Arbeitgeberbund und seine Helfer arbeiten mit Hochdruck, um die Aussperrung zu einer möglichst vollständigen zu machen. — Man kann nach alledem nicht sagen, daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser gewesen ist. Sie hat einen erheblichen Umfang angenommen und eine bedeutende Wirkung im Baugewerbe ausgeübt. Zur Unterstützung der Ausgesperrten sind große Summen erforderlich. Doch an diesem Umstand kann der Erfolg des Kampfes nicht scheitern, denn an der Opferwilligkeit der arbeitenden Kameraden und der hinter den Ausgesperrten stehenden gesamten Arbeiterchaft Deutschlands ist kein Zweifel. Der Kampf wird ja von den Bauarbeitern nicht nur in ihrem eigenen Interesse geführt, sondern, nachdem die Zentralen der Unternehmerverbände sich der Sache angenommen haben, wird durch den Ausgang des Kampfes auch das Interesse der Arbeiter aller anderen Industrien berührt. Ein etwaiger Erfolg der Unternehmer im Baugewerbe würde die Unternehmer in anderen Berufen ebenfalls zum Vorgehen gegen die Arbeiter ermuntern. Es ist deshalb unsere Pflicht, den Kampf bis zum äußersten durchzuführen. Wenn die in den Kampf getriebenen Arbeiter einmütig und opferfreudig zusammenschließen, dann wird der Erfolg ihrer gerechten Sache nicht ausbleiben.

Die Berliner Sektion der Gips- und Zementbranche des Maurerverbandes hielt am Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung ab, in der Haege über die Verhandlungen im Betongewerbe berichtete, die bekanntlich mit dem Abschluß eines Tarifvertrages mit dem im Schiedspruch des Einigungsamtes vorgesehenen Lohnerhöhungen endeten, so daß also auch im Betongewerbe für alle Arbeiter, mit Ausnahme der Einschaler, die Löhne am 13. August d. J. um 3 Pf., am 1. Oktober nächsten Jahres um 2 Pf. erhöht werden, die der Einschaler jedoch zuerst um 5 Pf., und dann um 2 1/2 Pf. Der Redner hob in seinem Bericht hervor, daß sich die Verhandlungen diesmal etwas anders als früher abgespielt haben. Bei dem vorigen Tarifabschluß war es der Verband der Beton- und Eisenbetongeschäfte, mit dem verhandelt wurde, diesmal der Verband der Baugeschäfte, dem die Mitglieder jenes Verbandes ebenfalls angehören. Der Verband der Baugeschäfte beantragte zunächst, daß für den Betonbau kein besonderer Tarifvertrag mehr abgeschlossen, sondern die Lohnverhältnisse der Betonarbeiter in dem allgemeinen Tarifvertrag mit geregelt werden sollten. Als die Arbeitnehmerschaft darauf nicht eingehen wollten, zogen sich die Arbeiter zur Beratung zurück und erklärten dann, daß sie nicht abgeneigt seien, mit der Sektion einen besonderen Vertrag abzuschließen. Nachdem ihnen die Forderungen unterbreitet waren, fanden sich die Unternehmer bereit, auf Grundlage des alten Tarifvertrages zu verhandeln. Diese Mühe kostete es, den Unternehmern begreiflich zu machen, daß sie den Einschälern mit einer größeren Lohnerhöhung entgegenkommen müßten, und um nicht den ganzen Tarifabschluß im Baugewerbe scheitern zu lassen, mußte dafür schließlich auf die Weiterzahlung der Lohn- und Lohnzeit der Einschaler verzichtet werden. Der Redner hat dann in der Versammlung der Vertreter des Schiedspruches dringend zur Annahme empfohlen, in der Überzeugung, daß unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr zu erreichen war. Die Vertreter lehnten ihn jedoch ab mit 108 gegen 91 Stimmen.

Verantw. Redakt.: Richard Urth, Berlin. Insetatenteil verantw.: E. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

während bekanntlich die Abstimmung im Zweigverein der Maurer, wie die der Zimmerer und der Bauhilfsarbeiter, die Annahme des Schiedspruches ergab, so daß der neue Vertrag am 23. April in Kraft getreten ist. — Der Redner teilte ferner mit, daß in der Gips- und Zementbranche Tarifverhandlungen noch nicht stattgefunden haben, daß jedoch nun auf Wunsch der Unternehmer des Gipsbaugewerbes zum Freitag Verhandlungen eingeleitet sind. — An den Bericht knüpfte sich eine kurze Debatte, aus der zu entnehmen war, daß die Arbeiterchaft des Betongewerbes von dem Ergebnis der Tarifbewegung keineswegs bekräftigt ist, sich aber selbstverständlich dem Beschlusse der Gesamtheit fügt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war: Der Kampf im Baugewerbe. Haege gab in großen Zügen eine Uebersicht über die Entwicklung des Kampfes wie über die gegenwärtige Lage, teilte auch die in der Donnerstagnummer des „Vorwärts“ bereits wiedergegebenen Zahlen der Ausgesperrten mit und betonte ganz besonders, daß dieser Abwehrkampf der Bauarbeiterchaft im Reich gegen die Sklavenkontrakte des Unternehmertums auch ein Kampf ist, bei dem es sich ebenso sehr um die Interessen der Berliner Bauarbeiterchaft, ja um die Interessen der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands handelt. Haben doch die industriellen Unternehmer beschlossen, Frauen und Töchter der Ausgesperrten, wo solche in ihren Betrieben arbeiten, zu entlassen! Unter diesen Umständen muß selbstverständlich auch die ganze Arbeiterchaft zusammenstehen, wie ja denn auch schon die Generalcommission der Gewerkschaften allgemeine Sammlungen für die Ausgesperrten veranstaltet. Der Redner erinnerte im übrigen an die außerordentlichen Maßnahmen, die der Verbandstag der Maurer und Bauarbeiter in dieser Hinsicht beschlossen hat, und erklärte unter allseitiger Zustimmung, daß die Berliner die Kämpfenden nie und nimmer im Stich lassen werden. Dieser Ggitzekampf der Bauarbeiterchaft gegen die unerhörten Zumutungen des Unternehmertums muß ausgelämpft werden bis zum Siege der Arbeiter.

Anßerdem wurde in der Versammlung die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt. Die Einnahmen, samt dem alten Bestand von 6758,67 M., belaufen sich auf 14 123,42 M., die Ausgaben, darunter 5571 M. an die Zweigvereinskassen abgelieferte Gelder, auf 7335,97 M., so daß ein Kassenbestand von 6787,45 M. übrig blieb. Die Mitgliederzahl war am Quartalsabschluß 1764. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge.

Berlin und Umgegend.

Landfriedensbruch durch Streifbrecher verübt.

Am Donnerstag, nachts um 1/2 12 Uhr, kamen zwei bei der Restaurationslokal von Ferd. Fischer in Wilmersdorf, Durlacher Straße 8. Der Wirt kannte die beiden als Streifbrecher, er wußte auch, daß schon wiederholt Gewalttätigkeiten von Streifbrechern gegen Streikende verübt worden sind und hatte deshalb den gewiß berechtigten Wunsch, diese Leute, von denen man alles mögliche befürchten kann, nicht als Gäste in seinem Lokal zu sehen, wo sonst nur ehrenwerte Arbeiter und andere verständige Leute verkehren. Herr Fischer verweigerte also den Streifbrechern das verlangte Bier. Daraus schrien sie ihm zu: „Na, denn laß Deine Jauche alleine!“ Herr Fischer verbat sich ein derartiges Auftreten und ersuchte die rohen Gesellen, sein Lokal zu verlassen. Daraus gingen die beiden Streifbrecher an zu lärmern. Drei andere Streifbrecher, die als solche nicht erkannt waren und schon kürzere Zeit im Lokal saßen, traten sofort auf die Seite der beiden hinauszugewiesenen Kumpane. Man versuchte, die Lärmenden hinauszubringen. Da hielten sie ihre Waffen: zusammengegendene Enden von starkem Draht, an deren Spitze große eiserne Schraubenmuttern befestigt waren, hervor und schlugen auf den Wirt und seine Gäste ein. Herr Fischer erhielt verschiedene Schläge über Arm und Hand. Mehrere Gäste trugen Kopfwunden davon. Schließlich gelang es doch, die rohen Patronen hinauszubringen und die Ladentür zu schließen. Nun erhielten die Stinausbedürftigen Zugang von anderen ihrer Kumpane. Eine Kolle von 15 bis 20 Altmannscher Streifbrecher belagerte das Fischersche Lokal und bedrohte den Wirt samt seinen Gästen. Herr Fischer wandte sich telephonisch an das 7. Polizeirevier von Wilmersdorf und ersuchte um Schutz gegen die wüste Rote. Es verging einige Zeit. Da erschien ein einziger Schuhmann, der natürlich gegen die gewalttätige Rote nichts ausrichten konnte. Die Streifbrecher schlugen die Scheiben der beiden Ladentüren entgegen. Ein faulstarker Stein, dessen Aussehen darauf schließen läßt, daß ihn jemand schon längere Zeit in der Tasche getragen hat, wurden von außen durch die Fensterscheiben geworfen. Dem Schuhmann gelang es, die Radaumacher aus dem Vorgarten zu bringen und die Gittertür zuzuhalten. Da überstiegen einige aus der Rote das Vorgartengitter und schlugen auch noch eine große Fensterscheibe ein. Endlich kamen noch zwei Schuhleute hinzu und dann erst war es den vereinten Bemühungen der Beamten möglich, die Streifbrecher zum Abzug zu bewegen, nachdem die Gewalttätigkeiten und die Belagerung des Lokals eine halbe Stunde gewährt hatten.

Es sollen fünf von den gewalttätigen Durschen polizeilich festgesetzt worden sein. Man wird also abwarten müssen, ob Polizei und Justiz gegenüber den rohen Ausschreitungen der Streifbrecher mit derselben Energie vorgehen werden, wie das gegenüber Streikenden zu geschehen pflegt, wenn sie einen Arbeitswilligen scharf angesehen haben.

Die Streifbrecher der Firma Altmann sind nachgerade ein Schrecken für die ganze Umgebung des Altmannschen Geschäfts geworden. Sie ziehen des Abends in Kotten umher und suchen die Schaustroke nach Streikenden ab, um Streit mit ihnen anzufangen. Aber selbst, wenn die Madraubäder keinen Streikenden finden, so wissen sie eben aus anderer Ursache Skandal anzufangen, wie der hier angeführte Fall zeigt. Die Schaustroke in der Nähe des Altmannschen Geschäfts wissen nicht, wie sie sich vor solchen Szenen, wie die im Fischerschen Lokal schüden sollen. Die Polizei wacht wohl darüber, daß kein Streikender mit einem Streifbrecher ein Wort reden kann. Sie „schüßt“ die Arbeitswilligen, wie der polizeiteamische Ausdruck lautet. Aber das Publikum vor den Räubereien der Streifbrecher zu schützen, dazu hat die Polizei anscheinend keine Fürsorge getroffen, und doch ist, wie die Gewalttätigkeiten im Lokal des Herrn Fischer zeigen, der Schutz des ruhigen Bürgers vor den arbeitswilligen Kravallmachern notwendiger als der Arbeitswilligenschuk.

Wir erhalten folgende

Erklärung.

Es wird uns von einigen unserer Geschäftsfreunde verübelt, daß wir der Zeitung „Bund“ einen Insetatenauftrag erteilt haben.

Wir erklären hierzu, daß uns durch die Erteilung dieses Insetates jedwede Bevorzugung des gelben Arbeitsbundes ferngelegen hat.

Säßen wir gewußt, welche Tendenzen der gelbe „Bund“ verfolgt, so hätten wir selbstverständlich keine Beziehungen zum „Bund“ angeknüpft. In Zukunft unterbleibt natürlich die Insetzung im „Bund“.

Phönix-Druckerei-Alliengeseßschaft.

Wir glauben recht gern, daß außer der Phönix-Druckerei fast alle anderen Geschäftsleute, die Herrn Lebius neuerdings auf den Leim gegangen sind, keine Ahnung von der Bedeutung oder Belanglosigkeit des Lebiuschen Unternehmens haben. So, wir nehmen das als selbstverständlich an, zumal Herr Lebius sich in seinem Zirkular sorgfältig über die Bedeutung des gelben Bundes

ausschließt. Aber gerade deswegen heißen wir uns für verpflichtet, die von diesen Dingen besser unterrichtete Arbeiterchaft zur Aufklärung der Geschäftswelt zu veranlassen. Da der weit überwiegende organisierte Teil der Berliner Arbeiterchaft nun den „Bund“ nicht zu Gesicht bekommt, ihn auch kaum beachtet, konnten wir unseren Zweck nur durch Uebernahme der Lebiuschen Insetatenliste in den „Vorwärts“ erreichen.

Deutsches Reich.

In der Hartgummiswarenfabrik Lohse u. Co., zu Frankfurt a. O., wurden sämtliche organisierten Arbeiter entlassen, weil sie sich für die Arbeit nicht eignen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die vor einiger Zeit durchgeführten besseren Bedingungen wieder illusorisch zu machen. — Der Zug ist aus diesem Grunde fernzuhalten.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Th. Waidner u. Co. in Forst (Vauß) dauert unbeeinträchtigt fort. Herr Waidner versucht in den verschiedenen Städten die Nachricht zu verbreiten, daß der Streik beendet ist. Dies ist lediglich ein Mandor und wir ersuchen, den Zugang — ganz besonders von Formern — nach wie vor streng fernzuhalten.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Zur Aussperrung der Schlächtergesellen in Hamburg.

Welche Zwangsmittel die Innung anwendet, um die Gesellenorganisation zu vernichten, geht daraus hervor, daß jeder Schlächtermeister verpflichtet wird, seine Gesellen zur Anerkennung nachstehenden Reveres zu zwingen, widrigenfalls sie sofort zu entlassen:

„Der Geselle erklärt, daß er nicht Mitglied des „Zentralverbandes der Schlächter Deutschlands und verwandten Berufsgruppen“ ist und verpflichtet sich, diesem Verbands nicht beizutreten.

Sollte die vorgenannte Erklärung nicht auf Wahrheit beruhen, oder sollte der Geselle entgegen vorstehender Verpflichtung dem Verbands dennoch beizutreten, so soll der Schlächtermeister berechtigt sein, den Gesellen sofort zu entlassen, außerdem soll der Geselle zur Zahlung einer Konventionalstrafe im Betrage des sechsfachen ortsüblichen Tageslohnes an den Meister verpflichtet sein. Im übrigen wird durch dieses Recht an dem bestehenden Kündigungsverhältnis nichts geändert.“

Diese Reverte sollen aber auch den Fleischergesellen ganz Deutschlands vorgelegt werden, um, wie die „Deutsche“ sowie die „Allgemeine Fleischerzeitung“ schreiben, die Organisation im ganzen Reich zu vernichten. Belling es in Hamburg, den Schlag gegen die Organisation zu parieren, dann dürfte die Aussperrung keine weitere Ausdehnung finden.

Achtung Holzarbeiter! Seit 14 Tagen stehen die Holzarbeiter der Möbelfabriken J. Glöckert und G. Ehrhardt und Söhne-Darmstadt im Kampf. In drei Betrieben, Hofmöbelfabrik Alter, Darmstädter Möbelfabrik und Kunstmöbelfabrik Karl Ziegler sind die Forderungen bewilligt. Die Firma Ehrhardt und Glöckert, letzterer der Scharfmacher im Darmstädter Holzgewerbe, suchen in der Generalanzeigerpresse Arbeitswillige nach Darmstadt zu locken. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, uns moralische Unterstützung durch Fernhaltung arbeitswilliger Elemente angedeihen zu lassen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Poststelle Darmstadt.

Ausland.

Der Generalkrieg ist in Dänischen beendet. Alle Ausständigen mit Ausnahme der Bauarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Allgemeiner Streik im Baugewerbe Kristiania.

Wie wir schon vor einigen Wochen mitteilten, waren die Tarifverträge im Baugewerbe der norwegischen Hauptstadt auf den 1. Mai d. J. gekündigt worden. Auf Seiten der Arbeiter hatten die Maurer und die Bauhilfsarbeiter getündigt, und die Arbeitgeber der verschiedenen Bauberufe hatten darauf beschlossen, nun ihrerseits sämtliche Tarife zu kündigen. Die Arbeiter forderten Erhöhung der Stundenlöhne um 5 bis 10 Ore in den verschiedenen Berufen und Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden. Die Arbeitgeber wollten keinerlei Lohnerhöhung, ja für die sowieso schon am schlechtesten bezahlten Berufsarbeiter, die Klempner, den Stundenlohn von 40 auf 35 Ore herabsenken, die Arbeitszeit bei Arbeit außerhalb der Stadt auf 60 Stunden verlängern, die Garantie des Stundenlohns bei Akkordarbeit besitzigen, den Vorarbeitern das Organisationsrecht rauben und sonstige Verschlechterungen durchgeführt wissen. Die Verhandlungen, die gepflogen wurden, waren am 1. Mai noch nicht zu Ende geführt, und man beschloß deshalb, die alten Tarife bis zum 7. Mai gelten zu lassen. Eine Einigung kam jedoch nur in wenigen Punkten zustande, so daß die Verhandlungen schließlich scheiterten. Die Arbeiter haben nun, um sich nicht unerträgliche Bestimmungen auszuweisen zu lassen und um Arbeitsbedingungen zu erzielen, die den Lebensverhältnissen einigermaßen entsprechen, am Mittwoch die Arbeit eingestellt. Der Streik umfaßt die Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Bautischler, Klempner und Maler. Da die Bautätigkeit in Kristiania, nachdem sie jahrelang daniederlag, nun wieder in starkem Aufschwunge begriffen ist, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach sein, den Kampf nach nicht allzu langer Dauer mit gutem Erfolge zu beenden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unternehmerwillkür.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (V. S.) Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Rahmwerke und dem Arbeiterausschuß wurden heute nachmittags fortgesetzt. Wird keine Einigung erzielt, so werden, Sonnabend 60 Proz. der im Betrieb der Frankfurter organisierten Metallindustriellen beschäftigten Arbeiter auf 14 Tage gelündigt.

Ein Gemeinderedningsführer als Defraudant verhaftet.

Wilschaden, 6. Mai. (V. S.) Nach Unterschlagungen von etwa 12 000 M. ist der bisherige Gemeinderedningsführer Gerder in Neu-Ende verhaftet worden.

Aus dem französischen Auslandsgebiet.

Dänkirchen, 6. Mai. (V. S.) Die Arbeit ist in der Mehrzahl der Betriebe wieder aufgenommen worden. Die Bauarbeiter streifen noch. Das Schwurgericht verurteilte zwei vorgestern verhaftete Randsberger zu je einem Monat Gefängnis. Der Präsesi ist in Unterhandlungen mit den Bauarbeitern getreten, damit auch diese die Arbeit wieder aufnehmen.

Dänkirchen, 6. Mai. Nach Schluß einer Versammlung in der Arbeitsbörse bewarfen Demonstranten die Polizeibeamten und Gendarmen mit Steinen, die von der Schutzwache Gebrauch machten. Drei zeh’n Ruhestörer wurden nach ziemlich heftigem Kampf festgenommen. Mehrere wurden verletzt.

Zur Hofrichter-Affäre.

Wien, 6. Mai. Wie die „Korrespondenz Wilhelm“ erfährt, ist die militärische Untersuchung gegen den Oberleutnant Hofrichter bereits abgeschlossen worden. Das Kriegsgericht tritt nach den bisherigen Dispositionen in den ersten Tagen der zweiten Hälfte des Monats Mai zusammen.

Die Erdbebenkatastrophe in Amerika.

New York, 6. Mai. (V. S.) In Carthago (Costarica) sind bisher 450 durch das Erdbeben Getöte geboren worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Hausknechtsparagraph angenommen.

88. Sitzung, Freitag, den 6. Mai 1910, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag Ahrens (L.) auf Veränderung der Geschäftsordnung.

Der Antrag der Kommission lautet:

1. § 84 der Geschäftsordnung erhält folgende Fassung:

1. Wenn ein Abgeordneter die Ordnung verlegt, so wird er vom Präsidenten mit Nennung des Namens zur Ordnung gerufen.

2. Im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung kann der Präsident den Abgeordneten für den Rest des Tages von der Sitzung ausschließen. Auch kann auf Vorschlag des Präsidenten das Haus ohne Besprechung den Abgeordneten aus dem Sitzungssaal und von den Tribünen ausweisen, und zwar bis zur Dauer von sechs, im Wiederholungsfalle während derselben Session bis zur Dauer von zwölf Sitzungstagen.

3. Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung durchzuführen. Er kann hierzu die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen, den Sitzungssaal und die Tribünen räumen, den ausgeschlossenen Abgeordneten aus diesen Räumen entfernen lassen, sowie seinen Wiedereintritt verhindern.

4. Gegen den Ordnungsruf oder die Ausschließung durch den Präsidenten kann der betroffene Abgeordnete spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch erheben. Das Haus entscheidet frühestens in der nächsten Sitzung nach Eingang des Einspruchs ohne Besprechung, ob der Ordnungsruf oder die Ausschließung gerechtfertigt war.

5. Erfolgt während der Dauer der Ausschließung oder Ausweisung in anderen als Geschäftsordnungsfällen eine Abstimmung, bei der die Stimme des abwesenden Abgeordneten hätte den Ausschlag geben können, so wird die Abstimmung in der ersten Sitzung nach Ablauf der Ausschließung oder Ausweisung wiederholt.

2. Dem Antrage der Abgg. Ahrens, Klein-Röhe und Genossen, soweit er eine Einschränkung von Reden bezweckt, seine Zustimmung verlagern.

Verichterstatter Abg. Zimmer (Z.) betont, daß die Kommission von jeder Einschränkung der Redefreiheit und damit des Rechts der Würde Abstand genommen habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihre Beschlüsse zur wirksamen Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses habe die Kommission gefast in der sicheren Erwartung, daß sie niemals zur Anwendung kommen würden. (Gelächter links.) Die in der Presse geäußerten Bedenken, daß die Beschlüsse der Kommission gegen das Strafbuch verstoßen, seien innerhalb der Kommission und auch von Vertretern des Justizministeriums als unberechtigt zurückgewiesen worden, weil das Moment der Rechtswidrigkeit fehlt. Einer Gesetzesänderung bedarf es also nicht.

Es ist dann in der Presse der Vorwurf gemacht worden, sie wolle einen Hausknechtsparagraphen

Hausknechtsparagraphen

in die Geschäftsordnung einfügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Vorwurf trifft die Kommission nicht. Der Vorwurf kann höchstens gegen diejenigen erhoben werden, gegen deren Verhalten hier im Hause Maßregeln ergriffen werden müßten, die man außerhalb des Hauses durch einen Hausknecht besorgen lassen würde. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Vorgmann (Soz.):

Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung abzugeben. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses können die Mehrheitsparteien nicht hindern, die Geschäftsordnung nach Belieben zu verschärfen, wenn sie es im Interesse der Erziehung ihrer eigenen Mitglieder für notwendig halten. (Lachen und Lärm rechts und im Zentrum; Weiterlekt links.) Sie behalten sich zwar vor, etwaige gegen sie gerichtete Angriffe im Verlauf der Debatte zurückzuweisen; sie erachten es aber für unvereinbar mit der Würde eines Abgeordneten und mit ihrer Auffassung von der Stellung eines Volksvertreters (Lachen im Zentrum und rechts), sich an der Diskussion über einen Antrag zu beteiligen (Lachen rechts), der offensichtlich den Anschein erwecken soll, als sei durch das Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Ton in die Debatte hineingetragen, demgegenüber sogar die heutigen Nachbefugnisse des Präsidenten nicht ausreichen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses sind sich bewußt, daß sie trotz aller Provokationen niemals Veranlassung zu einem derartigen Vorgehen gegeben haben (Gelächter rechts) und daß die Antragsteller in Wahrheit nur den Zweck verfolgen, die wenigen wirklichen Volksvertreter im Abgeordnetenhaus (Lautes Lachen rechts)

bequemer niederknüppeln

zu können. (Lärm rechts und im Zentrum. Sehr wahr! links!) Dazu kommt, daß der Ausschluß eines Abgeordneten von den Sitzungen und selbst schon die Drohung damit auf das Schwerste gegen das Reichsstrafgesetzbuch und die preussische Verfassung verstoßen würde. (Lärm rechts und im Zentrum.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses erklären, daß sie

allein ihren Wählern für ihre Handlungen verantwortlich sind

und daß sie sich — möge beschlossen werden, was da wolle — auf keinen Fall davon abbringen lassen werden, ihr Mandat in dem Sinne auszuüben, wie es ihnen von ihren Wählern übertragen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lärm und Lachen rechts und im Zentrum.)

Abg. v. Dittfurth (L.): Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem ersten Teil der Kommissionsbeschlüsse vollständig zustimmen und daß wir auch noch wie vor eine

Einschränkung der Rededauer

— nicht der Redefreiheit! — für dringend wünschenswert halten, und diesen Antrag eventuell aufrecht erhalten werden. In der Presse wird es so dargestellt, als wenn man mit brutaler Gewalt die Sozialdemokratie ihrer heiligsten Rechte berauben wolle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-

krate), als handle es sich um ein neues Sozialistengesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Auf rechts: Ruhe!) Man hat auch von einem

Maulkorbgesetz

gesprochen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich überlasse es Ihnen, einen Zusammenhang zwischen einem Maulkorb und einem Abgeordneten zu finden. Ich kenne den Maulkorb nur als nützliches Instrument zur Unschädlichmachung von bissigen Kreaturen. (Weiterlekt rechts.) In diese Kategorie auch preussische Abgeordnete einzureihen, mag Ihnen (zu den Sozialdemokraten) vorbehalten bleiben: ich will Sie in diesem Vergleichen nicht stören. (Beifall rechts.) Aber das ist nicht sehr richtig, sondern sehr falsch. Es handelt sich in keiner Weise um Maulkörbe, noch um ein Ausnahmengesetz, sondern um ein Gesetz, das für uns alle ohne jede Ausnahme gilt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Lachen bei den Sozialdemokraten.) Von „Ausnahmengesetz“ kann nur in dem Sinne gesprochen werden, als wir hoffen, daß keine Anwendung nur ausnahmsweise nötig sein wird. (Sehr gut! rechts.) Die Wenderung richtet sich auch nicht gegen eine politische Partei, sondern nur

gegen die Partei der Ruhestörer,

der Verächter von Sitte und Anstand. (Lebhafte Beifall rechts.) Niemand hat das Recht hier, sich den Anordnungen des Präsidenten oder einem Beschlusse des Hauses zu widersetzen. Solche Widersetzlichkeit ist die Voraussetzung für die Anwendung der so viel noch falsch verstandenen Bestimmungen. An eine Ausbelugung denkt auch niemand (Lachen bei den Sozialdemokraten), auch nicht an eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung, so lange sie sich eben in Formen hält, in den Formen, die lediglich dem Anstand entsprechen. Allerdings muß jedes Vergehen gegen die Ordnung dieses Hauses eine entsprechende Sühne finden. Wir wollen nur verhindern, daß das Ansehen, die Würde und der gute Ruf dieses Hauses verletzt wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: von Pappenhaims „Son Bengel!“) Die Würde des Hauses war in letzter Zeit ernstlich gefährdet. (Sehr richtig! rechts.) Vorbeugend können wir da nur durch schärfere Bestimmungen der Geschäftsordnung wirken. Die geplanten Maßnahmen sind notwendig gegen Abgeordnete, die, wie Herr Singer einmal im Reichstage gesagt hat, „so verhärtet sind, daß sie einem Ordnungsruf nicht Folge leisten“. Wir können es nicht zulassen, daß hier im Hause den Abgeordneten, besonders den Vertretern der Regierung grobe Insurien an den Kopf geworfen oder eine Mißachtung ausgesprochen wird. Ich weise darauf hin, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage auf einen Ordnungsruf des Präsidenten diesem zurief: „Ich peiffe darauf! Die Redefreiheit hat ja gewiß ihre Vorzüge, aber wir haben doch die Redefreiheit dieser Redefreiheit hier im Hause gehabt. Es sind hier in kurzer Zeit an die fünf Herren Sozialdemokraten 29 Ordnungsrufe erteilt worden, in die sich diese Herren ziemlich brüderlich teilen. (Weiterlekt rechts.) Sie haben jeden Redor seit Jahren geschlagen. Ich meine, man sollte doch bei jedem Abgeordneten ein gewisses Feingefühl voraussetzen. (Sehr richtig! rechts.) Daß man ohne schärfere Mittel nicht auskommt, hat das Verhalten des sozialdemokratischen Abgeordneten Singer im Reichstage bewiesen, der der Anordnung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, nicht Folge leistete. Was die Wirkung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen betrifft, so würde ein Wiedereintritt in diese Räume für die Abgeordneten, die von der Sitzung ausgeschlossen sind.

Hausfriedensbruch

bedeuten, gegen den man eventuell die Hilfe der Sicherheitsorgane in Anspruch nehmen müßte. Aber diese Feststellung hat nur den besonderen Zweck, vorbeugend zu wirken. Jedenfalls wird die Drohung vorgemacht

dieses Haus nicht einschütern, sondern nur in seiner Ueberzeugung befestigen.

Wir müssen Vorbeugungsmaßregeln schaffen, die eine abschreckende Wirkung

haben. Wir lassen uns dieses widerwärtige Auftreten nicht länger gefallen. (Beifall rechts und im Zentrum. Lachen bei den Sozialdemokraten. Stürmische Ruhe rechts: Ruhe!) Der Vorgang, der den Anlaß zu unserem Einschreiten gibt, war kein Akt der Rotwehre, sondern eine

Provokation.

Lassen wir das ungetrügelt hingehen, so leidet die Würde des Hauses. (Beifall rechts.) Was sind denn das für Herren, die in dieser Weise hier auftreten?

Sie veranstalten Straßendemonstrationen,

aber wenn die Massen mit der Polizei zusammengeraten, dann läßt sich keiner von diesen Herren auf der Straße sehen. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum. Pfui-Rufe bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts. Ruhe! Ruhe!) Sie sind nur auf Ihre persönliche Sicherheit bedacht. (Dr. Liebknecht ruft erregt: Schämen Sie sich! — Gelächter rechts.) Sie markieren nur Tapferkeit, wenn Sie nichts riskieren, gegen ein wehrloses Haus und gegen einen wehrlosen Präsidenten. (Lebhafte Beifall rechts.) Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wegen aller vernünftigen Vorstellungen sind Sie mit dreifachem Erz gepanzert. Darum genügt die Geschäftsordnung, die der bisherigen Zusammensetzung des Hauses angepaßt war, nicht mehr. Nur große Optimisten können vertrauensvoll genug sein um zu glauben, daß solche Vorgänge, wie die geschilderten, sich nicht mehr wiederholen.

Die Verhöhnung und Beschimpfung dieses Hauses als eines „Irrenhauses“, als einer „Schacher- und Trödelbude“ muß endlich ein Ende nehmen.

(Lebhafte Beifall rechts, Pfui-Rufe bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Zurufe: Ruhe!) Die Herren setzen sich über alle Rücksichten hinweg. Für sie bedarf es eines Zwanges, und zwar eines recht kräftigen Zwanges. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Die weiteren Ausführungen des Redners geben in der immer mehr wachsenden Unruhe des Hauses und den Zwischenrufen verloren. Als der Redner von Abgeordneten spricht, die alle Regeln des Anstandes verletzen, bemerkt

Präsident v. Brähler: Ich bitte, einen Augenblick mit den Zwischenrufen einzuhalten, um zu dem Herrn Redner eine Erinnerung zu machen. Herr Abgeordneter, Sie dürfen Abgeordneten dieses Hauses nicht vorwerfen, daß sie die Regeln des Anstandes verletzen. (Ironische Ruhe bei den Sozialdemokraten: Zur Ordnung! Ausschließen! Große Heiterkeit.)

Abg. v. Dittfurth (L., fortfahrend): Die Verschärfung der Geschäftsordnung soll die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse, wie wir sie in letzter Zeit erlebt haben, verhindern, und in diesem Wunsche müssen eigentlich alle Parteien einig sein. (Sehr richtig! rechts.) Der freien Meinungsäußerung soll in keiner Weise eine Beschränkung auferlegt werden. (Zustimmung rechts. Lebhafte Widerspruch links.)

Nur Anstand, Ruhe und Ordnung soll dauernd erhalten werden. Wer das will, muß den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. (Beifall rechts. Widerspruch links.)

Präsident v. Brähler teilt mit, daß von dem Abg. Roeren (Z.) beantragt ist, im zweiten Abfat des Kommissionsbeschlusses den

zweiten Satz und entsprechend im dritten Absatz die Worte „oder Ausweisung“ zu streichen.

Der Antrag will also die Ausschließung eines Abgeordneten nur für den Rest des Tages zulassen; die „Befugnis“ des Präsidenten, den ausgeschlossenen Abgeordneten aus dem Hause zu entfernen und seinen Wiedereintritt zu verhindern, läßt der Antrag bestehen.

Abg. Roeren (Z.): Die Kommission hat eine Beschränkung der Redezeit abgelehnt, obwohl auch sie dreifache Reden für eine Rücksichtslosigkeit, geradezu für eine Terrorisierung des Hauses hält. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Den Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission hat man ein Attentat auf den Parlamentarismus, eine Belügelung der freien Meinungsäußerung genannt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber solche Bestimmungen haben wir in fast allen Parlamenten. In Frankreich kann ein Abgeordneter sogar bis zu drei Tagen in Haft gehalten werden, wenn er vor Ablauf der Ausschließungszeit im Kammergebäude erscheint. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Und in England besteht sogar die Möglichkeit der Verhaftung und Gefangenhaltung des Abgeordneten wegen unbedingter Verhöhnung auf unbestimmte Zeit. (Erneutes Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Die im vorigen Jahre beschlossene Geschäftsordnung für die württembergische zweite Kammer sieht die Bestimmung vor, daß ein Abgeordneter bei fortgesetzter gröblicher Verletzung der Ordnung durch Beschluß des Hauses von der Sitzung ausgeschlossen und durch Anordnung des Präsidenten nötigenfalls entfernt werden kann. Und was das wichtigste ist: diese Bestimmung, die Sie (nach links) als Hausknechtsparagraphen bezeichnen, ist in der Kommission wie im Plenum einstimmig angenommen worden. (Hört! hört! im Zentrum) und dafür haben auch die Sozialdemokraten und die sächsische Volkspartei gestimmt. Wenn Sie also jetzt von einem Hausknechtsparagraphen sprechen, so läge es nahe, daß Sie diesen Vorwurf zunächst gegen Ihre eigenen Bestimmungsgenossen richteten, die diesen Hausknechtsparagraphen mitarbeiten helfen. Nun versteht es sich ganz von selbst, daß dem Präsidenten, dem die Pflicht obliegt, die Ordnung des Hauses aufrechtzuhalten und einen ordnungsmäßigen Fortgang der Verhandlungen zu ermöglichen, auch die Mittel an die Hand gegeben werden müssen, seinen Anordnungen den nötigen Nachdruck zu geben. Auch dafür ist in der württembergischen Geschäftsordnung gefordert. Der § 66 gibt dem Präsidenten das Recht, den Abgeordneten zur Ordnung zu rufen. Und außerdem bestimmt der Paragraph, daß bei fortgesetzten Störungen die Sitzung unterbrochen werden kann, und wenn nach Wiederaufnahme der Sitzung die Störungen fortdauern, kann man der Präsident nur wieder und wieder die Sitzung unterbrechen. Daß ein derartiges Verfahren nur dazu führt, den Präsidenten und das ganze Haus dem Geiße des Landes auszusetzen, liegt auf der Hand. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Was nun den vorliegenden Antrag anlangt, so sollen doch die vorgeschlagenen Bestimmungen erst dann Anwendung finden, wenn alle dem Präsidenten zu Gebote stehenden Mittel erschöpft sind, um die ordnungsmäßige Fortführung der Verhandlungen zu gewährleisten. Es handelt sich um Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die das Haus sich selbst schafft und mit deren eventueller Ausübung es nur seinen Präsidenten beauftragt. Und dieses Recht muß das Haus doch besitzen; zarte Rücksichten brauchen schließlich doch nicht genommen zu werden. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Was dann die verfassungsmäßigen Bedenken anlangt, so handelt es sich ja gar nicht darum, einen Abgeordneten in der Ausübung seines Mandats zu hindern. Wenn der Präsident vermöge der ihm übertragenen Befugnisse von seinem Recht Gebrauch zu machen gezwungen ist, einen Abgeordneten von der Sitzung auszuschließen, dann geschieht das doch, um die Möglichkeit einer ordnungsmäßigen Fortführung der Verhandlungen herbeizuführen.

Sollte nun von Rednern der Linken meiner Fraktion der Vorwurf gemacht werden, daß das Zentrum seinerzeit im Reichstage in der gleichen Frage eine andere Stellung eingenommen hätte, so will ich das von vornherein aufklären. Es hat sich damals im Reichstage tatsächlich um eine ganz andere Sache gehandelt. Damals war es die Regierung, die eine Gesetzesvorlage vorlegte, daß solche Bestimmungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden sollen, und zwar zum Schutze der Regierung. Dieses Vorgehen der Regierung bedeutete einen Eingriff in das Recht des Reichstages, seine Geschäftsordnung selbständig zu regeln. Dagegen wendete sich der damalige Führer des Zentrums Herr v. Heesemann, der am Schluß seiner damaligen Rede das Wort eines Leipziger Universitätsprofessors zitierte: „In unsere Rechte und Freiheiten hat kein König und kein Kanzler eingzugreifen, die Universität regiert sich selbst.“ Genau aus diesem Grunde erklärte sich damals der Zentrumsredner gegen jene Geschäftsordnungsbestimmungen im Reichstage. Allerdings war damals auch die Vorlage anders wie die heutige. Damals sollte dem Reichstage die Strafgewalt über seine Mitglieder zuerkannt werden, und diese Strafgewalt sollte von einer besonders dazu erwählten Kommission ausgeübt werden. Als Abhandlungen waren vorgesehen zunächst die Ausschließung von den Sitzungen auf eine bestimmte Zeitdauer, die sich bis zum Ende der Legislaturperiode erstrecken konnte. Ferner sollte die Rede des gemäßigten Redners vom stenographischen Bericht aus geschloffen werden können. Wenn nun das Zentrum Maßnahmen bekämpft hat, die es heute für nützlich und notwendig anerkennen muß, dann darf daraus nicht auf Konsequenzen geschlossen werden.

Nach all diesen werden wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, mit Ausnahme jenes Satzes, der dem Präsidenten das Recht der Ausschließung auf längere Zeit beilegt. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Boisch (nat.): Die Vorgänge, welche die äußere Veranlassung zu der Stellung des Antrages Ahrens gegeben haben, sind auch von uns auf das alleräußerste beklagt worden. Wir haben sie auf das entschiedenste mißbilligt und wir bedauern, daß diejenigen Herren, welche die Ursache jener Vorgänge gewesen sind, nicht selbst die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie durch die Ausschreitungen nur sich selbst gefährdet haben. Wir geben uns trotz alledem immer noch der Hoffnung hin, daß es doch noch mal wieder zum Bessern kommen wird, daß alle diese Vorgänge nur vorübergehend sein werden, und daß es doch noch einmal wieder in diesem Hause dazu kommt, daß die Verhandlungen durchweg auch bei der schärfsten Gegnerschaft nur in den Formen der guten Gesellschaft gepflogen werden. Aus diesem Grunde können wir es jetzt noch nicht für unbedingt notwendig halten, dauernde Veränderungen an unserer Geschäftsordnung vorzunehmen. Unsere Geschäftsordnung ist auf die Dauer berechnet, sie soll für lange Jahre hinaus gelten, wie sie jetzt in ihren Bestimmungen schon seit ungefähr 60 Jahren gegolten hat, und deswegen können wir auf Grund einzelner Vorkommnisse, die, wie wir hoffen, vereinigt bleiben werden, nicht jetzt schon die Hand dazu bieten, Änderungen in diesem Sinne vorzunehmen. Derartige Änderungen haben sehr häufig nicht das zur Folge, daß sie in Wirklichkeit vorübergehend eine Besserung erreichen. Vielleicht mögen sie es tun; aber sehr häufig — in dem vorliegenden Falle ganz gewiß — werden sie die Folge haben, daß sie eine tiefe Erbitterung hervorrufen,

nicht nur bei denen, die durch sie getroffen sind, sondern auch in großen Volkskreisen, welche hinter den betreffenden Herren stehen, und die über die Vorgänge hier vielfach falsch und unrichtig berichtet werden. Leider geben wir uns aber nicht der optimistischen Hoffnung hin, daß das bloße Vorhandensein von Verschärfungen in der Geschäftsordnung neue Ausschreitungen unbedingt verhindern wird. Im Gegenteil, ich befürchte, daß die bloße Tatsache, daß wir die geplanten Verschärfungen hier annehmen, zur Folge haben wird, daß die dadurch zu treffenden Herren unmittelbar darauf neue Ausschreitungen begehen werden, sei es auch nur zu dem Zweck, dadurch gegen die neuen Bestimmungen zu protestieren und irgendwie ihre Ungültigkeit zu erweisen. Fürcht doch vor es allerdings nicht, was uns davon abhält, hier einer Änderung zuzustimmen; es fragt sich aber: sind diese Maßnahmen unbedingt notwendig? Seit etwa 60 Jahren gilt unsere jetzige Geschäftsordnung, und wir haben in dieser Periode

außerordentlich aufgeregte Zeiten

gehört. Ich erinnere an den Armeekrieg, an den Kulturkampf. Immer wieder haben sich die Bogen bemaßigt, und die Parteien sind sich wieder näher getreten. Welche Ungezogenheiten fallen immer nur auf das Haupt derjenigen, die sie begehen. Seit etwa 40 Jahren sind Sozialdemokraten im Reichstage, und in den ersten Jahren, wo sie dort waren, haben Kämpfe und Ausschreitungen stattgefunden, die weit über das hinausgingen, was in diesem Hause vorkam. (Hört! hört! links.) Das Gesetz von 1870, das die Regierung vorlegte, wurde abgelehnt und auch später hat nur eine ganz unbedeutende Verschärfung der Geschäftsordnung stattgefunden. Man hat sich im Reichstage vollständig ineinander eingelebt, und es geht auch ohne solches Gesetz. Die dort getroffene Abänderung der Geschäftsordnung ist vollkommen wirkungslos, das wissen Sie ja alle. Damals aber hat auch die Regierung ausdrücklich gesagt, daß ihrer Ansicht nach das Haus nicht befugt sei, die Geschäftsordnung in einer Weise zu ändern, daß sie eine Ausweisung von Abgeordneten ermöglicht. Wir haben weiter erhebliche Bedenken, weil die geplante Maßregel nicht bloß dem Präsidenten, sondern dem ganzen Hause übertragen werden soll. Bei heftigen Parteidämpfen ist es oft schwer, den Inhalt einer Rede von der Form zu trennen. Wer sich durch den Inhalt einer Rede erregt fühlt, wird oft auch der Meinung sein, daß die Form verbittere. Zum Präsidenten haben wir das Vertrauen, daß er auch in der erregten Zeit stets die Ruhe wahren wird, und gerecht zu entscheiden. Wir können aber der Majorität des Hauses und den Parteien nicht das Recht zuerkennen, bei erregten Debatten ad irato jemand auszuschließen. (Sehr richtig! links.) Allerdings muß die Mitwirkung des Hauses als Berufungsinstand gegen Ordnungsregeln erhalten bleiben, aber sie erfolgt ja dann erst am nächsten Tage, wenn Mitle Überlegung an die Stelle der Erregung getreten ist. Den jetzigen Anträgen halten wir es nicht für möglich, stattzugeben; sie sind auch gar nicht geeignet, ihren Zweck zu erreichen. Nach meiner Meinung

widersprechen diese Anträge dem Gesetz und dem Recht und entbehren darum der gesetzlichen Gültigkeit.

Ich sage das auf die Gefahr hin, daß die „Germania“, die bereits in ihrer letzten Nummer um Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten vollständig zusammenschließt, aus meiner Rede einen abermaligen Beweis für die Wichtigkeit ihrer Ansicht herleitet. (Sehr gut! links.) Ich muß das ihr überlassen. Unsere Geschäftsordnung enthält an keiner Stelle auch nur die geringste Andeutung dafür, daß das Haus befugt sei, Mitglieder an der Ausübung ihrer Rechte, wenn auch nur ganz vorübergehend, zu hindern. Ich erkenne hier keinen Unterschied an zwischen einer Hinderung auf kurze Zeit und einer dauernden Ausweisung. Wo besteht irgend eine gesetzliche Vorschrift, welche einen solchen Unterschied rechtfertigen könnte? Ob ich ein Mitglied auf eine Stunde, für den Rest einer Sitzung, auf 6 oder 12 Tage oder für die ganze Legislaturperiode ausschließe, das mag unter Umständen für die Anwendung eines bestehenden Gesetzes einen großen Unterschied ausmachen, kann aber nicht das Recht zur Ausschließung selbst irgendwie begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sitzen hier nicht wie die Mitglieder irgendeiner Gesellschaft auf Grund eines Statuts, welches Vorschriften enthält, wie ungehörige Mitglieder behandelt werden können;

unsere Geschäftsordnung ist kein Statut.

Wenn in der Verfassung geschrieben steht, das Haus hat sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, so ist — und darüber sind sich alle Staatsrechtslehrer vollkommen einig — dem Hause nicht das Recht gegeben, irgendwelche Bestimmungen zu treffen, welche gegen die Verfassung oder gegen irgend ein anderes Gesetz verstößen. Unsere Geschäftsordnung ist gültig nur, soweit sie im Rahmen der Gesetze Preussens und des Deutschen Reiches zulässig ist. Ich bestreite es auf das entschiedenste, daß wir befugt seien, gegenüber Mitgliedern, die sich ungebührlich benehmen, das Hausrecht zu gebrauchen. Das Hausrecht hat man nur gegen einen Fremden, welcher nicht auf Grund eines eigenen Rechtes befugt ist, im Hause zu verweilen. (Sehr richtig! links.) Selbst wenn von mehreren Mitglidern eines Hauses einzelne beschließen, einen anderen, der ihnen unangenehm ist, auszuweisen, sie dürfen es nicht. Auch wenn er gegen den Willen der Majorität verbleibt, wird er sich niemals des Hausfriedensbruches schuldig machen. (Sehr richtig!) Ich gehe weiter. Hier sitzen im Hause Herren, welche nicht Mitglieder des Hauses sind; die Minister und ihre vortragenden Räte. Hat der Präsident etwa oder hat dieses Haus im Falle des Konflikts etwa das Recht, diese aus dem Hause zu verweisen? Niemand! Sie würden ihnen sagen: Wir sind hier als Abgeordnete des Königs, aus eigenem Recht und können uns nicht einmal dem Willen des Präsidenten und des Hauses unterwerfen, wenn wir es auch wollten. Ebenso sind wir nicht Mitglieder hier auf Grund der Geschäftsordnung.

sondern auf Grund der Verfassung und des Willens unserer Wähler.

(Sehr richtig! links.) Wir können uns nicht dem unterwerfen, daß wir das Haus verlassen, denn wir würden damit das Recht unserer Wähler verletzen. (Sehr richtig! links.) Das ist auch in einer Beziehung in den Vorschriften selbst anerkannt. Es heißt dort, daß, wenn während der Entfernung eines Mitgliedes eine irgendwie zweifelhafte Abstimmung verkommt, diese später wiederholt werden soll. Das Recht des Abgeordneten beschränkt sich aber nicht auf die Abstimmung, sondern er hat auch das Recht, an der Beratung teilzunehmen, allerdings im Rahmen der Geschäftsordnung. Wenn sich jemand an die Geschäftsordnung nicht hält, so kann ihm das Wort entzogen werden. Aber das Recht, hier zuzuhören, kann ihm von der Majorität des Hauses nicht entzogen werden. Herr Roeren hat nicht erwähnt, daß Herr v. Heereman im Jahre 1870 sich nicht bloß gegen die Regierungsvorlage gewandt hat, sondern auch auf das allerentschiedenste betonte, daß niemals dem Hause ein Recht zustehe, Mitglieder auch nur vorübergehend zu entlassen. (Hört! hört! links.) Er nannte das einen inneren Widerspruch, da das Parlament nicht Rechte aus sich selbst habe, sondern lediglich den Willen zum Ausdruck bringen solle. Das ist ganz etwas anderes, als was Herr Roeren hier vorgetragen hat. Daß Sie sich hier auf Geschäftsordnungen anderer Länder berufen, wundert mich sehr, da Sie doch sonst jede Verweisung auf das Ausland mit größter Entrüstung zurückweisen. (Sehr gut! links.) Ich berufe mich auf die Geschäftsordnungen des Auslandes schon deswegen nicht, weil ich ihre gesetzliche Grundtendenzen nicht kenne. In Amerika enthält die Verfassung ausdrücklich solche Vorschriften, in England die gesetzlichen Bestimmungen. Wenn Sie uns ein Gesetz vorlegen, das uns das Recht gibt, solche Ausschließungen vorzunehmen, dann können wir über die Frage de lege ferenda (bei Schaffung eines neuen Gesetzes) sprechen. Abgesehen davon können wir es nicht,

Wir wollen doch nur durchführbare Beschlüsse fassen. Das Zentrum will ja die Beschlüsse erheblich abschwächen, aber es hält doch den Gesichtspunkt aufrecht, daß eine Ausweisung erfolgen könne. Auf den Reichstag darf es darauf nicht Bezug nehmen, denn wenn die dort bestehende Bestimmung auch einmal gegen den Abgeordneten Singer angewandt wurde, so hat dieser sich einfach nicht gefügt. Er ist im Hause geblieben, und dabei hat es sein Bestehen gehabt. Ich bestreite entschieden, daß der Präsident in der Lage ist, von dem Hausrecht Gebrauch zu machen und eventuell die Polizei zur Enforcement eines widerspenstigen Abgeordneten hinzuzuziehen. Die Voraussetzung des Hausfriedensbruchs ist, daß der sich nicht Entfernende sich der Widerrechtlichkeit seines Verweilens bewußt ist. Solange der Richter es auch nur für möglich hält, daß der Ausgewiesene an sein Recht geglaubt hat, kann er ihn nicht bestrafen. Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich las, daß der Vertreter des Ministers des Innern es selbst als unzweifelhaft zugab, daß der Präsident im Hause die Polizeigewalt ausübe. Auch die Angehörigen des Hauses sind nicht Beamte, und selbst wenn ihnen diese Eigenschaft verliehen würde, wären sie niemals Polizeibeamte. (Sehr richtig! links.) Wie sieht es nun aber, wenn die Polizei wirklich zugezogen würde, wenn hier ein Polizeileutnant erschiene? Der Vertreter des Ministers des Innern hat gesagt,

er werde auf Wunsch des Präsidenten die nächste Polizeiwache antreiben, dem Präsidenten einen Polizeileutnant und Zugleute zur Verfügung zu stellen.

Wenn sie herkommen, sind sie dann Untergebene des Präsidenten? Niemand kann ein Polizeibeamter, das werden auch Sie zugeben, bei Ausübung seines Amtes der Untergebene eines Mannes sein, der keine eigene Polizeigewalt ausübt. Wenn der Polizeileutnant herkommt, hat er auf Grund eigener Entschlüsse vorzugehen und er trägt die volle Verantwortung für das, was er tut, nicht nur seinen Vorgesetzten, sondern auch dem Gerichte gegenüber. Das Amt der Polizei ist, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen. Darüber hinaus darf die Polizei niemals gehen, und das Oberverwaltungsgericht hat erklärt, eine Gefahr liege nur vor, wo Leib, Leben, Gesundheit oder Vermögen eines zu Schützenden gefährdet seien; nur dann sei polizeiliche Einschreiten gerechtfertigt. Nun denken Sie sich einmal den Fall, der Präsident habe den Saal räumen lassen, es stehe aber hier noch ein Abgeordneter, der ihm den Gehorsam verweigert und den Saal nicht verläßt. Nun kommt der Polizeileutnant und soll ihn hinausbringen. Dann muß er prüfen, ob hier der Fall einer Gefährdung eines anderen, seines Lebens, seiner Gesundheit oder seines Vermögens vorliegt. Dann kann er nur sagen: eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung liegt hier nicht vor, ich kann hier nichts tun. Wenn er es trotzdem täte, dann würde er außerhalb des Amtes der Polizei handeln, und der

Widerstand gegen ihn wäre kein Widerstand gegen die Staatsgewalt;

die Nothwehr würde ihm unter allen Umständen zugubilligen sein. (Lachen rechts. Lebhafter Zustimmung links.) So ist es, und nun kommt der § 106 des Strafgesetzbuchs hinzu, der denjenigen mit

Zuchthaus bedroht,

welcher einen Abgeordneten abhält, hier sein Amt auszuüben. Gewiß ist gesagt worden, es könne keine Rede davon sein, daß der Präsident hiergegen verstoße, denn er handle bei der Ausweisung in gutem Glauben; aber wie sieht es um den Polizeibeamten? Wer auch nur einen Zweifel an seiner Befugnis hat, der verstoßt gegen das Gesetz, und wenn er gegen die Vorschriften seines Amtes handelt, dann kann gar kein Zweifel sein, daß er mit dem vollen Dolus handelt, dann macht er sich eines Verbrechens gegen den § 106 schuldig. (Hört! hört! links.) Wenn Sie diese Vorschriften annehmen, dann fürchte ich, werden die Herren bei der ersten Gelegenheit einen Ausweisungsbefehl probieren, aber sie werden ihm nicht Folge geben, sie werden hierbleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bis die Polizei gerufen wird. Und wenn nachher Widerstand geleistet wird, werden sie zunächst bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten auf Grund des § 106, und wenn die Staatsanwaltschaft ablehnt, dann werden sie bis an das Kammergericht gehen und dessen Entscheidung fordern. Es gibt noch Richter in Berlin beim Kammergericht, und ich bin überzeugt, daß diese Richter vollkommen unabhängig davon, ob die Antragsteller Sozialdemokraten oder andere sind, lediglich nach Pflicht und Gewissen urteilen werden. Wenn sie dann zu der Ueberzeugung kommen, daß hier ein Verbrechen vorliegt, dann muß die Staatsanwaltschaft Klage erheben, und die Sache wird vor einem Schwurgericht verhandelt. Wenn dies nicht geschieht und ein Strafaufrag gegen diese Herren gestellt wird, dann wird das Schöffengericht und die Strafkammer verhandeln und vielleicht kommt die Sache an das Reichsgericht. Nun denken Sie sich einmal die Folgen! Wir beschließen hier und nachher entscheiden die Gerichte: diese Beschlüsse sind ungültig und geschwindig.

Das wäre das für ein Triumph für die Sozialdemokratie.

Wie wird sie dann erst über uns herfallen und höhnen, und dann wird nicht nur die Autorität des Hauses, sondern die Autorität des ganzen Staates auf das tiefste geschädigt. Ich kann nicht verlangen, daß Sie unbedingt meinen Rechtsansichtungen folgen; aber wenn Sie auch nur den geringsten Zweifel haben an der Rechtmäßigkeit dessen, was Sie beschließen wollen, dann unterlassen Sie es lieber! Justitia fundamentum regnorum! Gerechtigkeit muß auch hier oberste Richtschnur bleiben, und was wir vor dem Gesetz nicht unbedingt vertreten können, das müssen wir unterlassen. (Lebhafter Beifall links. Lärm rechts und Zuruf rechts: Patron der Soz!)

Abg. Bieder (freil.): Ich glaube nicht, daß es sich bei den Ereignissen, die die Veranlassung zu diesem Antrag gegeben haben, um vorübergehende Erscheinungen handelt, vielmehr glauben wir um weitere Ausschreitungen rechnen zu müssen. Wir haben deshalb geprüft, ob die Bestimmungen der Geschäftsordnung gegen die betreffende Angelegenheit ausreichen. Soar wird der betreffende Abgeordnete von einem solchen Betragen selbst den größten Schaden haben, denn er wird in den Augen aller Gesitteten einen Mafel mit sich tragen, wenn er sich hier in der Öffentlichkeit ungebührlich betraut. (Lachen h. d. Soz.) Aber es handelt sich hier um das Ansehen des Abgeordneten Hauses nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande. Wenn wir wünschen, daß das Abgeordnetenhaus auf der Höhe seiner Bestimmung bleibt, so müssen wir auch die Mittel schaffen, die auf die Dauer die Aufrechterhaltung der Würde und Ordnung des Hauses verberben. Der Ordnungsruf ist ja an sich wohl ausreichend für persönliche kleinere Entlassungen. Aber mancher Abgeordnete empfindet ihn nicht als Makel, sondern geradezu als Ornament seiner Reden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist die moralische Pflicht des Hauses, Ausschreitungen seiner Mitglieder gegen Ansehenstehende in gebührenden Schranken zu halten. Es ist aber ernstlich zu prüfen, ob wir nach der Verfassung eine zeitliche Ausschließung der Abgeordneten für zulässig erachten können. Der Redner gibt eine ausführliche Darstellung der geschichtlichen Entstehung der betreffenden Verfassungsbestimmungen und zitiert eine Anzahl von Staatsrechtslehrern. Danach könne das Abgeordnetenhaus seine Geschäftsordnung autonom (selbstständig) regeln. Schon bei den Beratungen der Verfassung stellte sich die Kommission einstimmig auf den Standpunkt, daß eine vorübergehende Ausschließung einzelner Mitglieder durchaus ein Recht der Kammer sei. Nach der Verfassung regelt das Haus die Geschäftsordnung selbst, und wer das Recht hat, ein Gesetz zu geben, hat auch das Recht, für seine Durchführung zu sorgen. Der Reichstag hat auch das Recht der Ausschließung, und der Antrag, der seinerzeit zu dieser Ausschließung führte, hatte die nationalliberalen Abgeord-

neten Prinz Schönau-Carolath, Dr. Paasche, Freiherz Jehl zu Hernheim, Wamhoff und andere mitunterzeichnet. (Hört! hört! rechts.) Diese Herren hatten also nicht die verfassungsrechtlichen Bedenken des Abgeordneten Boisch. (Sehr gut! rechts.) Wir finden uns also bei unserer heutigen Vorgehen in der Gesellschaft des Reichstags, dessen vollmächtige Zusammenkunft doch wohl auch von der Linken nicht bestritten wird. Wir legen großen Wert darauf, daß die Bestimmungen hier von einer großen Mehrheit des Hauses angenommen werden, damit nicht eine einseitige Majorisierung etwa behauptet würde.

Deswegen wollen wir uns heute mit der Ausschließung für den Tag der Sitzung begnügen,

bekahen uns aber die Ausdehnung auf weitere Tage für eine spätere Ergänzung der Geschäftsordnung vor, falls die jetzigen Maßregeln nicht ausreichen sollten. Wir stimmen also dem Antrage Roeren zu. Was die Durchführung der Maßnahmen betrifft, so haben wir die Zusage erhalten, daß uns nötigenfalls

Beamte der Polizei

zur Verfügung stehen; die Polizeileutnants werden ja zwei; nicht häufige Gäste unseres Hauses sein. Ich glaube auch, daß unser Präsident, wenn er Umschau unter seinen Beamten hält, auch hier geeignete Kräfte finden kann. So daß wir uns der Polizei nur im äußersten Notfall zu bedienen brauchen. Wir wollen ja auch den Herren nur zum Bewußtsein bringen, daß sich ihre Angehörigen nicht mit der Würde des Hauses betraugen und wir hoffen, daß auch sie zur Einsicht kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Tramer (Fortf. vpl.): Es ist eine außerordentlich wichtige Verhandlung, die wir heute führen. Sie wird maßgebend für unsere gesamte Zukunft sein und ein Präzedenz aufstellen, dessen Wirkungen noch gar nicht zu übersehen sind. Ueber die wichtigste Frage der Ausweisung haben sich alle Redner bereits ausführlich ausgesprochen. 1870 habe Herr Bischoff, der gern ganze Arbeit machte, das Bedürfnis

das damals erlassene Sozialistengesetz auch auf das parlamentarische Gebiet auszudehnen.

Er legte deshalb dem Reichstag ein Gesetz vor, das die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder festsetzen sollte. Dieses Gesetz wurde damals mit großer Majorität abgelehnt, weil es einen Eingriff der Regierung in die Ordnung des Hauses darstellte. Zum erstenmal tauchte in diesem Gesetz der Gedanke einer Ausschließung aus dem Reichstag auf, einer Ausschließung auf eine bestimmte Zeitdauer, die allerdings bis zum Ende der Legislaturperiode sollte erstreckt werden können. Gegen diese Bestimmung setzte die Opposition ein, aber nicht nur deshalb, weil man in dem ganzen Gesetz einen Eingriff in die Rechte des Reichstages erblickte, sondern weil man diese Maßregel als eine

verfassungswidrige Beschränkung der Rechte der Abgeordneten

ansah. Der Zentrumsführer Frei. v. Heereman hat unter dem lauten Beifall des Zentrums damals erklärt, daß nach der Verfassung eine derartige Ausschließung unzulässig sei. (Hört! hört! links.) Das ist auch durchaus richtig. Wir sind nicht zusammengetreten aus eigener Machtvollkommenheit, wir suchen uns die Leute, die zu uns gehören sollen, nicht aus, sondern das Volk setzt dieses Haus zusammen. (Sehr richtig! links.) Es ist das Repräsentantenhaus und wir haben kein Recht, gegen den Willen des Volkes das vom Volk herrührende Recht des einzelnen Abgeordneten in irgend einer Weise zu trüben oder zu beschränken. (Sehr richtig! links.) Die Wichtigkeit dieses Gedankens findet ihren Ausdruck schon in der Bestimmung, daß, wenn eine Abstimmung, bei der das Wort des Ausschließenden entscheidend gewesen sein würde, in seiner Abwesenheit stattgefunden hat, wiederholt werden muß. Aber das ist nicht der Kern der Sache, ob eine Stimme maßgebend ist oder nicht. Die Wähler haben vielmehr einen Anspruch darauf, daß ihre Stimmen bei jeder Abstimmung abgegeben wird, gleichviel welcher Erfolg damit verbunden ist. (Sehr richtig! links.) Damals wurde also das Gesetz im Reichstag abgelehnt und nur eine Resolution wurde angenommen, die die Geschäftsordnungskommission ersuchte, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man in wirksamer Weise Ordnung herstellen könne. Erst 1885 hat sich der Reichstag wieder mit dieser Frage beschäftigt. Das in der Kommission aufgetauchte Projekt der Ausschließung hatte jedoch keine Mehrheit und vor allen Dingen war von einer gewollten Entfernung oder einer Jubiläumsfeier anderer Behörden auch nicht einmal die Rede. (Hört! hört! links.) In einem solchen Fall hatte der Präsident lediglich das Recht, die Sitzung vorläufig zu schließen. Das hielt damals auch der Abg. Roeren für vollständig ausreichend. (Hört! hört! links.) Der Vertreter des Ministers des Innern stellt jetzt das Abgeordnetenhaus gewissermaßen

unter den besonderen Schutz des benachbarten Polizeibüreaus.

(Geisterkeit links.) Er sagte aber weiter, er könne sich nicht dafür verbürgen, daß die Polizei nun auch die Bewachung des Sitzungssaals übernimmt. Also: die Hinausweisung des widerspenstigen Abgeordneten mit dem größten Vergnügen, aber die Abwehr des ausgewiesenen und wiederkehrenden Abgeordneten, das können wir nicht! (Geisterkeit links.) Für selbstverständlich hält er es mit Rücksicht auf die ganze Sachlage, daß das polizeiliche Einschreiten stets von einem Polizeiführer geleitet wird. (Geisterkeit links.) Also, das Gerücht von dem Polizeileutnant ist doch nicht ganz unbegründet. Trotzdem habe ich die Hoffnung, daß man schon aus Achtung vor dem Abgeordnetenhaus eine höhere Charge mit der Leitung solcher Mäander betrauen wird. (Geisterkeit links.) Nun denken Sie sich aber den Einbruch, den die Sache auf die Öffentlichkeit macht! Es entsteht hier eine Anruf, der Abgeordnete wird zur Ordnung gerufen, wird ausgewiesen, und er geht nicht. Der Präsident telephoniert an das Polizeibureau; um Gotteswillen kommen Sie herher, im Abgeordnetenhaus geht einer nicht raus. (Geisterkeit links.) Das Detachement rückt heran und wird der Aufmerksamkeit der Strafe nicht entgehen. (Geisterkeit links.) Es wird gerufen werden: da holen sie einen! (Erneute Geisterkeit links.) Es wird dem Volkswohlthun nicht sofort klar sein, um was es sich handelt, sondern es werden die schwarzen Gedanken wachsen. (Geisterkeit links.) Nun lassen Sie den widerspenstigen Abgeordneten die Widerspenstigkeit soweit treiben, daß er die Schwelle des Hauses im Kampfe überschreitet und daß sich das Freiwerden auf der Strafe fortsetzt. (Geisterkeit links.) Daß bei den Erfahrungen, die wir gemacht haben, die Polizei die Sympathien des Volkes auf ihrer Seite haben wird, bezweifle ich sehr. (Sehr richtig! links.) Im Gegenteil ist zu befürchten, daß die Sympathien des Volkes, vielleicht sogar die tätliche Unterstützung, sich der widerspenstigen Abgeordnete erwehrt.

In dem Moment, wo ein Polizeibeamter die Schwelle dieses Hauses zu dem Zweck betritt, einen Abgeordneten aus diesem Hause zu entfernen, ist die Würde des Hauses nicht gewahrt, sondern auf das tiefste verletzt. (Lebhafter Zustimmung links.) Ich würde es auf das schmerzlichste empfinden, wenn ich als Vollvertreter einem Hause angehörte, das empfinden würde, daß es als Vollvertreter eines Hauses durch die polizeiliche Aufsicht steht und gegen das die polizeiliche Exekutive angewandt wird. (Sehr richtig! links.) In Deutschland gibt es nur zwei Parlamente, die die Entfernung von Abgeordneten aus dem Sitzungssaal erlauben, und zwar die von Braunshweig und Neuh Altene Linie. Aber auch diese Parlamente kennen keine Maßregeln, die Ausschließung durchzuführen, sondern der Präsident kann nur die Sitzung aufheben. Das genügt nach meiner Ansicht vollständig. Im französischen Kammergebäude befindet sich eine Parlamentswache unter einem Offizier zur Verfügung des Präsidenten, die die Befestigung des widerspenstigen Abgeordneten zu besorgen hat. Während der Olfert dieser Wache ist er von jeder weiteren militärischen Disziplin entbunden

und steht allein unter der Disziplin des Präsidenten. (Hört, hört! links.) Also die Verhältnisse liegen doch ganz anders wie hier. Für ein prekariöses Herz ist der Gedanke ja beinahe unfahrbar, daß ein wirklicher Oberst zur Verfügung des Parlamentes-Präsidenten steht. Das ist in Preußen schon gar nicht möglich, wenn der Präsident etwa dem Oberst im militärischen Rang untergeordnet ist. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Auch England hat das Bestreben, diese Vorgänge sich innerhalb des Parlamentsgebäudes sich abspielen zu lassen. Der Oberst ist Beamter des Parlaments, steht unter dem Kommando des Präsidenten und die Aktion vollzieht sich im Hause, während wir nach einer alten deutschen Schwäche die Polizei bei allen diesen Sachen für absolut unentbehrlich halten. (Sehr richtig! links.) Wenn ein Anzeiger bei einem Skandal in seiner Würde nach der Polizei telephoniert, so ist das auch nichts anderes, als wenn hier der Präsident nach der Polizei telephoniert. Wenn der Präsident sich in derselben Lage wie der Oberst befindet und daselbe Mittel ergreifen muß, so halte ich das ebenfalls für eine Verabwägung des Ansehens des Abgeordnetenhauses wie des Präsidenten selbst. Der Abgeordnete v. Dittfurth hat uns bedingt vorgeschlagen, wir hätten kein rechtes Verständnis für Ordnung. So liegt die Sache aber doch nicht. Wir haben das selbe Verständnis für die Würde und das Ansehen des Parlaments. (Behr. Zustimmung links.) Aber das kann doch nicht dazu führen, irgend welchen

Willkürmaßregeln

zugestimmen. Ich erkläre auch ausdrücklich, daß die Ausschließung der Sozialdemokraten auf das äußerste mißbilligen würde, auch wenn wir namentlich den Vorgang gegenüber dem Ministerpräsidenten sehr unangenehm empfunden haben. Beständig irrig wäre es, anzunehmen, daß so etwas erst durch die Sozialdemokraten hier eingeführt worden wäre. Dem Fürsten Bielowski gegenüber — ich will die beiden Staatsmänner absolut nicht miteinander vergleichen (große Heiterkeit links) — sind ganz andere Szenen aufgeführt worden als Herr v. Bethmann Hollweg gegenüber. Nun wird gesagt, der Ton sei schlechter geworden, er sei verrottet. Die Verschlechterung des Tones ist eine allgemeine und sehr bedauerliche Erscheinung und erstreckt sich auf unsere gesamten gesellschaftlichen Maßregeln. (Sehr richtig! links.) Wir sind hier doch keine Mädchenschule! (Sehr richtig! links.) Wir sind Männer von Fleiß und Blut mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Männer, die von ihrer Ueberzeugung durchdrungen sind. Wenn da einmal die Schranken der guten Erziehung durchbrochen werden, dann kann man das nur der Mangelhaftigkeit der menschlichen Natur zur Last legen. (Sehr richtig! links.) Der eine haut aufs Pul, der andere ruft Pfui, der Dritte zischt und der Vierte gibt unartikuliert Laute von sich. (Große Heiterkeit links.) Die Sache hat noch ein Bedenken. Man darf solche Maßnahmen nicht treffen gegen eine einzelne Partei.

Dies aber hat man nur die Sozialdemokratie im Auge, obgleich seit Arianus' Tagen in Alium und außer Alium gesündigt worden ist. (Sehr gut und Heiterkeit links.) Der Horn ist immer ein schlechter Ratgeber gewesen. In die

Stillschließung unseres Präsidenten

tertrag ich nicht recht zu glauben. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Die Abschreckungstheorie ist die schlechteste Theorie die es gibt. Man hat gesagt, man wolle diese Strafe nur androhen. Wenn es aber nur darauf ankommt, dann können Sie ja auch die Todesstrafe androhen. (Heiterkeit und sehr richtig!) Die Kommissionsbeschlüsse entspringen einer leicht erkennbaren Nervosität. Nehren wir zu einer ruhigen Anschauung zurück und hoffen wir, daß wir bald dazu kommen, den guten Ton möglichst wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. In diesem Sinne, ohne alle Erregung, ohne alles Pathos; lehnen Sie die Vorschläge der Kommission ab. (Behr. Beifall links. Unruhe rechts.)

Abg. v. Jagzjewski (Pole): Es ist klar, daß der Vorschlag der Geschäftsordnungs-Kommission in erster Linie gegen die Sozialdemokraten gerichtet ist. Die Prozedur dazu ist aus ihren Reihen gekommen. Wenn in den Beratungen des Hauses einzelne Abgeordnete mitunter die Grenzen des Zulässigen, selbst des Anstandes überschreiten, so muß man die Sache nach den Verhältnissen des Hauses, in dem man lebt, beurteilen und nicht Vergleiche mit anderen Staaten anstellen, um sein Vorgehen zu entschuldigen. (Sehr richtig!) Wenn die Herren Opposition machen, so sind sie im vollen Recht, wenn sie dabei die nötigen Grenzen überschreiten, so sind sie im Unrecht. (Zustimmung links.) Es müssen Anstrengungen gemacht werden, daß unter Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses die Würde des Hauses und der einzelnen Abgeordneten nicht leidet. Wir sind Vertreter des ganzen Volkes; einen Abgeordneten mit Polizeischnepfen aus dem Hause hinauszuschleppen, würde dem Ansehen des Hauses außerordentlich schaden. (Sehr richtig! links.) Wir sind gegen jede Gewaltmaßregel und stimmen deshalb gegen den Antrag der Kommission. (Bravo! links.)

Abg. Bergmann (Soz.):

Ich habe vorhin die Erklärung abgegeben, daß wir uns nur an der Diskussion beteiligen würden, um etwaige Angriffe abzuwehren. Auch Herr Koeren wird zugeben müssen, daß seiner noch nicht passiert ist, was durch diesen Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission bekämpft werden soll. Nichtsdestoweniger hat der Abg. v. Dittfurth gegen uns eine ganze Reihe von schweren Angriffen gerichtet, die sogar unserem Herrn Präsidenten Veranlassung gegeben haben, dagegen einzuschreiten. Ich verzichte darauf, auf alle diese maßlosen Angriffe einzugehen, weil ich der Ueberzeugung bin, sie fallen dem Redner sowohl wie seiner Partei zur Last. Herr v. Dittfurth hat, nachdem er diese

brutalen Angriffe

gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten gerichtet hatte, gesagt, es tue ihm leid, und bloßstellen. Ach, Herr v. Dittfurth, nach Ihrer ganzen Vergangenheit sind Sie gar nicht fähig, und bloßstellen. Wenn jemand einen anderen bloßstellen will durch Unwahrheiten, dann zeugt das von einem niedrigen, mehr als robusten Gewissen, durch das nur der bloßgestellt wird, der bloßstellen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann ist hier der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß unter allen Umständen die Autorität des Präsidenten gewahrt werden muß. Ich kann namens meiner Freunde die Erklärung abgeben, daß wir durchaus auf diesem Standpunkt stehen. (Lachen rechts.) Jawohl, meine Herren, ich muß aber doch sagen, daß die Autorität des Präsidenten keineswegs darauf beruht, daß er oben auf dem Präsidentensstuhl sitzt und dieses Amt zu wahren hat, sondern daß vor allen Dingen die Autorität des Präsidenten darauf beruht, daß er in einer völlig unparteiischen Handhabung der Geschäfte seines Amtes waltet, gleichviel, ob gegen Freund oder gegen den Gegner. Gerade durch eine völlig unparteiische Handhabung der Geschäfte wird ihm die höchste Achtung, auch seiner politischen Gegner, garantiert. Wo dieser Grundsatz festgehalten ist, ist auch in anderen Parlamenten von meinen Freunden den politischen Gegnern die allerhöchste Achtung entgegengebracht worden. In solchen Fällen wird es auch hier im Abgeordnetenhause an uns nicht fehlen. Das glaube ich bei dieser Gelegenheit noch hier zum Ausdruck bringen zu sollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koeren (Z.) weist daraufhin, daß auch in Frankreich der Präsident die Macht hat, militärische Kräfte heranzuziehen.

Damit endet die Aussprache. Auf Antrag des Abg. v. Heubrandt (kons.) und ebenso des Abg. v. Jagzjewski (Pole) ist die Gesamtstimmung namentlich.

In der Einzelstimmung werden die sämtlichen Absätze des Antrags der Geschäftsordnungs-Kommission mit der Abänderung des Antrags Koeren angenommen. Danach kann im Falle besonders großer, die Würde des Hauses schädigender

Verletzung der Ordnung, der Präsident einen Abgeordneten für den Rest eines Tages von der Sitzung ausschließen. Er kann insbesondere hierzu die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen, den Sitzungssaal und die Tribunen räumen, den ausgeschlossenen Abgeordneten aus diesen Räumen entfernen lassen, sowie seinen Wiedereintritt verhindern. Ueber den Einspruch des Abgeordneten entscheidet das Haus ohne Besprechung frühestens in der nächsten Sitzung. Eine Abstimmung, bei der die Stimme des abwesenden Abgeordneten hätte den Ausschlag geben können, wird wiederholt.

Unter dem schallenden Gelächter der gesamten Linken stimmte auch die Rechte neben dem Zentrum gegen diejenigen Teile der Beschlüsse der Geschäftsordnungs-Kommission, die der Antrag Koeren beseitigt, sodaß sie zugunsten des Antrags Koeren zu Fall gebracht wurden. Unter dem erneuten Gelächter der Linken wurden darauf die Anträge Koeren mit den Stimmen der Konserverativen und des Zentrums angenommen. Gegen die Absätze der Kommissionsbeschlüsse, die dem Präsidenten die Befugnis zur Durchführung der Ausweisung geben, stimmten geschlossen die National-Liberalen, die Volkspartei, die Polen und die Sozialdemokraten. Für die übrigen Beschlüsse der Geschäftsordnungs-Kommission stimmte auch ein Teil der National-Liberalen. Die Gesamtstimmung über die durch den Antrag Koeren abgeänderten Kommissionsbeschlüsse war namentlich und ergab ihre Annahme mit 218 gegen 74 Stimmen.

Der Antrag auf Einschränkung der Redezeit wurde nach dem Kommissionsantrag gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien abgelehnt. Damit war dieser Gegenstand erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Wohnungsgeldzuschuß, Sekundärbahnvorlage. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Bodenpreise.

Vor 20 Jahren übernahm der jetzige Besitzer eines Rittergutes das Anwesen zu einem Preise von rund 1 Million Mark. Die im Laufe der Jahre von ihm geleisteten Aufwendungen sind hoch taxiert mit 3 Millionen Mark. Durch Veräußerung von Parzellen hat der Besitzer bisher ungefähr 7-8 Millionen Mark erzielt. Der weitläufige größere Teil des Rittergutes ist aber noch sein Eigentum. Dieses hat er vor kurzer Zeit der Gemeinde zu einem Preise von 22 Millionen Mark zum Erwerb an. Diese Angaben illustrieren zur Genüge, wie die Grundstückspreise steigen.

Um für die geplante Reichszuwauchssteuer Unterlagen zu gewinnen, hat das Reichskatasteramt in vielen deutschen Städten Erhebungen über das Wachsen der Bodenrente angestellt. Aus dem gewonnenen Material greift die „Vodenreform“ ein interessantes Beispiel heraus. Es betrifft die Stadt Arnberg. Bei der Erhebung wurde das insgesamt 6140 Hektar umfassende Weichbild der Stadt in drei Gruppen eingeteilt; zur ersten gehören die besten Geschäftsstraßen der Altstadt, auf die 25 Hektar fallen, zur zweiten die übrigen städtischen Grundstücke, sofern sie im Zusammenhange bebaut sind, im Umfange von 1079 Hektar, zur dritten einzeln liegende Vorortgrundstücke im Umfange von 5016 Hektar. Dabei kostete

	1 Hektar bebauter Boden in 1000 Mark		Wertsteigerung in Prozent
	1871	1909	
erste Lage	2260	6730	174
zweite Lage	960	2560	157
dritte Lage	180	520	182

Die Wertsteigerung beruht sich nach Ausschaltung der durch Meliorationen erzeugten Werterhöhungen. Die Preiserhöhung des gesamten bebauten Bodens wird auf 884 Millionen Mark berechnet. Ferner kostete

	1 Hektar unbebauter aber baureifer Boden in 1000 M.		Wertsteigerung in Proz.
	1871	1909	
erste Lage	120	1500	1150
zweite Lage	10	480	4700
dritte Lage	5	150	2900

Bei den noch nicht bebauten Flächen ist der Bodenpreis von 4000 auf 25 000 oder um 525 Proz., bei den rein landwirtschaftlich benutzten Grundstücken von 3000 auf 15 000 M. oder um 400 Proz., bei den als Lagerplätzen, Gärtnereien usw. dienenden Terrains von 500 auf 25 000 M., also auch um 400 Proz. gestiegen.

Guter Saatensand. Nach den bis zum 1. Mai bei der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats eingelaufenen Berichten hat der Weizen seinen guten Stand nicht nur behauptet, sondern meist weiter verbessert, und seine bisherige Entwicklung berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die Aussichten für Winterroggen beurteilt man im allgemeinen weniger gut als im Vormonat. Die frühzeitig bestellten Sommeraarten sind gleichmäßig aufgelaufen und zeigen mit Ausnahme des zu früh bestellten Hartes, bei dem sich vielfach Unfruchtbarkeit macht, einen befriedigenden Stand. Für die später bestellten Saaten, deren Beurteilung noch nicht möglich war, ist warmes Wetter erforderlich. Der Stand der Futterpflanzen wird allgemein gelobt. Auch bei den Weizen, die infolge der frühen Witterung nur langsam vorwärts kommen und Wärme brauchen, wird meist über guten Anlauf berichtet.

Nach der Zusammenstellung des Kaiserl. Statistischen Amtes über den Saatensand Mitte April in Deutschland ergeben sich folgende Noten — Nr. 2 bedeutet gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering; die Zwischenstufen sind durch Dezimalen bezeichnet —:

	1910		1909
	April	November	
Winterweizen	2,3	2,4	3,1
Winterpelz (auch mit Beimischung von Roggen oder Weizen)	2,1	2,1	2,7
Winterroggen	2,4	2,3	3,0
Alee (auch Beimischung von Gräsern)	2,3	—	2,8
Luzerne	2,4	—	2,7
Benässerungswiesen	2,3	—	2,8
Anderer Wiesen	2,7	—	3,1

Obligationen und Hypotheken kein Unternehmungskapital! In einer recht eigenartigen Polemik beruht der Herausgeber der „Konjunktur“, R. Calver, sich mit unser Kritik in Nr. 100 des „Vorwärts“ seiner Verteilung des Produktionsvertrages abzufinden. Er schreibt in der „Konjunktur“, Heft 9:

„Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in recht abfälliger Weise mit dem Artikel der „Konjunktur“, der sich mit dem Anteil des Unternehmungskapitals und der Arbeiter an Produktions-erträge beschäftigt. Die Ausstellungen, die der „Vorwärts“ an unserer Berechnung macht, sind aber samt und sonders hüftalig. Wir wollen nicht den Anteil des Kapitals überhaupt, sondern den Anteil des Unternehmungskapitals berechnen; deswegen waren Obligationen, Hypotheken usw. respektive deren Verzinsung nicht zu berücksichtigen. Lantienmen sind aber kein Kapitalanteil, wie der „Vorwärts“ meint, sondern eine Vergütung für eine Dienstleistung. (Von uns im Druck ausgezeichnet. Red.) Daß wir nur die Normallohnsumme ermitteln, ist selbstverständlich. Die diese sich gegenüber den Veränderungen des Warenpreislebens verhält, das beobachten wir auf Grund einer besonders gefähigsten Statistik, die auch dem „Vorwärts“ nicht unbekannt sein dürfte. Im übrigen eine kleine Reminiscenz: Der allererste Versuch, in das Dunkel des Verteilungsproblems hineinzulichten, geht, so wie es für die „Konjunktur“ wieder

aufgenommen worden ist, zehn bis elf Jahre zurück und findet sich nirgends anders als in den Spalten des „Vorwärts“. Nur war der damalige Versuch viel beschäidender, da zu jener Zeit es noch nicht möglich war, die Vorarbeiten auf so breiter Basis zu machen, wie dies nunmehr doch schon möglich ist. Die damaligen Artikel hätten kaum erwarten lassen, daß noch zehn bis elf Jahren der verbesserte Versuch auf eine so abschließende Kritik gerade im „Vorwärts“ stoßen würde. Wir sind auch sicher, daß die sehr wenig wohlwollende Kritik eine vorübergehende Erscheinung ist, wie dies unseren Arbeiten gegenüber schon sehr häufig der Fall war. Aus diesem Grunde gehen wir auch ohne jede weitere Polemik zur Tagesordnung über.“

Wir begnügen uns damit, auf das folgende kurze Zitat aus der kritisierten Arbeit Calvers hinzuweisen.

„Aber trotz alledem — wir wollen wenigstens zeigen, daß die Elemente schon vorhanden sind, um nicht nur die Verteilung des Produktionsvertrages zwischen Kapital und Arbeit innerhalb eines abgegrenzten Gebietes annähernd bestimmen, sondern sie auch von Jahr zu Jahr fortlaufend verfolgen zu können.“ (Die Auszeichnung ist von uns. Red.)

Neue Ausichten.

Das Organ des Fleischerverbandes schreibt zur Lage auf dem Viehmarkt: „Die Verhältnisse auf dem Rindermarkt gewinnen nach und nach einen krisenhaften Charakter, denn man muß annehmen, daß in der nächsten Zeit die Preise noch weiter steigen werden.“

Die Ergebnisse der Viehzählung in Preußen und Sachsen haben gezeigt, daß der Bestand an sich zurückgegangen ist. Die Auslandszufuhren lassen nach, von Oesterreich infolge der veränderten Verhältnisse im eigenen Lande, aus Dänemark infolge der verschärften Kontrolle bei der Tuberkulinsprobe. Schon im März zeigte der Marktauftrieb einen ziemlich rückgängigen Charakter gegenüber dem Vorjahre; im April war das Angebot weit erheblich schwächer; dabei auch nach keiner Seite günstige Ausichten.

Die Preise für Ochsen lagen in Frankfurt und Köln um 3 M., Hamburg und Berlin um 2 M., Breslau um 1 M. an. Kullen stiegen in München und Frankfurt um 3/4 M., Köln 2 M., Berlin und Hamburg 1 1/2 M. Rinde brachten in München 3, Köln 2 1/2, Berlin 2, Frankfurt 1 1/2, Breslau 1, Dresden 1/2 M. mehr als im Monat März. . . .

Welche Summen bei der Schweinemast verdient werden, zeigte auch die Berliner Mastvieh Ausstellung, wo die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Nardstedt Schweine ausgestellt hatte, die mit Kartoffelflocken, Gersten- und Wobenschtrot für Dauerwarenmast gemästet waren und sich per Pfund Lebendgewichtzunahme, trotz des teuren Futters, auf nur 84 bis 96 Pf. stellten.

Die Kalberpreise sind mancherorts noch eine Stufe höher gestiegen. Sekundäware kostet allerwärts jetzt 90 bis 95 Pf.; gute Ware 1 M. bis 1,50 M. und mehr, so daß Kalbfleisch nachgerade zum Luxusartikel wird.

Noch scharfer ging es auf dem Hammelmärkte zu. Die Preise schlugen namentlich in Süddeutschland sehr stark auf, und zwar 5 Pf. im Durchschnitt. Sie erreichten damit eine für Süddeutschland selten bekannte Höhe. Aber auch in West-, Mittel- und Norddeutschland sind die Preise außerordentlich hoch und es besteht die Aussicht, daß sie noch weiter steigen werden.“ Obwohl das Aussehen eines Interessentenorgans sind, kann man nicht sagen, daß die in Aussicht anhaltende Teuerung auf dem Fleischmarkt nicht zu befürchten sei.

Erweiterung der Nachtphäre Stinnes. Der Landkreis Köln hat beschlossen, sich an dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen mit 500 000 M. Aktien zu beteiligen.

Schlechte Lage am amerikanischen Eisenmarkt. Die Zeitschrift „Ironmonger“ meldet, daß die amerikanische Roheisenproduktion wesentlich eingeschränkt worden sei. Obwohl im Preise für nordliches Cicherei- und hohles Eisen eine Reduktion um 1/2 Dollar erhalten hätten, blieben die Verkäufe gering.

Englische Kohlen in Deutschland. Die Einfuhr englischer Kohlen ist von 1890 bis 1909 um 5 624 563 Tonnen gleich 115,4 Proz. gestiegen. Auf dem Berliner Markt hat der Verbrauch englischer Kohle von 1890 bis 1909 um 40 208 Tonnen gleich 793,4 Proz. zugenommen; ihr Anteil an der Versorgung Berlins ist in demselben Zeitraum von 7,53 Proz. auf 39,88 Proz. gestiegen, während der Anteil der westfälischen Kohle von 5,99 Proz. auf nur 12,86 Proz. gestiegen ist und der der oberschlesischen von 72,58 Proz. gar auf 40,67 Proz. zurückging. Diese gewaltige Zunahme der englischen Kohlenzufuhr in Berlin ist ganz überwiegend auf die stark gewachsenen Bedürfnisse von englischen Gasoföhen durch Berliner Gasanstalten zurückzuführen; so wurden 1909 894 580 Tonnen englische Kohle gegen nur 504 757 Tonnen deutsche Kohle verbraucht.

Aus der Frauenbewegung.

Das allgemeine Frauenwahlrecht in Norwegen.

Das Konstitutionskomitee des Storting hat sich nun auch für die Verallgemeinerung des politischen Frauenwahlrechts entschieden, jedoch nur mit 4 gegen 3 Stimmen. Die konservativen Komiteemitglieder sind dagegen. Sie befürchten offenbar, daß ihre Parteiinteressen allzu sehr leiden, wenn die das Frauenwahlrecht einschränkende Steuerklausel beseitigt wird. Es ist somit noch zweifelhaft, ob der Komiteevorschlag im Storting die erforderliche Mehrheit findet.

Die Aufhebung der Steuerklausel für das kommunale Frauenwahlrecht ist zurzeit einstimmig vom Konstitutionskomitee in Vorschlag gebracht worden. Das Komitee hat eine Berechnung darüber angestellt, wie die Verallgemeinerung des Frauenwahlrechts wirken werde, und ist zu dem Schluß gekommen, daß, wenn bei den Gemeinbewählungen von 1907 das Frauenwahlrecht gleich dem der Männer allgemein bestanden hätte, die Zahl der wahlberechtigten Frauen um 231 255 größer gewesen wäre. Es sind 86 Proz. der Frauen im Wahlrechtsalter, die infolge der Steuerklausel nicht wahlberechtigt waren und die nun, wenigstens erst einmal auf kommunalem Gebiete, dieses wichtige Bürgerrecht erhalten sollen. Die Gesamtzahl der wahlberechtigten Frauen und Männer würde um 81,1 Proz. steigen.

Die Wahlbeteiligung der Frauen ist, seitdem sie im Jahre 1901 das an die Steuerklausel gebundene Gemeinewahlrecht erhalten haben, beständig lebhafter geworden. Auf das ganze Land berechnet, waren es bei den Kommunalwahlen von 1901 21 Proz., 1904 26 und 1907 34 Proz. der wahlberechtigten Frauen, die von ihrem Staatsbürgerrecht Gebrauch machten. In den Städten allein stieg der Prozentsatz in derselben Zeit von 48 auf 53 und 63 Proz. Von den wahlberechtigten Männern beteiligten sich in den Städten bei den letzten Wahlen 71 Proz. In Stadt- und Landgemeinden machte 1907 die Wahlbeteiligung der Männer 64,5 Proz. aus; sie war um rund 20 Proz. stärker als die der wahlberechtigten Frauen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Entwicklung der Produktionskräfte und der Arbeitslohn. Von F. Mahlow. — Das Budget des deutschen Arbeiters — eine Statistik des Glubs. Von Dr. K. Lipshitz. — Gensbilder aus dem Abgange. Von Paul Sauerberg (Grosvenordach). — Die Revolution in der Gewerkschaftszeit. Von Josef Rühle. — Literarische Rundschau: Joh. Fehrer, Gedächtnis, Die bedingte Vererbung. Von Siegfried Weinberg: Die gesellschaftliche Bewegung in England am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Von R. Malanoff. — Heftschließen.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung. Verlag Buchverlag Nordwärts, Berlin SW. 68, Heft 17 und 18 sind erschienen. Preis pro Quartal 3 M. Der Inhalt: In Nr. 17 behandelt die Reichszuwauchssteuer. In Nr. 18: „Die freien Stunden“, Wochenschrift, Heft 15 und 16. Der preisgünstige Roman von Bruno Wille „Die Kündenburg“ erschienen. Neben dem Roman gelangen in jedem Heft noch Novellen, Erzählungen usw. zum Abdruck. Preis pro Heft 10 Pf.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Sonntag, den 8. Mai,
von 10 bis 2 Uhr mittags:

Wahl der Delegierten zum Verbandstage

in folgenden Lokalen:

- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
- Bonackers Festsäle, Blücherstr. 61.
- Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c.
- Nannyn-Festsäle, Nannynstr. 6.
- Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
- Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
- Litfin, Memeler Straße 67.
- Prachtsäle des Ostens, Frankf. Allee 151-153.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Glische, Kopenhagener Straße 74.
- Wilke, Brunnenstr. 188.
- Raabe, Kolberger Straße 23.
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickeffstraße 24.

Die Stimmzettel erhalten die Kollegen in den Abstimmungslokalen.
Jedes Mitglied muß persönlich zur Abstimmung erscheinen und als Legitimation das Mitgliedsbuch vorzeigen. Ohne Mitgliedsbuch wird niemand zugelassen.
Die Abstimmung kann jeder Kollege in dem Lokal ausüben, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist.
Die Werkstattvertrauensleute werden ersucht, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Die Beitragszahlung in den Zahlstellen findet diesmal nicht am Sonnabend, sondern am Montag, den 9. Mai, von 6-8 Uhr abends statt.

Montag, den 9. Mai 1910:

Mitglieder-Versammlungen.

Einsetzer.

Sonntag, den 8. Mai, vormittags 9 Uhr, finden die
Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

1. Bezirk: Merkowitz, Andreasstr. 26.
2. " Dobroslaw, Schliemannstr. 32.
3. " Sauer, Lemgowstraße 21.
4. " Preis, Rixdorf, Rosenstr. 24.
5. " Wiemer, Bülowstr. 58.
6. " Wig, Staliger Str. 59.
7. " Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
8. " Metzger, Wiesenstr. 29.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erforderlich. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Kommission.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale I Berlin.

Montag, den 9. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokale des
Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33:

Mitglieder - Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Wahl des ersten Vorsitzenden. 2. Rechenschaftsbericht über Verbands- und Lokalfasse. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist schon deshalb notwendig, weil sich die Wahl eines ersten Vorsitzenden notwendig macht, was bei jedem Kollegen Interesse hieran hervorgerufen muß.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 8. Mai 1910, vormittags 10 Uhr:

Große Versammlung

an Schraubenautomaten und Einzelbänken
beschäftigten Einrichter
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Erledigung der Anträge von der letzten Versammlung.
 2. Diskussion.
- Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, so erwartet zahlreiches Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Sonntag, den 8. Mai, findet die Wahl der
Delegierten zum Verbandstage statt. Die Wahl findet
von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in dem
Lokal von Oskar Preis, Rosenstr. 24, und Albert
Schmidt, Reuterstr. 23, statt.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Herrn - Sommer - Anzüge

in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Brunnenstr. 158, Otto Heinleke.
Laden geld gestrichen.

Brauerei Oswald Berliner.

Einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß

am 7. Mai cr., abends 7 Uhr

die Eröffnung unseres

neuen Brauerei-Ausschankes, Brunnenstr. 140

erfolgt.

Die Oekonomie liegt in den Händen des Herrn Paul Mattausch.

Hochachtungsvoll ergebenst

Brauerei Oswald Berliner.

Im Anschluß an vorstehende Anzeige gestatte ich mir dem geehrten Publikum mitzuteilen,
daß ich die Oekonomie des neuen Ausschankes der Brauerei Oswald Berliner,
Brunnenstr. 140, übernommen habe.

Die geräumigen Lokalitäten sowie der Naturgarten setzen mich in die Lage, den weit-
gehendsten Ansprüchen genügen zu können.

Hochachtungsvoll ergebenst

Paul Mattausch.

187/5

Teurer Kaffee!

Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischen
Ländern so gern getrunken wird?

Nur durch eine kleine Beimischung von dem

Wiener-Kaffee-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek

erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind Feigen, welche ihm
einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.

Packete à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.

Gratisproben überall erhältlich.

M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station
Kottbusser Tor.
SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.

Fertig am Lager:

Frühjahrs-Paletots

Neueste Dessins in haltbaren
Qualitäten, eleg. Paß-
formen, M. 40.50, 38.50, M. 21.50
32.-, 29.50, 25.50 bis

Frühjahrs-Ulster

mod. Glockenform u. Drehknopf,
prakt. graue Streifen-
muster, M. 45.-, 42.50, M. 25.50
38.50, 35.-, 30.50, 27.50

Sommer-Paletots

Ersatz für Maß!

in reinwollenen Qualitäten mit
feinsten Zutaten, in
Verarbeitung, M. 58.-, M. 32.50
52.-, 48.50, 42.50, 36.-

Jackett-Anzüge 24.50 - 60 M.

Rock-Anzüge 29.50 - 70 M.

Gehrock-Anzüge 36.50 - 75 M.

Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter
meiner persönlichen Leitung.
Prima Sitz u. Verarbeitung

Möbel - Lechner

7, Brunnen - Straße 7, am Rosenthaler Tor.
Laden u. I. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit.

Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an,
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Extra-Abteilung:

Garderoben

für Herren, Damen und Kinder.

Kinderwagen - große Auswahl!

Anzahlung von 5 M. an, event. ohne Anzahlung:

Teppiche, Portieren, Läufer, Betten, Stepp- und Tisch-
decken, Gardinen, Stores, Kronen, Wand- und Taschen-
Uhren, Bilder etc.

Morgen Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.



S. Gottlieb

G. m. b. H.

Rosenthalerstr. 54!

Um jedermann die Möglichkeit zu geben,
zum Pünktigsten seinen Bedarf zu decken,
stellen wir die Abzahlungs-Bedingungen
bis auf weiteres noch günstiger als bisher.
Wir empfehlen in grosser Auswahl

Auf Abzahlung!

Anzüge 15.- 21.- 27.- 34.- 42.- M.

Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- 8.- M.

Paletots 18.- 24.- 30.- 36.- M.

Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- M.

Damen-
Paletots 12.- 15.- 24.- 30.- M.

Anzahlung 3.- 4.- 5.- 6.- M.

Blusen 6.- 9.- 15.- 20.- M.

Anzahlung 2.- 2.- 3.- 3.- M.

Kostümrocke 6.- 10.- 20.- M.

Anzahlung 2.- 3.- 4.- M.

Abzahlung 1 Mark jede Woche an.



ANTILÄDIN

selbsttätiges Dichtungsmittel
für Fahrrad-Luftschläuche.

Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen.

Preis pro Füllung für 1 Schlauch ausreichend, M. 1.25. Porto
M. -.20 extra. Einfülltrichter M. -.05, bei 2 Füllungen ein
Trichter gratis. - Vertreter an allen Orten gesucht.

Antiladin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 76.

Generalvertreter für Groß-Berlin:

Max Vogel, Charlottenburg, Pestalozzistr. 92a.

Reichstag.

80. Sitzung vom Freitag, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Schoen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsular-

Die Kommission hat dem Entwurf eine Bestimmung hinzugefügt, wonach die Zulassung der kleinen Aktien und Interimscheine (über Beträge unter 1000 M. bis herunter zu 200 M.) nur mit Genehmigung des Bundesrates gestattet sein soll.

Der Antrag Dr. Arendt-Mansfeld (Rp.) will die Zulassung der kleinen Aktien und Interimscheine zum Börsenhandel im Reichsgebiet überhaupt nicht gestatten.

Abg. Dove (Fortschr. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Arendt; gerade die Ausschließung von der Börse fördere die Spekulation.

Abg. Fickert (Soz.): Wir bleiben auf dem Ablehnenden Standpunkt wie bei der ersten Lesung der Vorlage. Man sagt, wir brauchen die kleinen Aktien in den Schutzgebieten gegenüber der Konkurrenz des ausländischen Kapitals, dies wird aber in Anteilen von 20 M. abgegeben, dagegen würde also auch die 200 Mark-Aktie nicht helfen.

Der Antrag Dr. Arendt-Mansfeld (Rp.) will die Zulassung der kleinen Aktien und Interimscheine über sich hinwegsetzen. Es folgt die zweite Lesung des Konsulatsgebührengesetzes.

Die Kommission (Berichterstatter Dr. Semler) empfiehlt unveränderte Annahme.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) befürwortet einen von ihm eingebrachten Antrag, wonach die Vergleichen der Unterschriften von Zeugnissen der kaufmännischen und technischen Angestellten, der Gesellen, Gehilfen und Arbeiter gebührenfrei bleiben sollen.

Abg. v. Strömbel (B.) begründet einen Antrag, der eine Ermäßigung der Gebühren für Abschriften verlangt.

Abg. Gwerling (natl.): Am 14. Dezember 1906 verlangte der Reichstag in einer Resolution, daß die Vergütung ausländischer Rechnungen über Tabaksteueraktien gebührenfrei sein soll.

Der Antrag Dr. Arendt-Mansfeld (Rp.): Ich muß mich dem Vorgesagten anschließen. In der Budgetkommission ist das Gesetz nur durch eine Zustimmungsmehrheit angenommen. Die Vorlage durchdringt unser Aktien-

Abg. Schulz (Rp.) bestreitet gegenüber dem Abg. Arendt (Rp.), daß in der Kommission eine Zusatzmehrheit die Vorlage angenommen habe, und sucht dann die übrigen Einwände des Abgeordneten Arendt gegen das Gesetz zu entkräften.

Abg. Dr. Hertzner (Fortschr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gihhorn an.

Abg. Rastan (B.): Die Spekulation wollen auch meine politischen Freunde nicht erleichtern; deshalb haben wir den einschränkenden Artikel 2a in der Kommission geschaffen, den wir jetzt durch meinen Antrag erziehen wollen.

Abg. Dr. Semler (natl.) tritt für die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission ein, die deutschen Kaufleute an der Chinawüste würden eine Ablehnung der Vorlage nicht verstehen.

Abg. Dr. Röske (L.): Die Ausdehnung des Gesetzes auf Deutschland ist eine logische Folge, die auch ohne den Willen der Verbündeten Regierungen sich geltend machen wird, deshalb stimme ich mit einem Teil meiner politischen Freunde gegen das Gesetz.

Abg. Werner (Antif.) erklärt sich gegen die Vorlage.

Abg. Kaempf (Fortschr. Sp.) spricht sich für die Vorlage aus.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Semler.

Abg. Grzberger (B.) wendet sich schärf gegen die Vorlage. Dieselbe sei in der Budgetkommission nur mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen worden. 8 Mitglieder fehlten. Es sei noch ungewiß, ob bei voller Besetzung die Vorlage nicht vielmehr abgelehnt worden sei.

Die Debatte schließt.

Bei der Abstimmung über den entscheidenden § 1 stimmen für denselben die Mehrheit der liberalen Fraktionen und Teile des Zentrums und der Rechten, dagegen die Sozial-

demokraten, die Mehrheit der Rechten, die schwache Mehrheit des Zentrums, einige freisinnige und vereinzelte Nationalliberale. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, rückt Hammelsprung statt. Mit Ja stimmen 114, mit Nein 131. Der Paragraph ist also abgelehnt (Bewegung).

In einfacher Abstimmung werden die übrigen Paragraphen (mit durchweg ebenso zusammengesetzten Mehrheiten) abgelehnt. Damit ist die ganze Vorlage gefallen. Eine dritte Lesung findet nicht statt.

Es folgt die zweite Lesung des Konsulatsgebührengesetzes.

Die Kommission (Berichterstatter Dr. Semler) empfiehlt unveränderte Annahme.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) befürwortet einen von ihm eingebrachten Antrag, wonach die Vergleichen der Unterschriften von Zeugnissen der kaufmännischen und technischen Angestellten, der Gesellen, Gehilfen und Arbeiter gebührenfrei bleiben sollen.

Abg. v. Strömbel (B.) begründet einen Antrag, der eine Ermäßigung der Gebühren für Abschriften verlangt.

Abg. Gwerling (natl.): Am 14. Dezember 1906 verlangte der Reichstag in einer Resolution, daß die Vergütung ausländischer Rechnungen über Tabaksteueraktien gebührenfrei sein soll.

Der Antrag Dr. Arendt-Mansfeld (Rp.): Ich muß mich dem Vorgesagten anschließen. In der Budgetkommission ist das Gesetz nur durch eine Zustimmungsmehrheit angenommen.

Abg. Schulz (Rp.) bestreitet gegenüber dem Abg. Arendt (Rp.), daß in der Kommission eine Zusatzmehrheit die Vorlage angenommen habe.

Abg. Dr. Hertzner (Fortschr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gihhorn an.

Abg. Rastan (B.): Die Spekulation wollen auch meine politischen Freunde nicht erleichtern; deshalb haben wir den einschränkenden Artikel 2a in der Kommission geschaffen.

Abg. Dr. Semler (natl.) tritt für die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission ein.

Abg. Dr. Röske (L.): Die Ausdehnung des Gesetzes auf Deutschland ist eine logische Folge.

Abg. Werner (Antif.) erklärt sich gegen die Vorlage.

Abg. Kaempf (Fortschr. Sp.) spricht sich für die Vorlage aus.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Semler.

Abg. Grzberger (B.) wendet sich schärf gegen die Vorlage. Dieselbe sei in der Budgetkommission nur mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen worden.

Die Debatte schließt.

Bei der Abstimmung über den entscheidenden § 1 stimmen für denselben die Mehrheit der liberalen Fraktionen und Teile des Zentrums und der Rechten, dagegen die Sozial-

demokraten, die Mehrheit der Rechten, die schwache Mehrheit des Zentrums, einige freisinnige und vereinzelte Nationalliberale.

haben, namentlich bedauern wir, daß die Freisinnige Volkspartei unter ihrer jetzigen Führung sich wieder mit den Konservativen im Sinne des alten Blochs zusammen-

gefunden hat. (Anerkennung bei der Volkspartei.) Wir haben auch gesehen, daß das Zentrum zum größten Teil diesen velleidigen Bestimmungen zustimmen, wir bedauern, daß wir mit unserer Ablehnung ziemlich allein stehen. (Zuruf: Die Voten stimmen mit Ihnen.) Wir werden versuchen, daß in der dritten Lesung wenigstens noch die Beschwerde in Armenrechtssachen gemäß dem Antrage Schmidt-Warburg wieder eingefügt wird und werden für diesen Antrag stimmen.

Der Antrag Schmidt-Warburg (B.) wird über beide Artikel getrennt abgestimmt.

Artikel VIII (Erhöhung der Gerichtskosten) wird mit 122 gegen 121 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Artikel IX (Erhöhung der Anwaltsgebühren) wird mit 134 gegen 113 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Rest der Vorlage wird nach dem Beschluß der zweiten Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will; grundsätzliche Fragen dürften nicht in einem Spezialgesetz außerhalb des Rahmens des allgemeinen Beamtengesetzes geregelt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Staatssekretär Deßbrück wendet sich gegen den von der Kommission eingelegten § 43a, der die Wiederaufnahme des Verfahrens einführen will.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Konsultationsgesetzes.

Kleines Feuilleton.

Der Edison-Batterie-Wagen. Eine Revolution jeder Art von Selbstfahrern, das sind die Worte, mit denen ein amerikanischer Fachmann im „Technischen Weltmagazin“ die Folgen der Einführung der neuen Edison'schen Akkumulatoren-Batterie kennzeichnet. Die Entwicklung des Edison'schen Akkumulators hat indes so lange Zeit in Anspruch genommen und man ist so oft mit falschen Versprechungen getäuscht worden, daß es auch jetzt noch einigermaßen schwer fällt, an die endliche Erfüllung dieser Hoffnungen zu glauben. Jedenfalls tritt die Behauptung, daß Edison nun das lang ersehnte Ziel erreicht habe, mit größerer Bestimmtheit auf als je zuvor. Der mit einer neuen Edison'schen Batterie ausgestattete Wagen soll umfassende, 250 Kilometer mit einer einmaligen Ladung zu durchlaufen und auch jede Steigung zu überwinden. Die Kosten betragen dabei angeblich nicht mehr als 2 bis 3 Pf. auf das Kilometer. Der Bau einer Straßenbahnlinie werde sich künftig um ein Viertel verbilligen, da die ganze Oberleitung, die Zuführungsmasten und Kabel fortfallen. Noch weitere Ersparnisse würden bei der Stromerzeugung gemacht werden, da die Elektrizitätswerke für die jetzigen Straßenbahnen häufig nicht voll ausgenutzt werden. Die Kraftstation für die Ladung von Akkumulatoren kann viel wirtschaftlicher eingerichtet und betrieben werden. Ueber die Eigenschaften des neuen Akkumulatorenwagens wird folgendes gesagt: Er wiegt nur die Hälfte bis zwei Drittel von einem gewöhnlichen Straßenbahnwagen derselben GröÙenart. Leicht ist dafür aber mehr. Wenn heute der Betrieb eines Straßenbahnwagens auf 400 M. pro Tonne und Jahr berechnet wird, so ergibt sich bei der Verminderung des Gewichts von 10 Tonnen auf 7 Tonnen dafür eine Ersparnis von 1200 M. pro Wagen. Allerdings tritt bei der Batterie ein Verlust von ungefähr einem Viertel an Kraft ein, bis sie zur Benutzung in den Wagen gelangt. Dieser Verlust ist aber nicht größer als bei der Uebertragung des Stroms durch eine Oberleitung. Der neue Wagen wird namentlich für alle Zwecke geeignet sein, wo der Verkehr nicht sehr stark ist, aber auch dort wichtige Dienste leisten, wo eine Oberleitung nicht gestattet und eine unterirdische Stromzuführung aus irgend einem Grunde nicht ausführbar ist. Die Batterie, wie sie für den neuen Typ von Straßenbahnwagen hergestellt wird, besteht aus Zellen von zwei GröÙen. Die größere Form wird aus niederkohligen runzeligen Stahl gearbeitet und wiegt nicht ganz 20 Pfund; die kleineren Elemente haben ein Gewicht von 13 1/2 Pfund. Die positive Elektrode besteht aus sechs Platten zu je dreizehn Röhren vom Durchmesser eines Meißels. Diese Röhren werden aus perforiertem Stahl gemacht und mit Nickeloxyd gefüllt. Die negativen Elektroden sind eiserne Korbplatten, die je 24 flache mit Eisenoxyd gefüllte Taschen aus perforiertem Stahl enthalten. Die elektrolytische Flüssigkeit ist eine

20prozentige Lösung von Natriumsulfat mit einem kleinen Gehalt von Lithiumhydrat in destilliertem Wasser. Die Ladung einer Batterie dauert gewöhnlich 7 Stunden. Jede Zelle kostet 4 Pfund der Lösung, die je 2 Pf. kosten.

„Heurige Kohlen auf jemandes Haupt sammeln.“ Diese Redensart gehört zu den zahlreichen Wendungen, die allgemeine Verbreitung besitzen, ohne daß sie doch ohne weiteres verständlich wären. Sie ist bisher in keinem deutschen Wörterbuch erklärt worden. In der „Germanisch-Romanischen Monatschrift“ hat nun Prof. Dr. Tiltz eine Antwort auf die Frage gegeben, woher die Redensart ihre Bedeutung hat. Er erklärt sie in einleuchtender Weise aus der Art, wie im alten Palästina das Brot gebacken wurde, die man noch heute bei osteuropäischen Bauern vielfach antrifft. Nicht jeder Bauer hat seinen Backofen; der ärmere backt in der Weise, daß er auf dem Heud oder einer Steinplatte ein Feuer macht, dieses herunterbrennen läßt und die glühenden Kohlen wegschiebt, um dann auf die erhitzte Stelle den Teig zu legen und eine Schüssel darüber zu stellen, auf die, damit der Teig auch wirklich gar gebacken wird, die glühenden Kohlen gesammelt werden. Nun ist aber das Wort für den Kopf, das „Hirnschädel“, in vielen Sprachen mit dem Wort für Gefäß, Schüssel usw. eins, wie denn auch z. B. das deutsche Wort Kopf selbst ursprünglich „Veser“ hieß und erst später an die Stelle des nunmehr auf eine gewisse feierlichere Verwendung beschränkten Wortes „Haupt“ getreten ist. Da aber der gleiche Sachverhalt auch für die Sprache und das Land gilt, aus der diese Redensart stammt, so ergibt sich als ihre ursprüngliche Bedeutung: „Heurige Kohlen auf jemandes Nachschüssel sammeln“, was als bildlicher Ausdruck für die Erweisung einer Wohlthat nunmehr verständlich wird.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Der Flieger. Rolle von Hans Brenner und Jon Lehmann. Musik von Friedrich Vermann. Eine Fokse mit einem gut gelungenen, echt volkstümlich-mäßigen ersten Akt, die zwar die höheren Erwartungen in der Folge nicht erfüllt, aber doch immerhin durch spähafte Einfälle unterhält und, wo es hapert, Harry Waldens famos musikalisches Parodiergenie als Trummpf ausspielt. So gab es einen großen Heiterkeitserfolg.

Der Vorhang hebt sich über einem charakteristisch eindrucksvollen Neu-Berliner Stadtbild. Man sieht eine Landkolonie, hinter der die hellerleuchteten Coups der Stadtbahnzüge von Zeit zu Zeit vorübergleiten. Am Horizont erheben sich mächtige Nietsafahren, die letzten Ausläufer des ungeheuren Steinmeeres, das unaußhaltbar weiter in das offene Gelände stuten wird. Die jungen Leute in den Nachbarlauben scherzen hin und her. Der gemütlich-brave Vater Windner, ein freierdenkender Maschinenarbeiter und guter Genosse, dem man die spätere Verwandlung ins Häßliche noch in seinem Buge anmerkt, trägt ein Couplet mit seinem

moralistischen Lieblingsmotto: „halt Dir fentrecht“ als Refrain vor und debattiert bei einer kühlen Blende am Tisch vor seiner Vorkellnerin. Die Rot ist groß, die Unterhaltungsgelber der Gewerkschaftsler langen nicht, und seine Ekelhafte, die bei jedem Streik vom Groschenstandpunkt ihrer Hausfrauensorgen rätioniert, kommt mit der Schredenbotschaft, daß sie der Hauswirt ermittelt hat. Ein Hundelacker (Schoppi) die Wädel vor Laube und der Gerichts-vollzieher wird unter allgemainer Wehlfühle der Freunde gebühlich abgetrumpft. In einer PöÙe kann es guten Menschen von Rechts wegen nicht lange schlecht gehen. Ein eleganter junger Herr biegt denn alsbald auch suchend um die Ecke und ruft Frau Windner bei ihrer Gartenarbeit an. Es ist ihr Junge, den der Vater, da er nicht gut tat, vor Jahren aus dem Hause warf und der inzwischen auf der Rheinbahn es zur Weltmeisterchaft gebracht hat. Jetzt kehrt er triumphierend mit vollen Taschen zurück und ladet die Eltern samt der hübschen Pflegelocher, seiner einstigen Knabenliebe, zur Ueberfeldung nach dem Kurfürstendamm ein. Die Synnen erfreuen durch einen wohlthuenden Mangel an triviale Sentimentalität, eine Fülle treffend solcher Wendungen. Kommentlich die Begegnung mit dem Alten, dessen Groß erst ganz allmählich schmilzt, kommt trefflich heraus. Ein Anekdote und Zeitgehang der Nachbarn, ergänzt von dem „All Weil“ des Kolonnen-Kabarettenvereins, schloß stimmungsvoß die bunte Reihe ab. Mit dem Anzug der Windners von Berlin O. nach W. geht ihnen der Charakter und den Autoren die frische Farbe volkstümlichen Humors verloren: Die Komik, unbelümmert um die Durchführung der angelegenen Motive, greift nun zu reinen Schwanzmitteln. Der Alte figuriert als Schmerzänder Parvenue, und die Liebe der beiden jungen Leuten bahnt sich im listigen Guerillakrieg mit Manager und Trainer, die alle Menschlichkeit Willi Windners als Verrat an seinem wahren Selbst, seiner Championmeisterschaft bekämpfen, den Weg zum Standesamt.

Walden spielte den gutmütigen hübschen Strampelhelden allerlei. Im zweiten Akt mit dem Vortrag der von Vermann komponierten lustigen Parodie auf die modernen Walzeroperetten elektrifizierte er geradezu das Publikum. Präludeln Kührt hand ihm als temperamentvoll frische Parodie zur Seite. Ein famos getroffener Typ war Herr Arendts alter Windner im ersten Akt.

Notizen.

Theaterchronik. Im Deutschen Theater will in den Monaten Juni und Juli Emil Meyer, der Direktor des märkischen Wanderschauspiels, mit einer Reihe von Renaissance-Bühnen und Kabinäten eine theatrale Unterhaltung von literarischem Geschmaß bieten.

Aus der Musikwelt. Siegmund von Hausegger wurde zum Wälinner-Orchester zum Dirigenten der großen Sinfonienorchester gewählt. Die Wahl zum ständigen Dirigenten des Orchesters hat Edmund v. Strauß angenommen.

eine weitere Preisermäßigung von ungefähr 15 Proz., wogegen die Konservativen und National Liberalen im Einverständnis mit der Regierung eine Erhöhung der in erster Lesung festgesetzten Preise beantragten. Die Sozialdemokraten erklärten sich für Beibehaltung der Beschlüsse erster Lesung, da die Diskussion ergeben habe, daß eine weitere Herabminderung der Preise bei manchen Waren nur in geringem Maße eine Erhöhung im Interesse der Konsumenten nicht in Frage kommen. Die Mehrheit der Kommission hält an den Beschlüssen der ersten Lesung fest. Einem Vorstoß des Dr. Koesike gegen die Industrie, indem er die geringprozentigen Sätze nur zu Düngezwecken abzugeben vorschlug, wurde seitens der Sozialdemokraten so entschieden widersprochen, daß die Anregung nicht weiter verfolgt wurde.

Bei der Beratung des Frachtausgleichs teilte die Regierung mit, daß vorläufig beabsichtigt sei, neben Stuttgart und Wien noch Salzgungen als Frachthäfen zu bestimmen. Sollte später das Bedürfnis vorliegen, so könne noch ein Ort im Elsaß und im Osten hinzugefügt werden. Es sei aber zweckmäßig, die Orte nicht im Gehege zu nennen. Es wurde dem zugestimmt. In der ersten Lesung war für die Ueberführung des Kontingents eine einheitliche Abgabe von 16 M. für den Doppelzentner festgesetzt worden. Hierzu liegen eine Reihe von Anträgen vor. Freisinnige und Sozialdemokraten wollen die Abgabe ermäßigen, um die Erfüllung der amerikanischen Verträge zu ermöglichen. Dr. Koesike und Genossen wollen das Gegenteil und beantragen daher eine erhebliche Erhöhung. Nach Ablehnung der überparteilichen Anträge wird gegen Freisinnige und Sozialdemokraten ein von der Regierung unterstützter Antrag v. Brockhausen angenommen, der eine Staffelung der Abgaben von 10-17 M. nach dem prozentualen Kalkuliergehalte festsetzt.

Die Erledigung des Restes der Vorlage vollzieht sich, da nun alle größeren Schwierigkeiten überwunden sind, ziemlich glatt, so daß gegen 11 Uhr die zweite Lesung beendet ist. Die Vorlage wird voraussichtlich am Montag im Plenum in zweiter Lesung zur Verhandlung kommen.

Soziales.

Versicherungspflicht der Privatangestellten.

Der Direktor im Reichsamt des Innern Caspar hatte im Reichstag gegen eine Erhöhung der Verdienstgrenze für die Invalidenversicherung bei der Invaldität ins Feld geführt das Interesse der Ärzte, die Mehrbelastung des Reiches und das Bestreben, den Kreis der Versicherten für die Kranken- und für die Invalidenversicherung gleichmäßig zu gestalten. Gegen diese sachlichen Gründe wendet sich die freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten in einem längeren offenen Schreiben an den Reichstagspräsidenten. Denselben entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die jetzige Grenze von 2000 M. ist im Jahre 1893 festgesetzt worden. Seitdem ist anerkanntermaßen die Kaufkraft des Geldes so tief gesunken, daß ein Einkommen von 3000 M. heute ungefähr dasselbe bedeutet wie vor 27 Jahren ein Einkommen von 2000 M. Das Fortbestehen der alten Gehaltsgrenze hat somit im Laufe der Jahre zu einer schweren Benachteiligung zahlreicher Privatangestellten geführt, und es wäre tatsächlich nicht weiter als ein Akt ungerechter Gerechtigkeit, eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, wenn die Verdienstgrenze in der Reichsversicherungsordnung um wenigstens 1000 M. heraufgesetzt würde.

Nun hatten aber die Privatangestellten aus guten Gründen von der Vereinfachung der staatlichen Versicherung nicht bloß eine Befreiung vorhandenen Unrechtes, sondern einen den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Ausbau der Versicherung, namentlich die so dringend notwendige Erweiterung des Personenkreises erwartet. Daß diese Hoffnungen nach den Erklärungen Ihres Vertreters so völlig enttäuscht und hart dessen die alten Mängel ausdrücklich verwirgt werden sollen, läßt die zahlreichen Hinweise auf den hohen Wert und die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Privatangestellten in einem eigenen Lichte erscheinen.

Die Belohnung des Reiches sei von untergeordneter Bedeutung, zumal es sich am höchsten 300 000 Personen bei der Erhöhung der Verdienstgrenze handle. Die Invalidenversicherung umfasse Privatangestellte auch mit über 3000 M. Verdienst; der Vereinheitlichungsgedanke spreche also für die Erweiterung des Kreises der Invalidenversicherten. Auf den Herzstand seien freilich gewisse Rücksichten wohl am Platze. Die deutsche Sozialversicherung sei doch aber eine Arbeitnehmerversicherung, auf die Arbeitnehmer, zu denen auch die Privatangestellten gehören, sei also in erster Linie Rücksicht zu nehmen.

Die Forderung einer Erweiterung des Kreises der Versicherten ist stets von der Sozialdemokratie vertreten; sie zu verwirklichen, wird auch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wiederum durch Anträge versucht werden. Sollten diese Anträge nicht durchgehen, so fällt leider ein gut Teil Schuld neben Eigenbröckeln unter den Privatangestellten zu, die eine Sonderversicherung statt Anschließung an die allgemeine Versicherung propagieren. Es ist ersichtlich, daß die Privatangestellten in immer wachsendem Maße zu der Einsicht gelangt sind: Anschließung an die Reichsversicherung.

ordnung oder die Versicherung der Privatangestellten ist auf den Samstagsmorgen d. d. 27. Juni d. d. 1899.

Gerichts-Zeitung.

Totschlag im Kauf.

Die Schreckenstaten eines Alkoholikers bildeten den Gegenstand eines Prozesses, der gestern das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Sellmann beschloß. Aus der Untersuchungshaft wurde der Wollereibesitzer Georg Schneider aus Groß-Niederfeld vorgeführt, um sich wegen vollendeten und versuchten Totschlages zu verantworten. Die Verhandlung entrollte das Bild eines recht betrübten Familienlebens, welches durch die periodisch auftretende Trunksucht des Mannes völlig zerrüttet worden war. — Der in den 40er Jahren stehende Angeklagte lebte früher in den besten Vermögensverhältnissen. Er war früher Gutbesitzer in der Provinz Posen, brachte das Gut aber durch sein ausschweifendes Leben und vor allem durch seine Trunksucht so herunter, daß es unter den Hammer kam. Im Jahre 1897 kaufte der Angeklagte mit Hilfe der vermögenden Verwandten seiner Frau das Grundstück Dürerstraße 45, auf welchem sich eine größere Wollerei befand, die er mit übernahm. Schon nach einem Jahre hatte Schneider auch dieses Unternehmen durch seinen Hang zum Alkohol so heruntergewirtschaftet, daß er nur dadurch vor dem nochmaligen Ruin gerettet werden konnte, daß sein Schwiegervater seine recht erheblichen Schulden bezahlte. Der Angeklagte gelobte seinerzeit auch Umkehr von dem bisher beschrittenen Wege und wurde Mitglied einer Abstinenzlerlesung, der gegenüber er sich verpflichtete zwei Jahre lang sich jeden Alkoholgenuß zu enthalten. Zu seinem Unglück erbat er bald darauf von einer Tante die Summe von 30 000 M. Dies gab ihm Veranlassung seinen guten Vorsätzen wieder untreu zu werden. Er ergab sich wieder dem Alkohol und war bald wieder dem Ruin nahe. Seine Verwandten bezahlten nochmals 16 000 M. Schulden und veranlaßten ferner, daß dem Angeklagten die Erziehungsgewalt über seine Kinder abgenommen wurde. Außerdem wurde er von seinem Schwiegervater zwangsweise der Trinkerheilstalt „Waldfrieden“ zugeführt. Inzwischen gelang es der Frau wieder mit Hilfe ihrer Verwandten die Vermögensverhältnisse zu ordnen und außerdem für die Kinder einen Vormund in der Person des Verwalters Karl Prüfert zu stellen, der auch das Geschäft ihres Ehemannes zu verwalten hatte. Der Angeklagte war hierüber sehr erregt und erging sich in allen möglichen Drohungen. Hinsu kam noch, daß er seine Frau ohne den geringsten Grund verdächtige, zu Prüfert in Beziehungen getreten zu sein. Am zweiten Weihnachtstage v. J. hatte S. schon vom frühen Morgen an sehr stark dem Alkohol zugesprochen. Als er dann in stark beeinträchtigtem Zustande in seiner Wohnung anlangte und hier seine Frau mit den Kindern und Prüfert am Kaffeetische sitzen sah, fing er ohne jeden Grund einen Streit an. Plötzlich zog der Betrunkene einen Revolver hervor und gab auf Prüfert und auf seine Ehefrau mehrere Schüsse ab. Prüfert erhielt einen Schuß in die Brust und brach sofort zusammen, während Frau S. von zwei Kugeln in den Oberschenkel getroffen wurde. Eine Kugel traf die elfjährige Klara, durchschlag die Kleidung, blieb dann aber im Strumpfe sitzen, ohne eine Verletzung herbeizuführen. Der schwerverletzte Prüfert wurde sofort in das Krankenhaus geschafft, wo er am nächsten Morgen verstarb. Der Revolver hatte sich inzwischen in einem anderen Zimmer verbarrikadiert und weigerte sich herauszukommen. Erst als die Feuerwehr alarmiert werden sollte, um den Angeklagten mittels Leitern durch das Fenster herabzuholen, gelang es dem Polizeinspektor Mohr, ihn durch gütliches Zureden zu bewegen, freiwillig herauszukommen. Da man seinerzeit vermutete, daß Schneider die Tat in einem plötzlichen Wahnsinnsanfall verübt habe, wurde er von den Gerichtsarzten Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Warg auf den Geisteszustand untersucht, nachdem er vorher vorübergehend der maison de santé in Schöneberg zur Beobachtung überzweigt worden war.

Aus der Beweisaufnahme

ist hervorzuheben, daß der Angeklagte am verhängnisvollen Tage auch deshalb gegen Prüfert aufgebracht war, weil dieser aus Anlaß eines von Angeklagten beabsichtigten Pferdekaufes zu dem betreffenden Händler gesagt hat: Schneider habe im Geschäft überhaupt nichts mehr zu sagen. Der Angeklagte behauptete, daß er sich den Revolver nur zugelegt habe, um sich selbst zu erschützen, falls er wieder in eine Anstalt gebracht werden sollte. Frau Schneider hatte die Empfindung, daß ihr Ehemann, mit dem sie 20 Jahre verheiratet ist und viel Schwermes durchgemacht hat, nach ihr gezielt hat, sobald sie Deckung für ihren Kopf suchen mußte. Sie glaubte auch, daß die Kugel nur dadurch abgelenkt worden sei, daß die eine ihrer Töchter auf den Vater losprang und mit Häuften auf seinen Arm schlug. Sanitätsrat Dr. Kröber, der den Angeklagten seit 12 Jahren kennt, befandete u. a., daß Schneider nach seiner eigenen Angabe schon als Gutsbesitzer Isotokal getrunken und in Räumen Flaschen und Spirituosen verborgen gehalten habe. Nach den Angaben der Frau habe S. öfter im Alkohole gelegen, nachdem er die ganze Nacht hindurch getrunken hatte. An Paralyse leidet der Angeklagte nicht, aber an chronischem Alkoholisimus. — Sanitätsrat Dr. Lewinlein hat bei der Einlieferung Schneiders in die maison de santé an diesem die typischen Symptome des chronischen Alkoholisimus festgestellt. Es war durchaus einseitiglos für die Schwere der Tat, die er begangen und lebte stumpf in den

Tag hinein. Der Angeklagte habe die Tat unter der Einwirkung des Alkohols begangen, seine freie Willensbestimmung sei in hohem Grade herabgesetzt, aber nicht ausgeschlossen gewesen. — In demselben Sinne äußerten sich die Sachverständigen Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Warg. — Der Staatsanwalt Losch brachte in seinem Plaidoyer zum Ausdruck, daß es sich hier um einen Schulfall von Totschlag handle. Von einer sinnlosen Trunksucht könne nach dem Gutachten der Sachverständigen keine Rede sein. — Rechtsanwalt Bohn hielt es durch die Beweisaufnahme keinesfalls für einwandfrei erwiesen, daß der Angeklagte tatsächlich die Absicht gehabt habe, seine Ehefrau und den Prüfert zu töten. Aus diesem Grunde empfehle sich nur die Befreiung der Schuldfragen nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange bezw. gefährlicher Körperverletzung. Die Geschworenen befreiten die Schuldfragen nach Totschlag und versuchten Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände.

Staatsanwalt Losch beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein junges blühendes Menschenleben vernichtet hatte, eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten.

Das Urteil

lautete auf 5 Jahre Gefängnis. Das Gericht hielt es mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte zwar ein erheblich geistig minderwertiger Mensch ist, daß er andererseits aber ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, für geboten über das beantragte Strafmaß hinauszugehen.

Ziehung nächste Woche
Mittwoch und Donnerstag.

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtwert der Gew. Mark.

50000

100000 Gew. von 3 bis 1000 Mark

30000

100000 Gew. von 3 bis 1000 Mark

20000

100000 Gew. von 3 bis 1000 Mark

Originallose a 2.— Mark.

Porto u. Liste 30 Pf. extra.

empfehlen und versendet der General-Debit

G. Dischalis & Co., Bankgeschäft,

Berlin C. 2, Königstr. 34-36.

Auch zu haben in sämtlichen Lotterien- und Zigarrengeschäften.



Eine Mark wöchentliche Teilzahlung

elegant. Herren- und Knaben-Garderobe

fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Bolkuch, Frankfurter Allee 75, 1 Eingang Tilsiter Strasse

Nathan Wand

129 Staliner Str. 129. Die Ladungen

Herren-Frühjahrs-Paletots

und Anzüge in neu (sowie) speziell

Monats-Garderobe

von Cavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Schnittanzüge sind in großer Auswahl stets zu handend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staliner Str. 129. Hauptabteilung Köttcherstr. Bitte auf Handnummer zu achten.

Rauchfangswerder bei Zauthen.

Restaurant zur Linde Besitzer H. Müller.

Gute Bodienung, gute Küche.

Dampfer-Anlage, große Halle

Ausflugern und Vereinen bestens empfohlen.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35

neben Central-Railhalle

steht an jedermann elegante Herren-Garderoben

fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.

Aus Schneiderei u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Meisters mit neuesten Stoffmustern. Sonntag geöffnet.

Monats-Garderobe!

Die besten Frühjahrs-Paletots

und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge sowie getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen

billigen Preisen. 1 Treppe, best. billiger wie L. Laden.

Nirsch Kiefernbaum, Pringelstr. 33

jetzt: Wasserstr. 12/13, 1 Treppe.

Enorm billiger Verkauf

eleganter, hochmoderner

Anzüge, Paletots, Ulster

aus feinsten Maßstoffen

jetzt 20 bis 50 M.

VERSANDHAUS GERMANIA

Unter den Linden 21, II. Etage. Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Waren-Kredit-Haus

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorferstr. 15 Ecke Ravené-Str. neben der Feuerwache

Geringsste Anzahlung Ausnahmepreise nur für Pfingsten

Serie I: Anzüge	in streng moderner Fassons und Dessins	per Kasse von M. 14.—	auf Teilzahlung M. 16.—
Serie II: Herren-Sommer-Paletots	in Marengo oder gemustert	per Kasse von M. 16.—	auf Teilzahlung M. 19.—
Serie III: Herren-Anzüge	sehr dauerhaft, ganz moderne Dessins	per Kasse von M. 18.—	auf Teilzahlung M. 22.—
Serie IV: Herren-Sommer-Ulster	extra lang, in allen Dessins	per Kasse von M. 18.—	auf Teilzahlung M. 22.—
Serie V: Herren-Anzüge	das Neueste der Saison, elegant und sehr gut verarbeitet.	per Kasse von M. 22.—	auf Teilzahlung M. 26.—
Serie VI: Damen-Kleider u. Kostüme	Cheviot u. Tuch, schwarz, blau u. in mod. Farb.	per Kasse von M. 18.—	auf Teilzahlung M. 21.—
Serie VII: Damen-Jackets u. Paletots	grosser Posten, besonders billig.	per Kasse von M. 3.—	auf Teilzahlung M. 4.—
Serie VIII: Damen-Staubmäntel	Gelegenheitskauf, besonders billig	per Kasse von M. 6.—	auf Teilzahlung M. 7.—
Anzüge	Ersatz für Messerheil, Rosshaarwatterung	per Kasse von M. 36.—	auf Teilzahlung M. 40.—

Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen, kolossales Lager in allen Grössen, auch Kinder-Schuhwaren

Bei Entnahme auf Kredit Anzahlung von 4 M. an, Wochenrate 1 M.

Unser Riesen-Etablissement enthält stets die grösste Auswahl auch in den Abteilungen der Möbel- und Polsterwaren, Wand-Uhren, Teppiche, Portièren, Kinderwagen, Schuhwaren für Herren und Damen

C. Wachsmann & Co., Waren-Kredithaus, Reinickendorferstr. 15 Ecke Ravenéstr. neben der Feuerwache

Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet!

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 7. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geflossen.
Königl. Schauspielhaus. Die Jour-
nalisten.
Neues königl. Oper-Theater.
Der Freischütz.
Neues Schauspielhaus. Der
Flieger.
Deutsches. Samurän.
Sammelpiele. Kleiner Odeon:
Albino. Der Adelstein sein. Goethe.
(Anfang 8 Uhr.)
Königl. Oper.
Solfoper. Aufführung der Theater-
schule Hefler.
Anfang 8 Uhr.

Kleines. Zugzug.
Berliner. Lullun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Zugenburg.
Trianon. Theodor u. Sie.
Reichshallen. Das Raubtier.
Thalia. Die lieben Othos.
Gebell. Konstantin. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Reichen. Langhansren.
Komische Oper. Der Bildschäp.
Schiller. (Anfang 8 Uhr.)
Die Liebe wacht.
Schiller. Charlottenburg. Zapsen-
streich.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Kavaliers.
Lullun. Die Welt ohne Männer.
Neues. Das Mädchen Lebenswege.
Lullunspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Hullo!!! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Ein verschwiegenes
Atelier. Eine gründliche Kur.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Casino. Berlin bei Nacht.
Gedr. Herrfeld. Wenn zwei das-
selbe tun. Das starke Stück.
Hullo. Spezialitäten.
Vorloge. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Tausendstraße 48/49.
Anfang 4 Uhr: Rom und die
Campagna.
Abends 8 Uhr: Mit Dernburg
durch Afrika.

Sternenarie. Annalidenstr. 57-62.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Die verbannte
Glocke. 8 Uhr: Der Siberisler.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr
zum 75. Male:
Morgen: Taifun.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr zum 50. Male:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Zugenburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßig-
ten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Theater des Westens.
8 Uhr: Langhansren.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Die ge-
liebte Frau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr:
Kavaliers.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. R. Zamacois.
Hierauf: Der selbige Oktave.
Glocke in 1 Akt von Joes Straube
und Henry Géroval.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung bis 16. Mai
(Saisonabschluss).

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
Abends 8 Uhr:
Dr. Oskar Bongard:
Mit Dernburg durch Afrika.

Volksooper.
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
Opernaufführung
Gefangenshale Prof. Feilner.
Anf. 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt
ohne Männer.

Volksstück in 3 Akten von Max Engel
und Julius Dorf.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Was
Gott zusammenfügt.
Montag und folgende Tage: Die
Welt ohne Männer.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Das
Mädchen Lebenswege.
Aufstufungsstück in 4 Akten (12 Bild.)
v. B. Meißner. Deutsch v. S. F. Luy-
sonntag nachm. 3 Uhr: Die Schule
des Lebens. Abends 8 Uhr: Das
Mädchen Lebenswege.

Apollo
Theater
8 Uhr: Programm der Attraktionen!
Mahara,
indische Tempeltänzerin mit ihren
lebenden Riesenschlangen.
Louis de Vriendt als August.
Der Sängerkrieg auf dem Hühnerhof,
Parodie auf „Chantocler“, ausgeführt
von Familie Schwarz.
Mit neuem Repertoire.
20 englische Variétés 20 u. a. m.

Metropol-Theater
Hullo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonnt. 8 Uhr: Lumpaci vagabundus.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Prinz Charles
der Affe mit Menschenkultur.
Les Roisiers, Luftrockakt, Dorothy
Kenton, Banjovirtuosin, Tartakoff-
Truppe, weibl. Kosaken, Rosina Cas-
selli mit ihren Wunder-Miniatur-
hündchen, Schenk Bros, Sensations-
equilibristen, Miss Amata, amerik.
Spiegelreflex-Tänzerin, Mac Sans,
Keulenjongleur, Frank Kansry, Ex-
zentrik a. d. Rado, José Garcia,
Schattenspieler, Chantocler-
Truppe, engl. Gesangs- und Tanz-
Ensemble. Biograph.

Walhalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosent. Tor.
!! Das neue Variété-Programm !!
Die Affen-Familie Mayeur
und die übrigen Spezialitäten.
Theaterf. ununterbrochen geöffnet.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorst. Um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Ruhl. Strophel v. W. Dohrenfeld.
Reut. The 3 Albertos, phänomen.
Realitätsproben X. Mstr. Ottokar,
Trapes voutours X. Erich Castelli.
Franz Sobanski usw.

Metropol-Theater
Hullo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonnt. 8 Uhr: Lumpaci vagabundus.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Sum. 1. Male: Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten v. G. H. de Gailavet
und Robert de Herck.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Jean-
Adam Beyerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meisebauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Montag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Absahrtstelle Schillingsbrücke
am Schlesischen Bahnhof.
Morgen Sonntag früh 9
u. 9 1/2 Uhr, nachm. 2 Uhr nach
Mittags 2 Uhr ab starts tündlich nach:
Restaurant Kyffhäuser, Nieder-Schöneweide.
2047b
Einkaufe fahrt
30 Pf.
Robert Tismer.

Reederei Nobiling.
Morgen, Ausnahme-Sonntag:
Zur Baumblüte nach Werder.
Hin und zurück nur 75 Pf., Kinder 50 Pf. 2046b
Ferner ab Jannowitzbrücke vor Restaurant „Schultheiß“
9 Uhr früh u. nach der Berliner Schweiz. Hin u. zur. 75 Pf.
2 1/2. nachm. Rinder 40.

Herrfeld
Theater
Kommandantenstr. 57. T. H. 4. 5083.
Sensationserfolg
des neuen
Herrfeld-Schlagers
Wenn zwei
dasselbe tun.
Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten
mit den Autoren L. d. Hausbräu u.
Das starke Stück.
Schwank von Julius Dorf.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
(Theaterkasse.)

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 8. Mai 1910:
Sehte Vorstellung der Saison.
Zwei vom Ballett.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von
J. Eitbe und Georg Engels.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Hardenbergstraße 33.
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.
Kunsta. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.
Arbeiter-siedlungen. Groß-Berlin.
11. Mai: Prof. Blum, Hannover:
„Der Verkehr, die Grundfrage des
künftigen Groß-Berlin.“
(Lichtbilder).
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauer. 6 W.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Kuban.: Rud. Metz,
Schöndorfer Str. 129. Tel. 3. 9353.
Liebende Photographien.
Bogen. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 50 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Sonntags gültig.
25 Pf. auf allen Bildern.
Stets wechselndes Programm.
Neben Sonntag im Oberstall:
Künstler-Konzert.
Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
S. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Sterne
des Humors
* Claire Waldoff
Willi Prager *
und das große
Varieté-Programm!

Passage-Panoptikum.
Die heiligen Fakire
in ihren Wunderproduktionen.
!! Lebend !!
Prinz Atom
der kleinste Mensch der je gelebt.
Buddhas Wundertafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
Neuer hunder Zell.
Ein verschwiegenes Atelier.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Karl Haverland
Anfang Theater. früh 8 u.
7779 Kommandantenstrasse 7779.
Täglich nur erste. Spezialitäten.
Das wunder- Mai- Progr.
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Ball.

LUNA-PARK
TERRASSEN
HALENSÉE
Größter Vergnügungs-Part des
Continent. Gröpfung 14. Mai.
Für den Inhalt der Zigarette
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165 (Bismarckplatz).
Geöffnet von 9 Uhr früh
bis 10 Uhr abends.
Habu et Jita
Indischer Tanz und Musik.

oder: Der Mann mit der
eisernen Junge.
Täglich 7 1/2 Uhr abends,
Sonntags 2 Vorstellungen.
Heitere Vorträge.
Das neue glänzende Programm.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kieferer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Moysal
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich selbst wll, empfehlen wir große Vorken beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in
feinsten Gewächsen (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrenschäften, Dokoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebraucht.
Für jede Figur (auch für den härtesten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Außerdem
Herren-Valerios . . . 8 12 14 18 W. | Herren-Anzüge . . . 14 18 22 28 W.
Herren-Jaketen . . . 10 12 16 20 W. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 W.
Herren-Anzüge . . . 12 16 18 20 W. | Jacketts, Prads, Smocking etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, am der
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 89, Andreaskirche 271/20
III. Geschäft: Brunnensstraße 179.

Selowsky's

Bolero-Cigaretten

bleiben unübertroffen!

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

10 Stück 20 Pfg.

Zur Silberhochzeit
senden unseren Aufricht
Hans Steinborn
nebst Frau
die besten Glückwünsche.
Die Ortsverwaltung der Metall-
arbeiter-Krankenkasse
Pankow.
Hans noch eine Partie.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann, unser
guter Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Gastwirt
Adolf Hoppe
nach kurzem, schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.

Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:
Winnä Hoppe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom
Lazarus-Krankenhaus aus, nach
dem Friedhof der Sebastian-
Kirche in Reinickendorf statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 5. Mai verstarb unser Mit-
glied, der Gastwirt
Adolf Hoppe
Gartenplatz 1.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Mai, nachmittags
3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus
aus nach dem Sebastian-Kirch-
hofe in Reinickendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 4. Mai verstarb unser Mit-
glied, Frau
Frida Berndt
(Wilhelmsbühner Straße 14).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 7. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Hellands-Kirchhofes
Hilberseer, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/3 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen
der Arbeiterklasse.

Todes-Anzeige.
Am 4. Mai verstarb unser Mit-
glied, Frau
Frida Berndt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Hellands-
Kirchhofes, Hilberseer, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
53/9 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede und ver-
wandten Gewerbe Deutschlands.

Zahlstelle Berlin 9.
Am 4. d. Mtz. starb unser Mit-
glied, Kollege
August Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 7. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der Charlö, Alexander-Weg
aus, auf dem hiesigen Friedhof
in der Seichtage statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
176/12 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Bewaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Mechaniker
August Schmidt
am 4. d. Mtz. an Tuberkulose
gestorben ist. 115/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 7. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der Hgl. Charlö aus auf
dem hiesigen Friedhof in der
Hilberseerstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Verantwortlicher Redakteur Richard Barig, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Am Mittwoch, den 4. Mai, ver-
starrt nach kurzem, schwerem
Krankenlager an den Folgen einer
Blinddarmoperation unser lieber
Kollege, der Schriftsetzer
Gustav Prestel
im 58. Lebensjahre.
Sein Andenken wird in Ehren
halten 2062b
Das Personal der
Hofbuchdruckerei Müller & Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 7. Mai, nachmittags
5 1/2 Uhr, auf dem Dreifaltigkeits-
Kirchhof, Bergmannstraße, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Schöneberg.**

Bezug 8d.
Am Mittwoch verstarb nach
längeren Leiden unser lang-
jähriges Mitglied, der Maurer
(Putzer)
Ernst Fuchs.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Schöneberger Friedhofes (Südost-
gelände, Bismarck-Höhe) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der
Mitglieder ersucht
15/16 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Drochsen-
führer
Hermann Miehl
am 4. Mai im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 7. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
69/1 **Die Bezirksverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass mein
einziger lieber Bruder, der Gastwirt
August Hintze
Chausseestr. 99
am Mittwoch, den 4. Mai, nach
kurzem Krankenlager sanft ent-
schlaffen ist.

Albert Hintze.
Die Trauerfeier findet am
Sonntag, den 8. Mai, in der
Kapelle des alten hiesigen
Friedhofes, Gerichtstraße 37/38,
statt, danach die Überführung der
Leiche zur Einäscherung im
Arenatorium zu Hamburg.

Die Beerdigung des Buch-
druckmaschinenmeisters
Franz Lehmann

findet am Sonntag, den
8. Mai, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des
Schmargendorfer Gemein-
dekirchhofes aus statt.
Die Hinterbliebenen.

Daufjagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und
die reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Sohnes,
unseres Bruders und Bräutigams
Paul Krumbholz
sagen wir allen, insbesondere dem
4. Berliner Reichstagswahlkreise, dem
Deutschen Metallarbeiter-Verbande,
der Zentral-Kranken- und Unter-
stützungskasse der Schmiede, den
Kollegen der Firma Hoff, seinem
treuen Freund Frank nebst Frau,
den Genossen des Bezirks, dem Ge-
nossen Schütte für seine trostreichen
Worte unseren herzlichsten Dank.
Mutter, Geschwister
und **Braut.**
54402

Für die vielen Beweise herz-
licher Anteilnahme bei der Beerdigung
meiner lieben Frau, unserer guten
Mutter sagen wir allen Freunden
und Bekannten, sowie der Geschäfts-
leitung und dem Personal der Mi-
neralwasser-Anstalt „Berolina“, dem
Deutschen Transportarbeiter-Verbande,
besonders Herrn Schmitt für seine
schönen Worte am Sarge der Ver-
storbenen herzlichsten Dank. 2067b
K. Schlottmann und Kinder,
Ballettstr. 32.

Orts-Krankenkasse
der
Dachdecker Berlins.

Bekanntmachung.
Die VII. Abänderung der §§ 11,
12, 18, 19, 27 und 28 des Statuts
tritt mit dem 16. Mai 1910 in Kraft.
Berlin, den 6. Mai 1910.
J. Heremann,
Vorstand.

Parzelle 1100 M.
Ang. 100 M. an verkauft
Kolonie Dahlem,
Biesdorf, Marzahnstr. 5 pt. Lg. 678.

HUGO UDO COHN
Kottbuser Damm No. 13
ist heute im Süden
Berlins das tonangebende
Waren-Kredit-Haus
für
**elegante Damen- u. Herren-
Garderobe**
Unzählig sind die Vorteile
die Sie bei mir in jeder Beziehung genießen
Darum kommen Sie zu mir!
Anzüge, Paletots, Raglans, Ulster
Hosen, Westen, Lüster-Jackets
Blusen, Röcke, Kleider,
Kostüme, Sackos, Kapes
Mäntel, Kindergarderobe
u. s. w.
Kleinste Anzahlung
1 M. Wochenrat 1 M.
Wunderbare
Gratis-Zugaben
erhält
jeder Käufer
Morgen bis
6 Uhr abds.
geöffnet.

Achten Sie auf schwarze Schilder.

Wenn Sie Salamanderstiefel kaufen, sparen Sie
an der richtigen Stelle. Er vereint Eleganz,
Passform und Haltbarkeit, mit billigem Preis.
Fordern Sie Musterbuch V

Einheitspreis . . . M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin

MARKEN-
SALAMANDER

W. 8 Friedrich-Strasse 185
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
Steglitz, Schloss-Strasse 20

NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30

Kautabake
G. A. Manewacker, Nordhausen.
Nur echt in 10 Pfennig-Rollen
Stangen
„Twist“ nur „echt mit Kopfbild.“
Achten Sie auf den Einlagezettel!
G. A. Manewacker, Nordhausen.
Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27.
Grüner Weg 112. Amt VII No. 8861.
Tabak, Zigarren, Zigaretten

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filzhüte.
Lager in Schirmen und Hüten.
Größte Auswahl in Strohhüten
von den einfachsten bis elegantesten.

Erklärung.
Es wird uns von einigen unserer Geschäftsfreunde berichtet,
dass wir der Zeitung „Zund“ einen Infertionsauftrag erteilt haben.
Wir erklären hierzu, dass und durch die Erteilung dieses Infertates
jede Bevorzugung des gelben Arbeiterbundes fern gelegen hat.
Sätten wir getrachtet, welche Tendenzen der gelbe „Zund“ ver-
folgt, hätten wir selbstverständlich keine Beziehungen zum „Zund“
angeknüpft. In Zukunft unterbleibt natürlich die Infertion im
„Zund“.
Phönix-Bräuerei
Altiengeellschaft.

Ein Geheimnis
für viele ist es, dass so manche ihrer Mitmenschen elegant,
modern und schön gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen
kein so hohes ist. Es ist begreiflicherweise von großem
Interesse allerdings
Nur für Herren
folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionären,
Taktoren, Reisenden sowie feinsten Kaufleuten nur wenig
getragene, in den ersten Verlässlichen Deutschlands und des
Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff
und Verarbeitung unübertroffene
Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Willkür am Plage.
Abteilung II Neue Garderoben.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
lieferen elegante, fertige
Herren-Garderoben
„Ersatz für Mass.“
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung
Julius Fabian, Schneider-
meister,
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen

Strohhüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Strohhüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Partei - Angelegenheiten.

Groß-Wichterfeld. Am Sonntag früh findet für den östlichen Ortsteil eine wichtige Kundgebung statt. Sammelort für die angehehrten Bauarbeiter Deutschlands sind vom Genossen Bahrendorf, Bäckerstr. 22, zu entnehmen.
Stralau. Sonntag früh 8 Uhr Handzettelverteilung zu der am Montag, den 9. Mai, in den Rastgrabenstr., Markgrafendam 34, stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen über: „Zum Kampf des Volkes um Freiheit und Recht“ referieren wird.

Berliner Nachrichten.

Die Allgemeine Städtebauausstellung, die am 1. Mai in der Gardenbergstr. 33 eröffnet werden ist und bis zum 15. Juni zur Besichtigung offen steht, sieht zum besseren Verständnis der Ausstellungsgegenstände eine Reihe Vorträge vor, von denen zwei — einer über die Verkehrsfragen Groß-Berlins von Peterfen und einer über die Arbeiterwohnung in Deutschland und England von Prof. Dr. Oberstadt — gehalten worden sind. Am 11. Mai hält Prof. Blum-Dannover einen Vortrag über: „Der Verkehr, die Grundlage des künftigen Groß-Berlin“. Am 13. Mai wird Frh. Stahl über: „Die Stadt als Kunstwert“ reden. Weitere Vorträge betreffen: „Aufstellung von Monumentalplastik“ von Privatdozent Dr. Brinmann-Nachen am 17. Mai, „Regelmäßigkeiten und Unregelmäßigkeiten im Städtebau“ von Baurat Strüben am 19. Mai, „Kunst und Städtebau“ von Prof. Gengmer am 21. Mai, „Die Gartenstadtbewegung“ von Regierungsrat Rathesius am 23. Mai, „Die Notwendigkeit eines haupolizeilichen Rechtspruches und die Grenzen seiner Richtigkeit“ von Baurat Schliekmann am 27. Mai, „Kunstzeitliche Anschauungen im Bauordnungswesen“ von Prof. Diestel-Dresden am 31. Mai, „Straßen und Platz“ von Prof. Kurzt-Dresden am 3. Juni, „Bestrebungen des amerikanischen Städtebaues“ von Dr. Hegemann am 6. Juni, „Park und Friedhof“ von Prof. Bögg-Deemen am 8. Juni, „Recht und Ethik im Wohnwesen“ von Dr. Südekum am 10. Juni, „Die Entwicklung der Wasserstraßen Groß-Berlins und anderer Großstädte“ von Baurat Eger am 13. Juni, und „Groß-Berlin der Zukunft“ von Hermann Janfen am 14. Juni.

Die Blumenpflege in den Berliner Gemeindeschulen. Der Verein für Blumenpflege in den Gemeindeschulen beabsichtigt in diesem Jahre eine Ausstellung von circa 30 000 Blumen in den Gewächshäusern des Humboldtthais. Es sollen dort die von den Kindern in diesem Sommer gezogenen Blumen in malerischen Gruppen vereint zur Ausstellung gelangen. Die zur Aufzucht bestimmten Pflanzen werden den Kindern durch den Verein für 10 Pf. das Stück geliefert. Unter Anleitung ihrer Lehrer haben die Kinder die noch kleinen Pflanzen groß-zuziehen. Damit nur lebensfähige Pflanzen zur Abgabe gelangen, werden sie vor der Ausgabe von Sachverständigen des Vereins beurteilt. Der Verein will durch die geplante Ausstellung ein Interesse für die gute Sache auch in weiteren Kreisen zu erwecken suchen.

Herrenregate Herrentour hat, wie es nach den Wetterberichten kaum anders zu erwarten war, der Himmelfahrtstag gebracht. Der anhaltende Regen, der schon am Mittwochabend einsetzte und am Freitag keinen Sonnenstrahl durchließ, hat sicher viele Lust-schnapper von dem fernen Harraström in die ungebundene Freiheit abgehalten, aber es kamen doch noch genug Herrentouristen zu Stande. Selbst Kramper mit triefenden Regenberden trafen noch außerhalb. Konnte man sich auch nicht viel im Freien belustigen, so wurde doch tapfer Stat gedroschen und gedribelt, was man freilich in Berlin ebenso gut haben konnte. Erst gegen Abend klärte sich das Wetter auf.

Das Preisgericht im Wettbewerb Groß-Berlin ist, wie uns mitgeteilt wird, kürzlich zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu den Anfechtungen Stellung zu nehmen, die von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gegen den ersten Preisträger im Wettbewerb für den Ausbau Groß-Berlins, den Architekten Jansen, erhoben werden. Das Blatt behauptet, Jansen sei ein Plagiator. Die Firma E. H. & A. in Mannheim habe sich an das Preisgericht gewandt und behauptet, daß der erste Preisträger im Wettbewerb einen Teil seines Projektes, und zwar die Umgestaltung des Platzes vor dem Berliner Rathaus, einem Plan dieser Firma entnommen habe, der 1909 in der Fachzeitschrift „Moderne Baukunst“ veröffentlicht wurde. Die Firma wolle den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung antreten und gleichzeitig die Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten. Das Preisgericht trat darauf zusammen, um zu dieser schwereren Anfechtung Stellung zu nehmen. Die Sitzung wurde aber abgebrochen, um zunächst allen Mitgliedern das ganze Material zugänglich zu machen. Erst dann soll eine Entscheidung getroffen werden.

Der Janfen teilt dem „Berliner Tageblatt“ mit, daß ihm von den Plänen der Firma E. H. & A. in Mannheim nichts bekannt sei, und daß von einem Plagiat gar keine Rede sein könne.

Erweiterungsarbeiten in den städtischen Gasanstalten. Der Magistrat beschloß über die im laufenden Rechnungsjahr auszuführenden Erweiterungs- und Erneuerungsarbeiten in den städtischen Gasanstalten. Für diese Bauausführungen sind durch den Stadthaushaltsvoranschlag 3 Millionen Mark bereitgestellt. Es sollen u. a. am Zentralmagazin am Stralauer Platz eine neue massive Mauer, in der städtischen Gasanstalt in Schmönderdorf ein zweiter Schornstein und ein neues Bassin für Chaulauge errichtet werden. Für die Tegeler Gasanstalt sind Erweiterungen der Gleisanlagen und der Verteilungsanlagen sowie die Anschaffung von 26 Wasserpumpen vorgesehen. Für den eiligen Transport von Personal und Materialen an fernliegende Unfall- und Baustellen des 24 000 Hektar umfassenden Versorgungsgebietes der Gaswerke soll ein Automobil beschafft werden. Durch alle diese Einrichtungen werden nur rund 1 400 000 M. von den bereitgestellten Mitteln in Anspruch genommen werden.

Der 7. Uhr-Ladenschluß. Der frühere Geschäftsabschluß in den Detailgeschäften wird in Berlin weitere Fortschritte. Die der „Confectionaire“ mitteilt, haben die großen Luxuswarengeschäfte im Lindenviertel beschlossen, vom 15. Mai bis 1. September um 7 Uhr abends die Geschäfte zu schließen.

Warum die Kostlust zurückgeht?

Folgende Gemeintheit liefert sich ein Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeiger“ in der letzten Sonntagsummer: „Die Gegenwart hat an Aufsteigen für die Tafelgenüsse von einst kein Organ mehr, weder geistig noch körperlich, und aus den ehrsüchtigen Köchen von früher, deren Streben danach ging, durch Erfindung eines unerhört wohl-schmeckenden Gerichts den Dampf der Kulturwelt zu verdienen, sind Klassenbewußte Gewerke-

schaffler geworden, die jedes übertriebene Interesse am Verufe als streberisch verpönden und bei Gelegenheit zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht davor zurückschrecken, Speifen und Saunen nach allen Regeln zu sabotieren“, nötigenfalls mit Glasplütern. Die sind bekanntlich noch schwerer verdaulich als Trüffelkerpapestete und amerikanischer Hummer, den unsere garten Wagen von heute schon schwer genug vertragen.“

Die Behauptung, die in diesen Zeilen aufgestellt wird, übertrifft an Niederträchtigkeit alles, was bisher gegen die moderne Gewerkschaft und gegen die Arbeiterbewegung überhaupt geleistet worden ist. Die tiefgründige Weißheit, daß durch die Organisation Geschicklichkeit und Leistungen zurückgehen, zeigt, daß das Urteil des Artikelschreibers von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, sofern man nicht, was noch schlimmer wäre, bewußte Lüge voraussetzen wollte. Bis jetzt ist selbst von gegnerischer Seite oft genug konstatiert worden, daß in der Periode der glänzenden Gewerkschaftsentwicklung die Leistungsfähigkeit und Geschicklichkeit der Industrie und Handwerke sich zu ungehörter Höhe entfaltet haben und die Triumphe der Gewerkszweige in Ländern mit starken Gewerkschaften sind ein schlagender Beweis dafür.

Übrigens ist die Organisation der Köche in Frankreich — denn von Frankreich ist teilweise die Rede — noch so schwach und gering, daß sie, selbst wenn sie wollte, keinen Einfluß auf die Kunstfertigkeit dieses Berufes ausüben könnte. Auf die bodenlos gemeine Bemerkung von den „Glasplütern“ muß jeder anständige Mensch mit einem kräftigen Pfui antworten.

Freibabelfarten nur an wirklich bedürftige Kinder. Wie in den Vorjahre sollen Freibabelfarten für die städtischen Pflanzbadeanstalten auch in diesem Jahre an bedürftige, über 10 Jahre alte Gemeindegeldbesitzer verteilt werden. Damit ja nicht auch einmal ein nicht ganz armes Kind eine solche Karte erhält, heißt es in der hierauf bezüglichen Verfügung an die Schulen folgendermaßen: „Diese Freibabelfarten dürfen nur an solche Schulkinder verabfolgt werden, deren Angehörigen die Entrichtung des Eintrittsgeldes von 5 und 10 Pf. nach ihren Verhältnissen zu schwer fallen würde. Diese Bestimmung ist nach von der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen gemachten Wahrnehmungen vielfach außer acht gelassen worden und es sind Freibabelfarten an solche Schulkinder zur Herausgabe gelangt, deren Angehörigen zur Entrichtung des meist nur 5 Pf. betragenden Eintrittsgeldes offenbar recht gut in der Lage waren.“

Wie das wohl die Deputation für das Turn- und Badewesen festgestellt haben mag? Und wenn schon, man soll froh sein, daß die Kinder die Gelegenheit benutzen, wenn auch wirklich einige Schächer weniger einkommen, die machen sich schon wieder an anderen Stellen bezahlt.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom Himmelfahrtstages gemeldet. In der Kosjanen Allee wurde der Arbeiter Anton Brann, dessen Wohnung bisher noch nicht ermittelt werden konnte, unmittelbar vor einem in der Richtung nach Schöneberg fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 51 ungerissen. Er erlitt eine blutende Kopfverletzung, sowie eine schwere Gehirnerschütterung. Nachdem der Verunglückte auf der Unfallstation in der Gaudystr. Notverbande erhalten hatte, wurde er nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus eufgeführt, wo er in sehr bedenklichem Zustande daniederliegt.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittags gegen 2 Uhr in der Prinz Albrechtstraße. Dort streifte die Automobilnummer 2222, aus der Wilhelmstraße kommend, gegen die rechte Hinterperkwende des Straßenbahnwagens 217 der Linie P, der in der Richtung nach dem Dönhofsplatz fuhr. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Auto stark demoliert wurde. Der Insasse der Droschke, der Kaufmann Eduard Schwarz aus Paris, wurde gegen die Fensterscheibe geschleudert und erlitt erhebliche Schnittwunden im Gesicht und an der rechten Hand. Der den Straßenbahnwagen bedienende Schaffner Kuschold wurde dadurch an der rechten Hand verletzt, daß an dem Straßenbahnwagen zwei Seitenscheiben zertümmert wurden. Die beiden Verunglückten erhielten auf der Rettungswache in der Köpenickerstraße ärztliche Hilfe und wurden nach ihren Wohnungen gebracht.

Auf der Straßenbahn schwer verunglückt ist gestern morgen um 8 Uhr der 24 Jahre alte Kaufmann Siegfried Michaelsohn aus der Schönhauser Allee Nr. 52a. Als er während der Fahrt auf einen Treibwagen aufspringen wollte, kam er zu Fall und geriet so unglücklich unter den Anhängen, daß ihm der rechte Unterschenkel vollständig zerstampft wurde. Die Rettungswache in der Gaudystr. brachte den Verunglückten nach dem Virchow-Krankenhaus.

Eine Liebestragödie beschäftigt die Treptower und Berliner Polizei. In der Nähe des „Eierhäusleins“ fand man gestern im Treptower Park auf der Uferböschung der Spree einen Hut und andere Bekleidungsstücke und einen Schirm. Dabei lag ein Brief, in dem der Finder gebeten wurde, das Schreiben bei Hied in der Markusstraße Nr. 18 abzugeben. Der Briefschreiber, ein 27 Jahre alter Willi Hied, hat in dem Brief seine Eltern, ihn mit seiner Braut Gertrud Iwigowski aus der Randsbergerstraße gemeinsam beerdigen zu lassen. Sie seien in den Tod gegangen, weil sie sich im Leben nicht hätten aneignen können. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Aus dem Fenster des zweiten Stocks des Hauses Kolonnenstr. 9 abgestürzt ist der dreijährige Sohn des Maurers Kollhoff. Während der Abwesenheit seiner Mutter war der Knabe auf einem am Fenster stehenden Stuhl und von dort auf das Fensterbrett geklettert und sah auf die Straße hinab. Hierbei verlor der Kleine plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Schwer verletzt wurde das Kind zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht und auf dessen Veranlassung nach dem Kinderkrankenhaus in der Reinholdsdorfer Straße übergeführt.

An die arbeitende Jugend!

Nach des Tages schwerer Arbeit sehnt sich die arbeitende Jugend hinaus ins Freie, um sich in frischer Luft zu erholen und den Körper zu kräftigen. Der Berliner Jugendausflug erblüht daher in den Sommermonaten seine Haupttätigkeit in der Veranstaltung von Ausflügen, bei denen auch Spiel und Geselligkeit gepflegt werden sollen. Sonntag, den 8. Mai 1910: Waffenausflug der Berliner Jugend nach Pichelswerder (Restaurant „Zum alten Freund“). Abmarsch morgens 7 Uhr pünktlich von folgenden Treffpunkten: Köpenick: Bahnh. Köpenicker Allee. — Rietzelbeckplatz. — Schwedens. — Edergärtnerstr. — Vor dem Jugendheim. — Grunwaldstr. 115. — Nordosten: Prenzlaner Tor. — Osten: Landsberger Tor (Riegerdenkmal). — Valtenplatz (Normaluhr). — Sälteherder Bahnh. (Hoyens, Ecke Wladimirstr.). — Südosten: Köpenicker Bahnh. (Hauptportal). — Rottbusser Tor (Uranioskule). — Noabit: Bahnh. Weußelstr. Abmarsch in Pichelswerder gegen 12 Uhr. — Nachmittags gemeinsames Kaffeetrinken.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Wir erinnern daran, daß der Kursus in Nationalökonomie (Grunwald) morgen, Sonntag, früh 9 Uhr, seinen Fortgang nimmt.

Jugendkursus für Fortgeschrittene. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Kursus des Genossen Grunwald morgen, Sonntag, 11 1/2 Uhr, seinen Fortgang nimmt.

Zeugengefuch. Personen, welche gesehen haben, wie am Sonntag, den 6. März (Wahlrechtspariergang), auf dem Königsplatz an der Hinderfinstraße, nach dem Sturz des Schutzmansspferdes ein Herr von einem Kriminalbeamten verhaftet wurde, werden dringend gebeten, ihre Adresse an Mag. Bieran, N. 58, Stabanger Straße 11, vorn III, gelangen zu lassen.

Vermißt wird seit dem 20. April cr. der Former Adolf Schottlinger, 10. November 1846 in Allichau geboren, Lothringer Straße Nr. 33, wohnhaft. Er wollte angeblich zum Arzt gehen und ist nicht wieder zurückgekehrt. Er ist 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat schwarzes, kurzgeschmittenes Haar, braune Augen, künstliches Gebiß und grau melierten Spitzbart. Bekleidet war er mit schwarzem weichen Filzhut, grauem Jacketanzug, dunklem Sommerüberzieher, schwarzen Schnallschuhen, braunen Strümpfen und wollemem Semd gezeichnet A. S. Personen, die über den Verbleib des Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeibeamten mündlich oder schriftlich zu den Akten 1858. IV. 41. 10, mitzuteilen.

Bei der Waisfeier in der „Bodbrauerei“ (A. Kreis) sind gefunden worden: 1 Trauring, 1 leerer Portemonnaie, 1 Zigarrentasche. Verloren: 1 weiße Ninderboa. Abzuholen resp. abzugeben beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Bei der Waisfeier bei Bernhard Rose ist ein Spazierstock mit silberner Krücke und Monogramm gefunden worden, derselbe ist abzuholen bei Zuhle, Bahstr. 62/63. — Bei der Waisfeier im Prater ist ein Medaillon verloren worden; dasselbe ist gegen Belohnung abzugeben bei Hermann, Prinzen-Allee 26.

Vorort - Nachrichten.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung vom 4. Mai eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst gab es eine eingehende Erörterung über den von uns am Mittwoch mitgeteilten Beschluß der Aufsichtsbehörden, wonach Wilmerdorf gleich Berlin und den meisten der westlichen Vororte statt der seit 1896 erhobenen 90 Proz. Kommunalsteuer aufschlag 100 Proz. erheben soll. Mit Schmerz, jedoch mit Fassung, empfahl der Berichterstatter Stadtverordneter Hartung, in den angeleglich fauren Apfel zu beigen und gegen die Entscheidung des Provinzialausschusses keinen Widerspruch zu erheben. Interessant war in den Darlegungen des Herrn Hartung, daß die Minister des Innern und der Finanzen erst vor wenigen Monaten in einem Erlaß an die Kommunalbehörden empfohlen haben, tunlichst von einer Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer abzuziehen und in Notfällen lieber höhere Realsteuer zu erheben. Allerdings erscheint uns es zweifelhaft, ob Wilmerdorf ein Recht hat, sich zugunsten der 90 Proz. Zuschlag auf diese Ministerialverordnung zu stützen. Verständnis war angesichts aller Umstände der Vorschlag des Magistrats, die 275 000 M., die dank der Steuererhöhung um 10 Proz. im laufenden Jahre mehr an Zuschlägen zur Einkommensteuer eingehen werden, nicht durch Abstriche an den Realsteuern, also durch ein Geschenk an die Hausbesitzer, auszugleichen, sondern dem Ausgleichsfonds zugute kommen zu lassen.

Auch der Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dr. Leibig wußte nichts Besseres zu empfehlen, als es beim Nade bewenden zu lassen. Er leistete sich nur eine kleine Wutrede gegen den Regierungspräsidenten, indem er unter Hinweis auf den erwähnten Ministerialerlaß es unter dem Gelächter der Anwesenden für ausgeschlossen erklärte, daß eine so lokale Körperschaft wie die Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung annehmen könne, im Braußen stelle ein Mandat oder eine Regierungspräsident in der Tat eine stärkere Macht dar als die vom Minister repräsentierte. Eine weitere Wutrede aus dem Munde des Herrn Prof. Dr. Leibig galt dem Bürgermeister von Schöneberg, Herrn W. i. d. e. Neben effischen Rittergutsbesitzern sieht dieser Herr im Provinzialausfluß; und der Stadtverordnetenvorsteher erklärte es unter der schallenden Beifall der Versammlung weiter für ausgeschlossen, daß das Ortsoberrhaupt von Schöneberg der Stadt Wilmerdorf einen Streich spielt und für die Erhebung der 100 Proz. Zuschlag gestimmt hätte. Es gab auch noch eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen, die mit unterschiedlichen Protesten gegen die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts gepießt waren. Schließlich meinte die Stadtverordnetenversammlung doch, sich nicht ohne weiteres in ihr Schicksal fügen zu dürfen. Entgegen dem Vorschlage des Magistrats nahm sie einen Antrag des Stadtverordneten Walzchmidt an, wonach die Angelegenheit vorerst dem Provinzialausfluß überwiesen werden soll.

Des weitesten fand nach längeren Erörterungen eine Magistratsvorlage, die eine Aenderung der Umfassenerordnung in sich schließt, Annahme. Durch diese Aenderung soll den Beiträgen ein Ziel gesetzt werden, mit denen gewissenlose Grundstückspekulanten sich bis dahin vor der Zahlung der Umfassenersteuer zu drücken gewußt haben.

Bei der Erörterung eines Magistratsantrages, wonach an der Ringbahn in der Nähe des Bahnhofs Schmaragdendorf ein Grundstück zur Einrichtung einer Wülberlabestelle erworben werden soll, wies der Stadtverordnete Moll auf Schwierigkeiten hin, die den Erwerb des Grundstücks wesentlich verteuern würden. Eine der kommunalen Verwaltung nahestehende Person soll sich an diesem ansetzend nicht gerade laudieren Geschäft beteiligt haben. Die Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen.

Sodann brachte der Stadtverordnete Moll zur Sprache, daß seiner Information nach der städtische Obergärtner Thielen sich verschiedener Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht habe. Unter anderem beschuldigte Herr Moll diesen Beamten, daß er städtische Arbeiter in seinem Privatinteresse beschäftigt und ihnen auch den Anfluß an den Deutschen Gärtnerverband unterzagt habe.

Während Stadtrat Prohm auf diese Anschuldigungen hin kurz erwiderte, daß die Untersuchung des Falles noch schwebt, gab der Stadtverordnete Dr. Kleinig seinem Unwillen darüber Ausdruck, daß eine Angelegenheit, die ohne Lärm durch eine persönliche Anfrage an den Magistrat hätte erledigt werden können, in der Stadtverordnetenversammlung freigegeben werde. Ein anderer Stadtverordneter entgegnete, daß die Hinsichtigkeit der von den städtischen Arbeitern erbobenen Besoldungen schon vor einem halben Jahre in der Gartenbaudeputation erwiesen worden sei; sehr bezeichnend aber war, daß der Stadtverordnete Schulze die Anschauung zum besten gab, daß das seiner Ansicht nach anscheinend ganz zu Recht von dem Obergärtner erlassene Organisationsverbot die Triebfeder der erbobenen Anflagen bilde.

Eine weitere Anfrage der Stadtverordneten Moll und Genossen hatte die Errichtung von Arbeiterausschüssen in den städtischen Betrieben zum Gegenstande. Stadtrat Prohm erklärte, daß der Magistrat grundsätzlich mit der Errichtung solcher Ausschüsse einverstanden sei und die Vorbereitungen zu deren Bildung bereits getroffen habe.

Nicht sehr glücklich war der Einwurf des Stadtverordneten Klette, daß die Frage der Arbeiterausschüsse bereits seit einem Jahre die städtischen Körperschaften beschäftige und daß diese Tatsache um deswillen konstatiert werden müsse, damit die hinsichtlich Presse nicht etwa dem Demokraten Moll den Ruhm zuschreibe, die Angelegenheit erst angehtreten zu haben. Wenn es wahr ist, was Herr Klette behauptet, dann ist es nicht gerade rühmlich für die städtischen Körperschaften, daß die Arbeiterausschüsse nicht schon längst ins Leben gerufen worden sind.

Hirsdorf.

Ihren Berechnungen erlegen ist die jährliche Tochter Frida des in der Mahlower Straße 10 in Hirsdorf wohnhaften Beleuchtungs-

technischer Steiner. Das Kind war am Montag in der ersten Wohnung einen brennenden Gashofen zugange gekommen und hatte schwere Brandwunden davongetragen. Gestern ist das Mädchen nach entzündlichen Leiden im Elisabeth-Kinderkrankenhaus in der Hofenstraße verstorben.

An Blaubereenvergiftung erkrankten vorgeiern nachmittags die Bräutragere Frau Helene Aissel aus der Rosenstraße und ihr fünfjähriger Sohn Heinz. Ein Arzt, der alsbald gerufen wurde, bestätigte die Lebensgefahr. Frau Aissel und ihr Sohn hatten zu Mittag eingemachte Blaubeeren gegessen, die aus einem Rixdorfer Geschäft stammen. Der Arzt führt hierauf die Vergiftung zurück. Die Rixdorfer Polizei beschlagnahmte den Rest der Blaubeeren.

Kaffberge-Rüdersdorf.

Von herabstürzenden Steinmassen getötet wurde im Kaffsteinbruch zu Kaffberge der 29jährige Bergarbeiter Georg Dummer. Er war im Redenbruch mit dem Abfählen und Herunterstoßen der losgeworbenen Steine beschäftigt. Dabei kamen plötzlich große Steinmassen in Bewegung, die D. unter sich vollständig begruben. Obwohl Arbeitskollegen sofort Rettungsversuche unternahmten, konnte der Verunglückte nur noch als Leiche geborgen werden. Er hatte einen Bruch des Hüftgelenks und einen Schädelbruch erlitten.

Adlershof.

In der letzten Gemeindevertreterwahl wurde die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Ortsstatuts für ein Kuratorium der höheren Schule vorgenommen. Derselben gehört auch Genosse Hilbrandt an. Die Schuldeputation hatte die Ausarbeitung eines Ortsstatuts abgelehnt, sie wollte auch die höhere Schule unter ihre Befugnisse gestellt wissen. Die Majorität der Vertretung war aber der Ansicht, daß die Zusammensetzung der Schuldeputation keine Gewähr für eine freierliche Regelung des höheren Schulwesens bietet. Ein Antrag der Vertreter der 2. und 3. Abteilung beschäftigte sich mit dem früheren Austritt des jetzigen Gemeindevorstehers und Antritt des neugewählten. Der Wechsel wird nach dem Antrage am 21. Mai stattfinden. Auf Antrag des neugewählten Gemeindevorstehers wurden demselben bei der Pensionberechtigung die in der Gemeinde Vorhagen-Nummelsburg geleisteten Dienste in Anrechnung gebracht und dementsprechend seine Ansprüche bis zum Jahre 1903 zurückdatiert. Ein weiterer Antrag des Betroffenen, in der Gehaltsfrage ihm auch die Dienstjahre anzurechnen, wurde abgelehnt und ihm anheimgegeben, vor der nächsten Etatberatung seinen Antrag zu wiederholen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung mußten abgesetzt werden, da mehrere Vertreter verhindert waren, der Sitzung länger beiwohnen zu können, wodurch die Beschlußfähigkeit herbeigeführt worden wäre. Die Anwesenden einigten sich, nur noch Geschäftliches zu verhandeln. Unter diesem Punkte wurde von unseren Genossen die ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist erfolgte Entlassung des Gemeindevorstehers Schulz zur Sprache gebracht, da der Gemeindevorsteher sich geweigert hatte, die Anträge unserer Genossen über die Gründe der Entlassung auf die Tagesordnung zu setzen. Weil die Landgemeindeordnung die Anstellung und Entlassung von Beamten und Arbeitern dem Gemeindevorsteher vorbehält, beschied letzterer den Antrag unserer Genossen mit folgendem Ufak:

Adlershof, 26. April 1910.
Der Antrag vom 24. d. M., betreffend die Entlassung des Gemeindevorstehers Schulz, ist zur Vorlage für die Gemeindevertretung leider ungekommen, weil derartige Angelegenheiten lediglich zur Zuständigkeit des Gemeindevorstehers gehören.

Den mitunterzeichneten Herren wollen Sie, bitte, von diesem Bescheide Kenntnis geben. Reinsch.

Die Entlassung erfolgte bekanntlich im Anschluß einer Beschwerde, welche Genosse Horlich in der letzten Sitzung über die gerügten Lohnauszahlung erhoben hatte. In scharfer Weise übten die Genossen Soehl und Hilbrandt an dem Verhalten des Gemeindevorstehers und des Technikers Krüger Kritik und bezeichneten das Vorgehen der Genannten als höchst ungeschicklich, die jedes soziale Verständnis vernichten lassen. Aus der Verteidigung des anwesenden Technikers Krüger ging denn auch hervor, daß die Genannten in vollständiger Unkenntnis der gesetzlichen Vorschriften betr. der Kündigungsfrist waren. Als Grund der Entlassung wurde die wiederholte Kenntnis des Arbeiters angeführt. Besonders ein Vortrag der letzten Zeit war dem Techniker Krüger als ein schweres Verschulden und Beweis der Kenntnis des Arbeiters erschienen, welcher sich in Gegenwart des Sanitätskommissionärs und Mitglied des Dr. Baurath abspilte und wo der Techniker sich verpflichtet gefühlt hatte, den Arbeiter dem Dr. Baurath gegenüber zu entschuldigen. In der Sitzung hatte nunmehr der Techniker Krüger das Recht, daß Dr. Baurath erklärte, daß von einer Kenntnis des Arbeiters überhaupt nichts bewußt war und er gar nicht wußte, was der Techniker entschuldigen wollte. Auch dieser Redner erklärte, daß hier dem Techniker jedes Verständnis für das Wesen, Denken und Handeln der Arbeiter abzugehen scheint. Als Resultat der Verhandlung erklärte sich der leitende Schöffe Dr. Eymann bereit, bei dem durch Krankheit verhindertem Gemeindevorsteher die Einstellung des Arbeiters zu beschleunigen. Öffentlich wird die Verwaltung aus der Besprechung der Angelegenheit die Lehre gezogen, daß auch Arbeiter Menschen sind, welche darauf Anspruch erheben dürfen, nicht willkürlich behandelt zu werden. Zum Schluß wurde von Herrn Krüger das Verhalten des Gemeindevorstehers in Angelegenheit der Unzulänglichkeitserklärung der Wahl des Herrn Duge einer scharfen Kritik unterzogen, da nach den beigebrachten Unterlagen der Gemeindevorsteher wissen mußte, daß die in dem Wahlstreife aufgestellten Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen.

Zernsdorf.

Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich hier vorgestern in der Morgenstunde. Das Pferd des Schlichtermeisters Busch war vom Hof auf die Straße gelaufen. Als der Herr K. in der Lehre befindliche Sohn des Arbeiters Anorr das Tier einzufangen versuchte, erhielt er von demselben einen so schweren Schlag vor den Kopf, daß er auf der Stelle blutüberströmt liegen blieb. Der Lehrling wurde nach dem Königs-Wasserthausener Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Karlshorst.

Die Einweihung einer Kirche soll am Sonntag, den 8. Mai, am Orte vor sich gehen. Sowohl im hiesigen Ortsblatt wie auch in der Schule wird an die Schulkinder die Mahnung gerichtet, an der Feier teilzunehmen. Wie man uns mitteilt, soll Herr Oberlehrer Köppler angeordnet haben, daß die Kinder von der 4. bis zur 1. Klasse in vorchriftsmäßiger Kleidung zur Spalterbildung erscheinen sollen. Der Herr wird doch sicher diese Aufforderung an die Kinder mit dem Vorbehalt gerichtet haben, daß die Eltern damit einverstanden sind. Außerdem sollen 23 Kriegervereine zum Empfang eines wahrscheinlich an der Feier teilnehmenden Prinzen aufgestellt werden. Diese dürften für die Spalterbildung doch sicher ausreichen, so daß auf Schulkinder gänzlich verzichtet werden könnte.

Nieder-Schönhausen-Nordend.

Aus der Gemeindevertretung. Nach Annahme weniger wichtiger Vorlagen hielt der Gemeindevorsteher Schulze einen Vortrag über den Stand der Neubermessung des Gemeindebezirks. Danach ist die Vermessung für den Osten und den nordwestlichen Teil fertiggestellt. Ein weiterer Teil der Arbeiten ist noch abhängig von der Gemeinde Pantow, die ebenfalls eine Vermessung vornimmt. Die Unkosten betragen bis jetzt 10040 M., davon gehen 8000 M. Einnahmen für Grundstücksvermessungen ab, so daß 4040 M. Ausgaben verbleiben. Hieraus wurde der Erlaß eines zweiten Nachtbeschlusses zur Veranschaulichung für das Vermessungskomitee befaßt. Die Gebühren betragen für das Vermessungskomitee Gebäudefrontlänge 5 M., mehr bei zwei oder mehr Frontlängen 7,50 M. Das Gesuch des evangelischen Junglingsvereins, um Ueberlassung der Turnhalle in der Plantenburger Straße zur

Abhaltung von Turnübungen, wurde genehmigt. Unsere beiden Genossen stimmten nur unter der Bedingung dem Gesuch zu, daß auch den Arbeitervereinen die Turnhalle zur Verfügung gestellt werde; dies wurde vom Bürgermeister zugestimmt. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Notawes.

Die Uebergabe des in der Lindenstraße errichteten Krankenhauses zur öffentlichen Benutzung hat am Montag stattgefunden. Das Haus ist für 85 Betten eingerichtet; außerdem befindet sich auf dem Grundstück eine Isolierbaracke für 15 Betten. Das Institut ist in allen seinen Teilen nach den Regeln moderner Technik erbaut und auch die Inneneinrichtung und ärztlichen Hilfsmittel entsprechen den neuesten Anforderungen. Die Leitung des Krankenhauses ist dem Direktor des Oberlinenhauses, Dr. Poppe, übertragen, während als dirigierender Arzt Dr. Kammeler fungiert. Der Einweihungsfeier, welche am Montag nachmittags statt fand und einen rein kirchlichen Charakter trug, wohnten außer einer preussischen Prinzessin mit Gefolge der Regierungspräsident, der Landrat, die Gemeindeoberhäupter von Pösdam und Notawes, u. a. viel Ueber verschiedene Herren, die mehr oder minder an dem Neubau interessiert sind, ergoß sich, wie bei dergleichen Gelegenheiten immer, ein Ordensregen; u. a. erhielt Gemeindevorsteher Rathau den Roten Adlerorden 4. Klasse. Hoffentlich werden nunmehr die vielen berechtigten Klagen beseitigt, die bisher über das Krankenhauswesen in unserem Ort erhoben werden.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der Oberbürgermeister Erbarmen mit den geängstigten Hausbesitzern und gab folgende Erklärung ab: die Sache müsse noch etwas vorbereitet werden; durch allgemeine Redensarten oder durch Zeitungsartikel kann die Öffentlichkeit noch nicht gleich den Schluß ziehen, daß bereits den Herren Hausbesitzern Schaden erwachsen ist. Wir stehen wohl alle auf dem Standpunkt, daß die Grundbesitzer zu schützen, wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß wir ein volles Angebot von Wohnungen haben und sehen uns gar nicht nach Leuten um, die von außen kommen und hier Wohnungen bauen wollen. Mit positiver Sicherheit kann ich behaupten, daß der Militärismus gar nicht daran denkt, seinen Grund und Boden billig zu verkaufen; auch der Magistrat denkt nicht daran Hypotheken billig zu geben. Nach diesen Erklärungen, sowie nach der weiteren Erklärung, daß demnächst wieder eine Fählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen werden soll, tratmeten die Hausbesitzer erleichtert auf und man hatte nunmehr kein Interesse mehr daran, noch weiter über die Sache zu sprechen. Mit sehr enttäuschten Gesichtern zogen dann die zuhörenden Staatsarbeiter ab, nachdem man die ganze Angelegenheit verläßt hatte. — In der Wilhelmstadt soll ein neues Gemeindefachschulhaus nebst Turnhalle erbaut werden, wozu 225 000 M. gefordert werden. Der Magistrat scheint die Forderung schweren Herzens gestellt zu haben, denn wie der Oberbürgermeister erklärte, habe man im Magistrat einen größeren Saal bekommen, als man hörte, das Schulhaus soll über 200 000 M. kosten. Genosse Pieper wiederholte den bereits seit einem Jahr gefassten Antrag, ein Kaufsbad vorzusehen. Zunächst wollte man von einer Seite den Antrag mit der übrigen Burtigkeit bei Seite schieben, da erland aber unseren Genossen in der Person des prakt. Arztes, Stadtvorordneten Dr. Kantorowicz, ein tüchtiger Helfer, der mit aller Wärme für die Einrichtung von Kaufsbadstätten als ein notwendiges hygienisches Erfordernis eintrat. Er erklärte, daß es falsch sei, gegen diese Einrichtung zu stimmen, weil sie von sozialdemokratischer Seite komme. Diese ersten Worte eines bürgerlichen Stadtvorordneten verfehlten denn auch ihre Wirkung nicht, zwar erlaubte sich der frühere Bäckermeister, jetzige Rentier Kurtz den Einwand, daß die Reinigung der Kinder Sache der Eltern und nicht der Lehrer sei. Diesen Herrn, der bei der letzten Stadtvorordnetenwahl von der 3. Abteilung gewählt ist, konnte Genosse Pieper leicht durch den Hinweis abfertigen, daß diese Eltern gar nicht in der Lage sind, genügend für die Reinigung ihrer Kinder zu sorgen, weil sie morgens früh fort zur Arbeit müssen, um den Unterhalt zu verdienen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Der Stadtvorordnete Dr. Baumert (kons.) stellte den Antrag, das Kaufsbad in der Turnhalle einzurichten, weil im Schulhaus der Unterrikt gefehlt werde und es auch zweckmäßiger und gesundheitsdienlicher sei, wenn die Kinder vor dem Turnen ein Kaufsbad nehmen. Für diesen Antrag zeigte sich bei der Mehrheit eine Geneigtheit und infolgedessen erklärte sich auch Genosse Pieper mit diesem Antrage einverstanden. Derselbe wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. — Auch einige Polizeigeranten über Hafelhorst werden wieder gebordert, vorläufig nur zwei. Vom Oberbürgermeister und dem zur Hilfe herbeigerufenen Polizeikommissar sollte nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Beamten bei weitem nicht ausreichen. Interessant war ein Rückblick, den der Referent Stadtvorordnete Berlin 1899 im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung. Danach sind die Polizeibeamten um 78 Proz. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 Proz. gewachsen ist. Genosse Pieper meinte, wenn man die Polizeibeamten als Mädchen für alles gebrauche, denn sei es nicht zu verwundern, daß sie nicht ausreichen. So seien bei harmlosen Spaziergängen, welche Sozialdemokraten veranstalten, oft mehr Polizeibeamte auf der Straße als Spaziergänger. Die Vorlage wurde zwecks weiterer Prüfung einer gemeinsamen Kommission überwiesen. — Es wurden denn noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen, darunter große Geldbewilligungen für Straßenbauten und Unterführungen erledigt.

Stadtvorordnetenversammlung. Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Staatsarbeiter, da von Staatswegen keine Arbeiterwohnhäuser mehr gebaut werden sollen, auf den Weg der Selbsthilfe durch Vaugenossenschaften verwiesen. Infolgedessen hat sich die Charlottenburger Vaugenossenschaft mit den Staatsarbeitern zwecks Erbauung von Wohnhäusern in Verbindung gesetzt. Es war das Gerücht verbreitet, daß auch der Magistrat Gelände und Baugelände für diesen Zweck hergeben wollte und dies bei den hiesigen Hausbesitzern einen heillosen Schrecken hervorweckte, welcher dadurch noch besonders bekräftigt wurde, daß die Stadtgemeinde für die Charlottenburger Vaugenossenschaft auf dem Rottenhalden selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte. Da der Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt war, so drang über die Gründe wenig in die Öffentlichkeit. Der Grundbesitzerverein hatte denn auch schleunigst eine Eingabe an den Magistrat und Stadtvorordneten eingereicht, worin sie Auskunft erbaten über die Vergebung von Baustellen und Hypotheken an die Charlottenburger Vaugenossenschaft. Ferner war auch eine Interpellation der Stadtvorordneten Prager und Genossen, natürlich auch Hausbesitzer, in derselben Angelegenheit sowie eine weitere Eingabe des Grundbesitzervereins betreffend Aufnahme einer Statistik der leerstehenden Wohnungen nachträglich mit auf die Tagesordnung gesetzt. Es hatten sich infolge dieser Vorlagen eine große Anzahl von Staatsarbeitern, die Mitglieder der Charlottenburger Vaugenossenschaft sind, im Jubelraum eingefunden. Man war allseitig auf eine ziemlich heftige Debatte gespannt, denn auch die Staatsarbeiter hatten die Stadtvorordneten, die sie gewählt haben, scharf gemacht. Aber eine große Enttäuschung wurde allen bereitet. Auf eine Anfrage des Vorstehers Lüdicke, ob der Magistratsvertreter die Interpellation beantworten werde, erklärte der Oberbürgermeister, er möchte wohl gerne, aber er sei gar nicht informiert, auch im Magistrat sei darüber noch gar nicht verhandelt. Der Vorsteher Lüdicke machte geschäftsordnungsmäßige Reden und wollte weder eine Beratung noch eine Begründung der Interpellation zulassen, bevor sich nicht der Magistratsvertreter zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da fühlte denn der

Lennert, Hans Lothringersstr. 55
Möbel-Gelegenheitskäufe.
Lübeckstr. R., Rld., Bergstr. 4.

Misch Siegmund
Brück-Str. 13
auch Teilzahl.

Misch, Willh. Gr. Frkf. Str. 45/46.
auch Teilzahlung.
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105/4.

Möbel-Gelegenheitskäufe!
Wirtschaften aller Preislagen.
Willy Hasemanns Möbel-Haus
Grünwaldstr. 27.

Möbel-Kaufh. Norden, Luisenpark-Str. 11.
Möbel-Kaufh. Süden, Loth. Damm 27.

Möbel Krause Möbel
Nur Kastanien-Allee 40.
Teilzahlung gestattet.

Möbel-Rosien Kastanien-
Allee 57.

Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130.
Nagott, H., Richardpl. 9, Alt-Neu.
Oranienstr. 202.
Neumann, M., Vorw.-Leserstr. 5.

J. Ostrowski jr.
Gr. Frkf.-Str. 1, an Frkf. Str.

Möbel Spezial
Polsterwaren
gegen Bar- u. Teilzahl.

Neukirch, Gebr. Langestr. 9,
Siraauerstr. 33
am Molkenb.

Herm. Podeli N. Lych. Str. 1
E. Danzig. St.

Prüssing, Ludw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Butimasstr. 29. Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. a. C. Relier Nachf., Veteranienstr. 21.
Rettig, Fr. M., Fennstr. 44.

Gustav Richter, Möbel-Fabrik
Kastanien-Allee 26.
Köpenick, Grünauer Str. 9.
O. Schönswalde, Wilhelmshof 30.

Schmidt, Otto Möbelfabrik
Gartenstr. 52.
Waldfens.

Herm. Schulz Waldens.
Str. 12.

Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.

Siebeky, W. Gneissauerstr. 18.
og. Tischlerei u. Tapetierwerkst.

Stargard, O. Neue Königstr. 29.
Geleg.-Käufe g.

Bar- u. Teilzahl.
C. F. A. Stoffer & Co.
Fotsdamer Str. 77, Goltzstr. 40 a.

Stoye, Bernh. N. 20, Prinz-Allee 89
Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünd.
Straße 121.

Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahl.
Herm. Wendland Reinicke-
Straße 114.

Werthers Möbelfabrik
Götzkowskystr. 37.
Wilh. Witt, N. Wilhelmshav.-St. 64
Zierau, Ernst, N.W., Oldenbg.-St. 47

Molkereien
„Schweizerhof“
Melerei u. Milchverarbeitungsanstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch zu jeder Tageszeit frei Haus u. d. öbl. Preis. Zirkus 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente

Braun, Emil Musik. „Gitar“
Boxag. Str. 2
Brunow, A., Frankfr. Allee 150.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 46.
Pfeifers Musikh., Koth. Damm 99.
Schöncke, Otto, Rld., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.
Schulz, Pietschmann & Co., Franzstr. 24

Schweizer Musikhaus
N., 48 Stargarder Str. 67.

Nähmaschinen

Bellmann, E. Gollnowstr. 36.
W., Waschmach.

Göhre, R., Rld., Berlinerstr. 59 I.
Rosenthalerstr. 15.

Ed. Kruda, alle Systeme; Teilzahl.
Rld., Richardstr. 84.
Bernaustr. 59/60.

Pfaff-Nähmaschinen
G. Wendt, Wilsack-Str. 25

Phönix-Nähmaschinen
die besten der Gegenwart
kauft man - auch auf Abzahlung

W., Kronenstr. 57.
N., Danzigerstr. 79.
N., Swinemündenerstr. 87.
N., Beliermannstr. 84.
O., Frankfurter Allee 146.
O., Tilsiterstr. 77.
O., Boxhagenerstr. 18/19.
SO., Reichenbergerstr. 134.

In Rixdorf:
Berlinerstr. 23, Bergstr. 122.

W. Schoppe, Uxodamstr. 12.

Optiker

Dase, Paul, N., Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warshauerstr. 66.
Hochstätt, O., Rld., Berlinerstr. 22.
Schubert, Carl, Rld., Bergstr. 148.
Werner, Herm., Pappel-Allee 3/4.

Papier- u. Schreibw.
Seldler, Louis, Rld., Bergstr. 42.
Vogt, Wilh., Skalitzerstr. 75.

Putz- u. Modewaren

Bless, Paul Rld., Ermannstr. 141
am Bahnhof.

Graff & Heyn Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Haase, M. Rixd., Bergstr. 1.
Spezialität: Putz.

Mannach, Geschw. Rixdorf.
Brückenstr. 65, Ver-
kauf zu Fabrikpreis.

Nirsch, S. Kl. H., Reichsg. St. 139. Spez. Putz.

Kaufhaus f. Damenputz
Adolf Cohn jr.
Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Et.

Modeshaus
Wilhelm Metzner
Große Frankfurterstraße 92
Spezialhaus für Damenhüte.

Soebk, F. Spandau, Potsd.-St. 20.
Weiß, Emma, Rixd., Bergstr. 132.

Restorhandlungen

Doleschal, H. Kolonnenstr. 150 a.
Neumann, G., Grenadierstr. 43.
Schreibler, Berth., Neue Knipstr. 35

Schirme u. Stöcke

Graff & Heyn Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Niedner, Osk. Brunnenstr. 113.
Reinicke-Str. 48.

Schlesinger Lief. & Kassenzusammensetzer.
Scholz, Osw., Rld., Bergstr. 141.

Schuhwaren

Bartel, E. Adalbertstr. 19.
Baruch, S., Goltzstr. 41.
Behne, Marienbergerstr. 11. If. Ess.
H. Bekkers, Mirbachstr. 64, Lief. d. Kons.-Genossensch. Berl. u. Umg.

Bornschein, H. Rixdorf.
Bergstr. 138.

Conrad, Paul Frankf. Allee 171.
Birckenstr. 52.

Ed. Drechsler Reichenbergerstr. 31.
Havelbergerstr. 31.

Fäse, B. Müllerstr. 163 a. Lief. d. Kons.-Genossensch. Berl. u. Umg.

Fiebig, C. Goltzstr. 38, am
Wasserfeldpl.

Floor, Friedr. Sparr-Str. 17.

Formanowitz, E. Varstr. 53, an Hof.
R. Formanowitz, Fallastr. 1.

Graff & Heyn Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Otto Oulard, Swinemünderstr. 36.
Am

Hannes, Gust. Waldg. 1.

H. Hardtke Tempelhofer,
Berl.-Str. 110.

Heinrich, Johann, Petersb.-Str. 30.
Heise, A., Revalerstr. 6.
Hering, C., Petersburgerstr. 90.
O. Hofmann, Charl. Brücken-Str. 33.
Horloze, Graneserstr. 3, Fraßekestr. 14.
Heise, Heine, Badstr. 17. Lief. der Kons.-Genossensch.

Hübner, C. Rosenthalerstr. 13.
Jacobi, C., Boxh., Neue Babelstr. 23.
Janke, Hermann, Holzmarkt-Str. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herm. Jentsch, Charl., Besinast. 2.
H. Jettlaff, Badstr. 34.

Kaufhaus für Schuhwaren Fenn-
Str. 60.
St. Klara, Charl. Danckelm.-Str. 52.
Brunnenstr. 179.

Klein, A. Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilm. Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.
J. Lewy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Littauer, S., am Ringbahnhof.

Lucke, Herm. Waldemarstr. 63.
Risch, Naeder, Charl. Berlinerstr. 139.
Nasuch, Otto, Pallast. 14. 5. 5. Babau
Mieling, A., Weidowweg 20.
Paul Mülle, Stromstr. 35.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Potsd. Str. 45.
Massestr. 14.

Odrowski, F. Kothb. Damm 102.
Oestering, O., Grüner Weg 107.
Ortmann, Rich., Alt-Boxhagen 44.
Piandlothe, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 135.
Gelegenheitskäufe
Brunnenstr. 29.

Räsener, Hermannstr. 66.
Saalhelm, F., Rld., Hermannstr. 60.
Salomon, J., Petersburgerstr. 63.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 52.
Hermannstr. 69.

Schreter, J. Kottbuserdam 40.

Schuhhaus Benedik
Potsd. Str. 67 - Wilanckerstr. 57
Vorwärts-Leser erh. 10%. Rabatt.

Schuhhaus Böhm Varstr. 31, 33.
Schick Allee 125 a
Rld. Bergstr. 48.

Schuhh. Max Koh Belleallianenstr. 38.

Schuhwarenhäuser des Westens Yark-
Str. 55.
Schick Allee 125 a
Rld. Bergstr. 48.

Schüler, Wilh. Schöb. Allee 18-11.
Sommer, Wilh., N., Schöb. Allee 35.
Stolz, F., Warshauerstr. 42. E. Boxh.
Tasscher, E. Weidem. Kaschische, 619.
Thewald W. Wilmw. -Str. 28. L. Ess.
Turnow, Franz, Tegel, Berl.-Str. 1 a.
Wilm. - Augustenstr. 1.
Tugendreich, Alta Schönb., -Str. 42.

Wegner, R. Rixdorf.
Bergstr. 141.

Winter, H. Schönhauser Allee 81.
Zastrow, E., Rld., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marie Laender, Franzstr. 137.

Schuhwarenhäuser „Hannes“
Gr. Frkf. Str. 117, s. d. Andr.-Str.

Selben

Gustav Gambal, Kantstr. 64.
Memelerstr. 48 a,
Annenstr. 12.
Alle Haushaltungswart.

Hugo Joske Seifen eig. Erz.
Salz-Persil, Brassapier, Putzw., Liefg. L.
Haus 3 W. Kais.-Ang.-Allee 8, T. II, 946.

R. Semrau, Wrangelstr. 118.
Pöcklerstr. 26, Eisenbahnstr. 24.

Topfliche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Rld., Bergpl. 149.
Wilmersdorfer
Str. 118/119.

Graff & Heyn, Mauerkhof, M., Gr. Frkf. Str. 9, pt.

Trauer-Magazin
Westmann
Mohrenstr. 37 a, Gr. Frkf. Str. 113.

Uhren u. Goldwaren

Abel Goltzstr. 30.
am Winterfeldpl.

Oscar Aldag, Charl., Krummeest. 29.
Art, Herm., Mantelhofstr. 114.
Joh. Böggerow, Charl., Jögl. Weg 108
J. Börendt, Wrangelstr. 52.
G. Bohn, Charl., Taurogg. Str. 48.
Otto Brauer, Müllerstr. 154.
Briese, Ernst, Rld., Berl.-Str. 61.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 43.

Ebert, Otto, Huttenstraße
Nr. 67.

R. Eichler, Reinicke-Str. 42, O. Residenzstr. 16.
Ellinghausen, Gebr., Grinerweg 44.
Fabian, Max, SO 26, Wilm.-Str. 25.
Flegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.
Friebe, Konrad, Müllerstr. 4.
Charlottenburg,
Berlinerstr. 124.

George, Adolph, Badstr. 65.
Gegner, Chr., Nollathockplatz.
Gerörcke, C., Nollathockplatz.
Gromadics, P., Andreasstr. 29.
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.
J. Herzog, Charl., Pestalozzstr. 31.
B. Hirschfeld, Besenhalstr. 24, Park-
u. Brunnenstr. 76.

Hoöpff & Kaempf Koth. Damm 99.
Martin Klein, Neue Hoehstr. 25.
Kniebusch, W., Vrtf. Chaussee 61.
J. Körner, Reinicke-Str. 14. See.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kothb. Damm 23.
Königstr. 43/44.

Lewin, Adolf, Königstr.
43/44.

Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 83.
Lux, Carl, N., Chausseestr. 41.
Mildt, A., Charl., Krummeest. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankf. Str. 91.
Nollath, Karl, Simon-Dachstr. 13.
Ontario, M., Gr. Frankf. Str. 136.
Pfundleibe, Petersburgerstr. 37.

Quitzow, Joh., Müllerstr. 1 a.
Rampmaier, F., Skalitzerstr. 23.
Rapp, Chr., Weissenhof-Str. 157.
Rixdorf,
Bergstr. 122.

Rudolph, H. Schöb. Allee 138 a. T. I.
Schöb. Allee 138 a. T. I.
Schöb. Allee 138 a. T. I.

Schradler, Otto, Nr. 8.
Rich. Schramm, Turnstr. 32.
Schroth, Emil, Kothb.-Damm 101.
P. Schuch, Charl., Knobels-Str. 40.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 5a.
T. Stolz, Chausseestr. 83.
Carl Stühr, Dresdenstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermann-Str. 1.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 22.
Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 185.
Landab.-St. 98

Ueckermann, G., Skalitzerstr. 62.
Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
Otto Weber, Bellermannstr. 92.
F. Wenig, Müllerstr. 28.

Werner, Herm., Pappel-Allee
Nr. 4-4.

Wilder, Hans, Rosenth.-Str. 63/64.
Winkler, W., Reinicke-Str. 22.

Wittig, Ad., Rixdorf,
Berlinerstr. 44.

Wolter, M., Rld., Rld., Hermannstr.
Wüsteney, O., Brunnenstr. 106.

Wutke, Karl Frenckstr. 7.
Ipsalderstr. 16.

Kcennecke, A. Eig. Reparaturw.

Warenhäuser

Bieber, Nr., Yorkstr. 37, am Bf.
Schweden

Max Blumenreich, Sir. 1.
Frankfr.

Brünn, Nachf. - Allee 194.

Warenhäuser Max Codik
SO, Wrangelstr. 20, Ecke Pöcklerstr.

David, L. S. Sim.-Dachstr. 42.
Alt-Boxhag. 36.

Loewenberg & Co., Bager-
str. 107
am Baltenplatz.

Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 34.

Warenhäuser M. Hirsch
Spandau

Weiss, H. & Co. Baumhölberg,
Vieltrigpl. 17.

A. Weiss & Co. Nachf.
Schöneberg, Hauptstr. 11.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Weine u. Fruchtsäfte

Bettlinger, Eug. Wall-Ecke, Wall-Eck.
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 31.
Ele n. Weyle, Lichtebr., Gerichstr. 16.
Großd., Zur Sonne, P. Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 183, Kast. Allee 4.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Ecke Wilmers-

Reins 6r. Des. Schürren-
Ecke Wilmers-Str.

Rieß, Fritz, Rld. Hermannsplatz 3.
Kast. Allee 196.

Schulz, Otto Alb., Markussstr. 25.
Fll. Lall.

Sello, Hermann, Stadt-
Einzelverkauf zu Engrospreisen.
auch Liköre u. Säfte.
Kast. Allee 196 a. Pflanz.
Einzelverk. & Engros.

Welle, W., Hermannstr. 160.

Wendig, Herm., Elisenstr. 11.
Wormuth, Oswald, Kopsdag-Str. 1.

Weiß, Wollw., Trikot.

Boeldicke, Max, Chausseestr. 67.
Strpf. u. Trikot

Erdow, Otto, Rld. Hermannstr. 58.

Giel, A., Gryphius-Str. 17, Ecke.
Wilmersdorfer

Graff & Heyn, Straße 118/119.

Jonas, Hermann Kästrin.-Pl. 1.
Hofstr. 119.

Juncker, H. Rixdorf,
Hermannstr. 172.

Kaufh. Katski, Rld. Kais. Friedr.-Str. 31/2.

Kaufhaus London, Rld., Bergstr. 47.

Klar, H., Reichenbergerstr. 133.

Kaufhaus Levy, Frk., Hermannstr. 52.

Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 200.

A. Radloff, Reinicke-Str., Markt 1 a. See
Rachmer, C., Andreasstr. 69.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Stawenow, Charl., Geden-Str. 19.

Tichauer, S., Rld., Hermannstr. 41.
A. Tschaege, Elisabethstr. 13.

Weber & Heynacher Gr. Frkf. Str. 96.
Frkf. Allee 134.

Wollhaus Lucas Rixdorf,
Bergstr. 58.

Zahn-Atelier

Beyer, R. Rixdorf,
Bergstr. 182.

Hollbruch, Herm., Fennstr. 61, geg. 1871

Jordan, Alf., Fennstr. 61, geg. 1871

Lüdecke, Franz, Grolfsw.-Str. 21.

Damen- und Mädchen-Konfektion. = Billiste = **Blusen & Röcke**
Bezugsquelle: **Kostüme & Paletots**
Eigene Fabrikation. **Gustav Werner,** Schönhauser Allee 48a
Kein Laden!!

Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71

BERLIN N.

Chausseestrasse 70-71

Preiswerte Angebote

von Sonnabend, den 7. Mai bis -Dienstag, den 10. Mai cr. **So lange Vorrat**

Backartikel zum Festkuchen

Weizenmehl 00	5 Pfd.-Beutel	95 Pf.	Mondamin	Pfd.	55 Pf.	Vanillezucker	3 Pack	20 Pf.
Weizenmehl 000	5 Pfd.-Beutel	1.05	Sultaninen	Pfd.	55 45 Pf.	Backpulver		
Kaiser-Auszug-Mehl ...	5 Pfd.-Beutel	1.10	Rosinen	Pfd.	50 Pf.	Backpulver	Oetker und Liebig, 3 Pack	25 Pf.
Victoria-Auszug-Mehl ..	5 Pfd.-Beutel	1.15	Korinthen	Pfd.	35 Pf.	Vanillezucker		
Kartoffelmehl	Pfd.	15 Pf.	Mandeln süß	Pfd.	1.20	Zitronen, Mandeln u. Vanille-Essenz 3 Pf.		25 Pf.
Liebigs Backmehl	Pfd.	37 Pf.	Mandeln bitter	Pfd.	1.30	3 Stangen Vanille		16 Pf.
Weizenpuder	Pfd.	33 Pf.	Zitronat	Pfd.	58 Pf.	Frische Getreide-Hefe		Pfund 65 Pf.

Grosser Strumpf-Verkauf in Damen-, Herren- und Kinder-Strümpfen

Qualitäten: Macco, gestrickt, Fil d'Ecosse, fein rein Wolle, Petinet, Seiden-Imit. Farben: Schwarz, Lederfarbig, Feinfarbig und Ringel.

Serie 0	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Damen - Strümpfe Kinder - Strümpfe Herren - Socken					
Paar 9 Pf.	Paar 18 Pf.	Paar 28 Pf.	Paar 38 Pf.	Paar 48 Pf.	Paar 68 Pf.
Wert bis 30 Pf.	Wert bis 40 Pf.	Wert bis 60 Pf.	Wert bis 65 Pf.	Wert bis 85 Pf.	Wert bis 1.50 M.

Sonntag, den 8. Mai, sind unsere Verkaufsräume von 8 bis 10 und von 12 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gode, Berlin. Druck-Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vermischtes.

Erdbebenkatastrophe in Zentralamerika.

Von einer verheerenden Erdbebenkatastrophe ist die Stadt Cartago in der Republik Costa Rica heimgesucht worden.

Die Nachrichten über das Unglück laufen nur sehr spärlich ein, da die telegraphischen Verbindungen durch das Erdbeben zerstört wurden.

Die Stadt Cartago, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz der mittelamerikanischen Republik Costa Rica, liegt 1400 Meter über dem Meere im Süden des stets in Tätigkeit befindlichen Vulkans Irazú.

Grubenexplosion in Nordamerika.

185 Bergleute getötet.

Aus Birmingham im Staate Alabama meldet uns ein Telegramm, daß auf der dortigen Palos-Mine durch eine Explosion 185 Menschen ums Leben gekommen sind.

Die Explosion ereignete sich Mittwochmittag gegen 1 Uhr, kurz nachdem die Nachmittagschicht ihre Arbeit begonnen hatte.

Nach einer Pause von mehreren Stunden konnten die Bergungsarbeiten fortgesetzt werden. Bis Donnerstag morgen waren erst 11 Leichen aufgefunden, die in einer Tiefe von 1400 Fuß gearbeitet hatten.

Von den in der Grube eingeschlossenen wird sich, wie bestimmt angenommen wird, niemand mehr am Leben befinden, die durch die Explosion verschonten Arbeiter dürften den giftigen Dämpfen zum Opfer gefallen sein.

Birmingham, die Hauptstadt der Grafschaft Jefferson, ist das Zentrum eines blühenden Bergwerksdistrikts. Kohlen- und Kieseisenlager sind der Hauptreichtum der Gegend.

Der Urheber des Verbrechens

In der Rue Voharin in Paris ist von der Pariser Polizei verhaftet worden. Im Februar d. J. fand man dort einen abgeknittenen Frauenkopf, später an anderen Stellen die zerstückelten Körperteile eines Mädchens.

Dynamitexplosion.

Am Mittwoch flog in Innsbruck eine Bauhütte, welche zur Unterkunft der beim Bau der Mittenwalder Bahn beschäftigten Arbeiter errichtet war, durch Explosion von Dynamit in die Luft.

teils entsehrlich verstümmelt. Die Verunglückten sind italienische und kroatische Arbeiter.

Kleine Notizen.

Die Stadt Armori in Japan wurde durch eine Feuersbrunst zerstört. In den Flammen sind 18 Personen umgekommen; 30 000 Menschen sind obdachlos.

Durch einen wildgewordenen Stier wurde auf der Lokalbahn Eger-Tutnau ein Eisenbahnzug zur Entgleisung gebracht. Der Stier rannte gegen den Zug an und geriet unter die Maschine.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung hat die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber dem Jahre 1900 um 15 121 036 Seelen zugenommen.

Durch Reiben des Förderseiles stürzten auf der Grube Decageville in Frankreich drei Bergleute in die Tiefe; zwei von ihnen sind tot, der dritte wurde schwer verletzt.

Ein Segelboot, das an der Westküste in der Nähe von Cherbourg kreuzte, kam durch einen Windstoß zum Kentern; die vier Insassen ertranken.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 5. 5. om, leit 4. 5. ara, Wasserstand, am 5. 5. om, leit 4. 5. om. Lists various locations like Remel, Zühl, Pregel, Ankerburg, Weichsel, Thorn, Oder, Ratibor, etc.

+) + bedeutet Sturz, - Fall. - *) Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung von heute hat die obere Oder ein etwas über mittelgroßes Hochwasser. Der Wasserstand erreichte heute morgen 618 Zentimeter am Pegel Ratibor, das ist 170 Zentimeter über Ausuferungshöhe, 40 Zentimeter über Mittelhochwasser, aber noch 119 Zentimeter unter dem höchsten Hochwasser.

Stiller



Gegr. 1867

Jerusalem Str. 38-39, Potsdamer Strasse 2, Taentzien-Strasse 19a

Katalog gratis

Zentrale und Versand:

Gegr. 1867

Friedrich-Strasse 75, König-Strasse 25-26, Schöneberg, Hauptstr. 146

Katalog gratis

Jerusalem Str. 38-39

Damen-Stiefel

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt ... 8.75 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schallschnitt, auch m. Lackkapp., in ganz neuen Fass., m. hohen oder niedrig. Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schallschn., auch m. Lackkapp., in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität u. Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Kinder-Stiefel

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt 25-27 5.50 M., 28-30 6.50 M., 31-33 7.50 M., 34-36 9.00 M.
Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, 1a Boxcalf od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt 28-27 7.50 M., 28-30 8.50 M., 31-33 9.50 M., 34-36 11.50 M.
Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt 31-33 8.00 M., 34-36 9.50 M.

Herren-Stiefel

- Boxcalf - Schnürstiefel, moderne breite Fassung ... 8.75 M.
Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Fassung, sehr haltbar, Rand gestuppt ... 10.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schallschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... 15.50 M.



Braun od. schwarz Chevreau-Damen-Halbschuhe

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.

Tennis- oder Turn-Schuhe

Grau Segelleinen, mit Chromledersohlen

25-30 1.90 M., 31-33 2.50 M., 34-42 2.90 M., 43-47 3.50 M.

Segelleinen mit Gummisohlen, weiß, grau und braun

25-30 2.00 M., 31-33 2.50 M., 34-42 3.00 M., 43-47 3.50 M.

Sandalen in mod. u. antik. Formen

Rindleder, braun und schwarz, mit Absatzfleck

25-26 3.25 M., 27-30 3.75 M., 31-33 4.25 M., 34-42 5.00 M., 43-47 6.00 M.

Rindleder, braun, randgenäht, biegsame Sohle

25-26 3.50 M., 27-30 4.00 M., 31-33 4.50 M., 34-42 5.50 M., 43-47 6.50 M.



Braun od. schwarz Chevreau-Herren-Halbschuhe

12.50 M. 15.50 M.

Morgen Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet

CONRAD JACK & COE.

120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

- | | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|
| C., Spittelmarkt 15 (Tollhaus). | NW., Beusselstraße 29. | O., Andreasstraße 50. | SO., Wrangelstr. 49. |
| C., Rosenthaler Straße 14. | N., Friedrichstraße 127, schräg | O., Frankfurter Allee 125. | SW., Friedrichstraße 240-241, |
| W., Potsdamer Straße 50. | gegenüb. d. Oranienburgerstr. | SO., Oranienstraße 32, zwischen | am Halleschen Tor. |
| W., Schillstraße 16. | N., Müllerstraße 3. | dem Oranienplatz und Adal- | Charlottenburg: |
| NW., Turmstraße 41, Ecke Olden- | N., Reinickendorfer Straße 23, | bertstraße. | nur Wilmsdorfer Straße 122-123. |
| bürger Straße. | gegenüber d. Plantagenstr. | SO., Oranienstraße 2a, (unmittel- | Rixdorf: Bergstraße 30-31. |
| NW., Wilsnacker Straße 22. | N., Brunnenstraße nur 37. | bar an der Hochbahnstation | Potsdam: Brandenburger Str. 54. |
| | N., Danziger Straße 1. | Oranienstraße. | |

Zu Pfingsten das Beste!

Braun Chevreau-
Herren-Schnürstiefel — aparte Modefarben — **8.50**
M. 16.50 14.50 12.50 10.50 9.50

Condor-Patent
Herren-Schnürstiefel — ohne zu schnüren
D. R. P. 174209

Der Wohltäter für empfindliche Füße. Das Ideal modernster
Fußbekleidung. Bequem, praktisch und elegant!
in den beliebtesten Lederarten und Farben

zu **19.50 16.50 13.50 10.50**

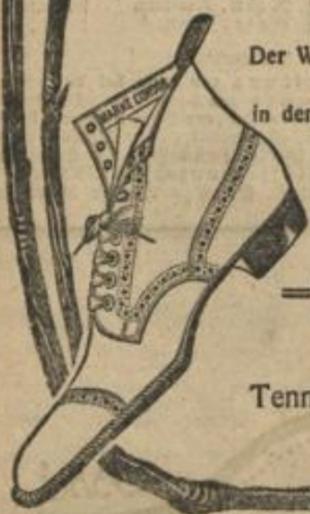
Braun Chevreau-
=Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel=
in modernen, dabei äußerst bequemen Formen

Tennis-Schuhe u. Stiefel — Reform-Sandalen — Turnschuhe — Reiseschuhe — Lasting- u. Segeltuchschuhe

Braun Chevreau-
Damen-Schnürstiefel — neueste Modelle — **7.50**
M. 16.50 14.50 12.50 10.50 9.50 8.50

Braun Chevreau-
Damen-Schnürschuhe hochelegante Promenadenschuhe
7.50 9.50 12.50

Die von der Mode begünstigsten
= Stoff-Stiefel und Schuhe =
leicht — bequem und elegant — hervorragend preiswert!



Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Trotz Tabaksteuer - Erhöhung

zu bekannt billigsten Engrospreisen.

vorverkaufen wir unsere vorzüglichen Zigarrenmarken

Nebstehende Original-6 1/2-Pf.-Zigarre "Don Ernesto" mild und pikant Mk. 4.85.

Kl. Mexiko . . . 100 Stück 3.—	Goldadler . . . 100 Stück 4.50	Don Manuel . . . 100 Stück 5.50
Don Pedro . . . " " 3.50	Dellciosa . . . " " 5.—	Amande . . . " " 6.—

Nicht unter 100 St. von einer Sorte, 400 St. franko Deutschl. Nachn., Nichtausg. nehmen zurück.

Czollek & Geballe

Zigarren Berlin C., Neue Promenade 7 Tr.
Engros, vis-a-vis Haupting. Stadthof Börse.

Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma **Fischer & Herwig, Hann. Münden.**
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage: **Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70**
Amt VII, 3047.

Hierdurch Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich das Lokal **Hohenbergstraße 8** vom Genossen Bolze übernommen habe. Ich erlaube mir hiermit, die Genossen heute zu einem gemütl. Schoppen einzuladen. 90585
Gehäckungssohl W. Grünberg.

Gartenstadt Hoppegarten.

700 Morgen — 26 Minuten von Berlin — Ca. 12. von 10 W. — 100 W. Anzahlung.

Warum sind unsere Umsätze so groß?

1. Weil die enge Schraube der Mietsteigerungen viele Berliner zum Erwerb der eigenen Scholle veranlaßt.
2. Weil wir jedem den Erwerb der eigenen Scholle durch günstigste Zahlungsbedingungen ermöglichen, da die Anzahlung nur ein Zehntel der Kaufsumme beträgt, der Rest auf zehn Jahre eingetragt, aber auch in jährlichen Raten getilgt werden kann.
3. Weil unsere in der Anlage begriffene Siedelung am Bahnhof Hoppegarten in wirklich erschaulich kurzer Zeit ein bedeutendes Wachstum gezeigt hat.
4. Weil der von Jahr zu Jahr wachsende Verkehr mit Hoppegarten durch den projektierten viergleisigen Ausbau der Ostbahn einen neuen mächtigen Impuls erhalten hat.
5. Weil der praktische Sinn der Berliner Bevölkerung den hohen ethischen und wirtschaftlichen Wert des eigenen Heim auf eigene Scholle erkannt hat.
6. Weil Hoppegarten, was ein unschätzbare Vorteil ist, in 20 Minuten von Berlin aus zu erreichen ist.
7. Weil wir bereits ein Vorort in der Umgegend Berlins geschaffen und zu hoher Blüte gebracht haben.
8. Weil in unseren Kolonien kein Bauzwang herrscht.
9. Weil die beglumende Alexa der Stadtbahnlinien das Wohnen in Hoppegarten unter Beförderung der Arbeitszeit bei englischer Tischzeit mit Leichtigkeit ermöglicht.
10. Weil sich der Käufer eines Grundstücks in der Gartenstadt Hoppegarten infolge der dauernden Werftsteigerung die denkbar beste Kapitalanlage schafft.
11. Weil wir mit der Anlage unserer Gartenstadt Hoppegarten erst vor wenigen Monaten begonnen haben, wir deshalb

den ersten Ansiedlern große Vergünstigungen bezüglich der Lage und Preise der Grundstücke gewähren.

Wichtige Auskunft im Restaurant "Schwielzerhäuschen". Unlustere Zwischenpersonen, die unsere geehrten Interessenten am Bahnhof oder auf der Straße ansprechen, sind mit unseren Herren Vertretern nicht identisch.

Zur Beschaffung unserer Gartenstadt wende man sich nach Verlassen des Bahnsteiges zur Treppe durch die Bahnunterführung.

Auslaststellung in Hoppegarten nur Eichen-Allee 5 in unserem Bureau, nahe der Kirche. Prospekt gratis.

Allgem. Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H., vormals C. Winkler.
Berlin C. 25, Dircxsonstr. 20. Tel. VII, 2524. Hoppegarten 86.

Ein fröhliches Pfingstfest

bereitet sich jeder selbst, wenn er seinen Bedarf an Kleidungsstücken bei der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung — fertig und nach Maß — deckt.

In allen Abteilungen unseres Spezialgeschäftes unterhalten wir eine Riesenauswahl

:: Sommer-Paletots :: von M. 15.00 an	:: Jünglings-Anzüge :: von M. 8.50 an
:: Jackett-Anzüge :: von M. 14.00 an	:: Wetter-Kapes :: von M. 8.50 an
:: Sommer-Ulster :: von M. 16.00 an	:: Herren-Stoffhosen :: von M. 2.75 an
:: Jünglings-Paletots :: von M. 9.00 an	:: Knaben-Anzüge :: von M. 2.50 an

Phantasiewesten in Wasch-, Woll- u. Seidenstoffen
entsückende Neuheiten von M. 1.90 an

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe in haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl in achten auf tadelloser Verarbeitung und gute n Sitz in werden stets das Neueste zum Verkauf bringen in verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen in haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

**Original-Entwurf!
Nachdruck verboten!**

Leske & Lehrer, Kottbuser Damm 78

Der reich illustrierte Prachtkatalog mit Angaben der neuesten Moden ist erschienen. Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet

Derffingerhaus



Bernward Leineweber

4-5 Köllnischer Fischmarkt 4-5, gegenüber der Breite Strasse.

Für jede Körperform passend
Anzüge • Ulster • Paletots

21 25 28 32 36 42 48 54 60 68 M.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 M.

Meine Fabrikate, in eigenen Werkstätten gediegen verarbeitet,
sind unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Große Auswahl.

Billige Preise.

Derffingerhaus

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gartenstadt Hofjagdrevier
am Bahnhof Birkenwerder

1000 Morgen — □-Rute von 10 Mark aufwärts
Stundung des Restkaufgeldes bis 1920. — 10% Anzahlung.
Beliebig hohe Abzahlungen.

Niemand weiß es besser, als die 3000 Käufer unserer Grundstücke in den von uns angelegten Siedelungen, wenn wir eine neue Kolonie ins Leben rufen, daß die Grundstückspreise in allen unseren Siedelungen, als sie sich in der allerersten Anlage befanden, enorm billig waren. Durch die schnelle Entwicklung, die jede unserer Kolonien, wie Bahnhof Buch, Röntgenal, Fichtenau, Kaulsdorf-Königstal, Kiekemal, Bahnhof Stolpe-Nikolaswald und Gartenstadt Hoppegarten, auszeichnet, erhöhen sich infolge dieser schnellen Entwicklung die Grundstückspreise im Handumdrehen. Wenn jemand die Absicht hat, sich einen Eigengarten oder ein Eigenheim zuzulegen, so soll er dann kaufen, wenn wir noch mit der Vermessung einer neuen Kolonie beschäftigt sind, weil wir dann diesen ersten Pionieren die Grundstücke fast zum Einkaufspreis abgeben. Dies ist in unserer neueröffneten, jedoch zurzeit noch gänzlich unentwickelten **Gartenstadt Hofjagdrevier** der Fall. Wir offerieren:

Unmittelbar am Bahnhof Birkenwerder, Baustellen (event. mit Baugeld) die □-Rute von 65 Mark aufwärts

Grundstück 10 bis 15 Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde und **direkt** am Hofjagdrevier die □-Rute von 10 Mark aufwärts.

Diese Angebote halten wir bis zum 15. Juni d. J. aufrecht. Auskunft direkt am Bahnhofs-Ausgange Birkenwerder im Restaurant „Boddensee“.

Allgemeine Bau- und Ansiedelungs-Gesellschaft
m. b. H. vorm. C. Winkler
Berlin C. 25, Dircksenstr. 20. — Tel. VII, 2524.

Das grosse LOS

können Sie zu Pfingsten gewinnen.
Gratis-Lose erhalten Sie in meinen Geschäften.
In allen modernen Mustern und Qualitäten empfehle:

Ueber 1000 Herren-Anzüge und Paletots

1 Anzug 18 M. Anz. 3 M. 1 Paletot 20 M. Anz. 3 M.
1 Anzug 26 M. Anz. 4 M. 1 Paletot 26 M. Anz. 4 M.
1 Anzug 32 M. Anz. 6 M. 1 Paletot 35 M. Anz. 6 M.
1 Anzug 40 M. Anz. 8 M. 1 Paletot 40 M. Anz. 8 M.

• Rock- und Gesellschafts-Anzüge • Ulster •

Gratis erhält jeder neue Käufer : : :
= **Weit unter Preis** =
empfehle **Damen-Garderoben** speziell in dieser Woche

1 Posten schicke **Jacketts und Mäntel**
1 Posten elegante **Kostüme und Kleider**
1 Posten entzückende **Blusen und Röcke.**

In besonderen Etagen:
Möbel 1 Zimmer u. Küche 20 M. Anzahlung
3 Zimmer u. Küche 50 M. Anzahlung
Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet.

GRÖSSTES CREDIT-HAUS
A. DAMITT.
I Geschäft — II Geschäft —
Rosentalerstr. 46/47 Müllerstr. 181

Ausnahmepreise
Mai, Juni, Juli.
Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
So kaufen Sie prima Briketts nach Gewicht!
A. B. Koch

Kohlen- und Brikett-Großhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1.
Lagerplatz I: O. 34, Hübenerstraße 71.
Lagerplatz II: O. 17, Fruchtstraße 13.
Lagerplatz III: N. 113, Schumstraße 28-34.
Preise für nur 1a Marken ab meinen Lagerplätzen bei Entnahme von 10 Zentner:

1a. Hansa-Halbsteine p. Stk. 70 Pf.
1a. Salon-Briketts, Marke Marienglück p. Stk. 72 Pf.
1a. Salon-Briketts, Marke Gotthold oder Pfännerschaft p. Stk. 82 Pf.
1a. Salon-Briketts, Marke Diamant (gel. gef.) p. Stk. 110 bis 120 (Std.) p. Stk. 90 Pf.
1a. Salon-Briketts, Marke Jaso p. Stk. 90 Pf.

Für Transport bis in den Keller oder 4. Etage je nach Quantum 10-15 Pf. mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinfeinheit billigt. Kost zu Verkaufspreisen. Holz nach Wunsch zerlegt. p. Stk. 200 Pf. Bei früheren Anschlüssen und Originalwaggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezialofferte. Versand nach allen Stationen hier und umher.

Dochachtungsvoll **A. B. Koch,**
37155* Rohlfengroßhändler.

Schneiderei für elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.

Fertig und nach Maß. — Garantie für tadelloser Sitz und beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung** Wochenrate von **1 Mk.** an

J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. L. Etage.

Schuh-Palast-Gesellschaft.

Verkaufsstellen: Landsberger Str. 61 direkt am Alexanderplatz. Weidenweg 63 direkt am Baltenplatz. 54272*

Zum Pfingstfest empfehlen unser reichhaltiges Lager in Schuhwaren aller Art zu wirklich auffallend billigen Preisen. — Unsere vier Hauptpreislagen in Herren- und Damen-Stiefeln sind:

Marke Nora 6.50 **Marke Fredo 8.50** **Marke Huldera 10.50** **Marke Leon 12.50**

Ferner empfehlen wir als besonders preiswert:
Damen-Leder-Hauschuhe . . . 1.90 | Damen-Leder-Spangenschuhe . . . 2.45 | Knaben-Stoff-Sandalen (bis 35 Größe) 1.90
Damen-Leder-Sandalen . . . 3.55 | Damen-Stoffschuhe m. fest. Ledersohle 1.35 | Kinderchuhe sehr preiswert.

Trotz der billigen Preise garantieren für Haltbarkeit. Unsere Verkaufsstelle Weidenweg 63 ist das größte Schuhhaus der dortigen Stadtgegend. Wir bieten eine enorme Auswahl, so daß Sie bei uns unbedingt gut und preiswert kaufen. Ein Versuch genügt und Sie bleiben dauernd unser Kunde.

Parteienossen erhalten 5 Proz. Extra-Rabatt. ♦ Besichtigung ohne jeglichen Kaufzwang.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Stationen Jentzen. Besitzer: **W. Heinrich.**
Für bevorstehenden Sommerhalbe halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Zuführung aufmerksamster Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Befestigungen aller Art.
45342*

Neu eröffnet!
Schirme! Stöcke!

Schirmfabrik Luisenstadt
Wilhelm Stenger Oranienstr. 38 am Oranienpl.
Reparaturen u. Bezüge schnell u. billig.

Willibald Jordan

Mantel-Jordan
Turm Str. 19.



Zum Pfingst-Fest!

Sehr billige Angebote:

Weisse Paletots aus Kammg.-Chev. und in sich gestr. Stoff, sehr schick verarb. M. 28.50-26.50-23.50-19.50-16.75-13.50-11.50 **9.50**

Paletots in Covercoat u. Stoffen engl. Charakt., jugendliche, feste Gürtelfassons M. 24.50-21.50-16.50-12.50 **9.75**

Paletots anschließend, aus feinen, schwarzen Tuchen und Kammgarnstoff, ganz gefüttert, prima verarbeit. 120, 110, 100, 95, 90 u. 85 cm lang M. 42-38-36.50-32.50-28-26.50 **19.75**

Frauen-Mäntel in all. Weiten a. gut. schwarz. Kammgarn- und Tuchstoffen auf Clothfutter M. 42.50-35.50-28.50-24.50 **14.50**

Staubmäntel u. Kimonos in Bast sowie aus uni, gestreift u. meliert, wetterfest. Stoffen, letzte Neuheiten M. 45-38-35-28-24.50-22-19-17.50-15.50-13.50-11 **8.75**

Jackett-Kostüme aus Tuch, Kammg., uni, gestreift und melierten Stoffen, nur neueste Fassons M. 62-58-55-48-45-42-38-36-30-28-24 **19.75**

Garnierte Kleider in feinen Wellstoffen, kleidsame Fassons nach neuesten Modellen gearbeitet. M. 92-88-76-69-65-58-55-48-45-42-39-35-32 **29.50**

Stickerei-Kleider in weiss, Blauer, rosa und hellblau mit Schweizer Stickereien und Spitzen garniert, aus indisch Mull und Leinen, auch Kussen- und Pierette-Fassons M. 48-45-42-38-36-32-29-26-23-21-18-16-14-11 **9.80**

Tüll- und Spachtel-Blusen auf Seide gearbeitet, wundervolle Dessins und kleidsame, luftige Garnierungen M. 35-32-29-26-22-19-16-14-12-9.50-8.75 **6.80**

Stickerei-Blusen aus indisch Mull und Leinen mit Schweizer Stickereien und Spitzen garniert M. 12.50-10.50-9.75-8.50-6.90-5.75-4.55-3.50 **0.95**

Leinen-Kostüme und Paletots in den edelsten Ausführungen... von M. **10.50**

Manufakturwaren-Sortiments-Geschäft

R. & S. Moses

nur! Reinickendorfer Str. 9-10
Ecke Dalldorfer Straße, an der „Markthalle Wedding“

gehört zu den größten und ältesten Lieferanten des „Rabatt-Sparvereins Norden“!

Ganz besonders wohlfeiles Angebot in Damen- u. Kinder-Konfektion

Waschblusen in all. Größen vorrätig 95 Pf. 1.25 1.95 2.50

Oberhemden aus Prima Percal 1.85 2.25 2.75 3.50

Oberhemden Zephir, waschbar 1.95 2.50 2.90 3.90

Oberhemden mit Schantung in all. Farb. 2.95 3.25 4.25 5.90

Stickerei-Blusen imitiert Leinen in allen Farben 2.50 2.95 3.50 3.90

Batist-Blusen garniert 0.95 1.25 1.95 2.25

Batist-Blusen mit elegant Stickerei 2.90 3.50 4.25 6.50

Staubmäntel 4.90 5.90 7.50 8.90

Bulgaren-Kittel in Batist, besonders preiswert, Größe 45-50-55, Stück 1.75

Engl. Damen-Strohhüte 0.95 1.25 1.75 2.90

Kinder-Matrosenstrohhüte 0.75 0.95 1.20 1.95

Wasch-Unterröcke 0.95 1.25 1.65 2.50

Elegante Matinees 2.45 2.90 3.50 4.25

Damen-Jacketts in hellen und schönen Farb. 4.90 5.75 6.90 8.75

Jacken schwarz, anschließend, 110 lang 18.75 21.50 23.75 26.50

Beachten Sie unsere vielen Schaufenster und Schaukästen und verlangen Sie bei jedem Einkauf

NORDEN-MARKEN

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Achtung! Augen auf!

Vollständiger

Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Auflösung

Herren- und Knaben-Garderoben

zu spottbilligen Preisen, daher für jedermann größte Gelegenheit, reell und billig zu kaufen.

Hermann Bendit

nur Brunnenstr. 68

Ecke Demminer Straße.

Gesamte Ladeneinrichtung spottbillig zu verkaufen.

Achtung!

Leh warne Neugierige

die stets billig einkaufen wollen, obwohl unsere Rohmaterialien ständig steigen.

Gute Farben zu angemessenen Preisen liefert

Paul Hermann
Linower Straße 1
(Bahnhof Wedding).

Eisenwarenhandlung

von Karl Wolf,

Boabitz, Turmstraße 59, empfiehlt billig verzinkt Draht, Blech, Säugerzeug, Blechkannen, Spaten, Hacken, Deden, Schaufeln, Gerten, Drähte, Riegel, Haus- und Küchengeräte.

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preussens abgehalten zu Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910. Preis 2.- M. Agitationsausgabe 1.20 M. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Wurst! Speck!

Speck (mager) 0.80
Speck (fett) 0.80
Landschinken 1.10
Rollschinken 1.25
DellkateSchinken 1.25
Lachsschinken 1.55
Schinkenspeck 1.10
Zwiebelwurst 0.55
Rotwurst 0.55

Landleberwurst 0.95
K. Kalbsleberwurst 0.95
Pomm. Fleischwurst 0.95
Schlackwurst, echt Holst. 1.25
Salami do. 1.25
Schinkenwurst, Westfal. 1.25
Mecklenb. Mettwurst 0.75
Braunschweig. do. 0.95

Paul Klähn

Berlin N., Reinickendorfer Str. No. 8 an der Wedding-Halle.



Telephon. Amt 3, 2632.

Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c, Ecke der Star-garder Straße.

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Anzüge, Paletots, Ulster

in den neuesten Farben und Mustern,

in allen Preislagen.

Elegante Maßanfertigung. — Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Modewarenhaus

Brunnen-Str. 111a
Ecke Volta-Straße.

Hugo Lindemann

Brunnen-Str. 111a
Ecke Volta-Straße.

Lieferant der

Konsumgenossenschaft

Berlin und Umgegend.

Streng reelle höfliche Bedienung.

Große Auswahl in Blusen, Röcken, Jacketts, Schleifen, Jabots, Gürteln, Gardinen, Portieren, Decken, Handschuhen, Strümpfen, Wäsche, Herren-Artikeln, Kleiderstoffen.

Jeder Käufer erhält ein elegantes Geschenk

(Gratis-Zugaben).

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18

Heute und folgende Tage:

Veteranenstr. 1

Doppelte Rabattmarken

Extra billiges Angebot
in
Lebensmitteln

Weizenmehl 000 5 Pfd. **95 Pf**
Wiener Auszugmehl 5 Pfd. **1,15**

Pa. Cervelatwurst . . . Pfd. 1.20	Marmelade . . . in 5 Pfd.-Eimer 1.20	Mandeln süß Pfd. 1.30
Pa. Salamiwurst . . . Pfd. 1.20	Pflaumenmus in 5 Pfd.-Eimer 1.05	Mandeln bitter Pfd. 1.30
Pa. Teewurst Pfd. 1.20	Kunsthonig 2 Pfd.-Dose 75 Pf.	Sultanrosinen Pfd. 45, 55, 65 Pf.
Westfäl. Schinkenw. . Pfd. 1.05	Reis Pfd. 16, 19, 23 Pf.	Grosse Rosinen Pfd. 45 Pf.
Pomm. Landbratwurst Pfd. 90 Pf.	Erbsen (mit Hülsen) . . . Pfd. 18 Pf.	Korinthen Pfd. 35 Pf.
Hallesche Leberwurst Pfd. 95 Pf.	Erbsen (geschält) Pfd. 23 Pf.	Zitronat Pfd. 60 Pf.
Landjeterwurst la. . . Pfd. 95 Pf.	Bohnen (welche) Pfd. 18, 22 Pf.	Backpulver } Dr. Getker 20 Pf.
Westfäl. Mettwurst . . Pfd. 95 Pf.	Linsen Pfd. 13, 18, 23 Pf.	Vanille-Zucker } 5 Pack
Zwiebelleberwurst . . Pfd. 48 Pf.	Pudding-Pulver 5 Pack 28 Pf.	Zucker gemahlen 5 Pfd. 1.25
Blutwurst Pfd. 48 Pf.	Himbeersaft 4 Flasche 48 Pf.	Waffelbruch Pfd. 60 Pf.

Suppen-Hühner
Stück **1.65 1.85 2.45**

Lebende Hühner
Stück **1.95**

Deutscher Kakao Pfd. **78, 95 Pf.**
Haushalt-Schokolade Pfd. **68 Pf.**
Bouillon-Würfel 20 Stück **48 Pf.**

Pa. Apfelsinen 10 Stück 18, 38 Pf.	Schweizerkäse in Stück Pfd. 85 Pf.	Sardinen in Oel . Dose 38, 48 Pf.
Zitronen 10 Stück 28 Pf.	Briekäse in Stücken . . . Pfd. 48 Pf.	Sardin. od. Anchovis Glas 23 Pf.
Rhabarber 3 Bund 20 Pf.	Ramatour Stück 24 Pf.	Brat- od. Bismarckher. Dose 45 Pf.
Radieschen 4 Bund 10 Pf.	Neufchateller Stück 12 Pf.	Fettbücklinge 5 Stück 18 Pf.
Schnittbohnen . 2 Pfd.-Dose 28 Pf.	Camembert Stück 18 Pf.	Hering in Gelee Stück 10 Pf.
Brechbohnen . . 2 Pfd.-Dose 28 Pf.	Frühstückskäse Stück 5 Pf.	Pa.-ge-räuch. Laohs in Stücken . Pfd. 90 Pf.
Gemischtes Gemüse 2 Pfd.-Dose 48 Pf.		
Pfefferlinge . . . 2 Pfd.-Dose 50 Pf.		

Prima Kasseler Rippespeer 85 Pf.

*) Mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger anderer Artikel.



Nur ein Schaufenster
habe ich, in meinem tiefen Laden finden Sie
aber ein Riesenlager
neuester Frühjahrs-

**Herren- und Knaben-
Garderoben**

das Sie ohne Kautzang besichtigen können. — Zu deren Anfertigung sind nur solche Stoff-Fabrikate neuester Musterung verwendet, deren Haltbarkeit ich seit Jahren erprobt habe. Ferner in Futterstoffe und Rosshaar-Verarbeitung. In bezug auf Passform bildet meine Konfektion einen vollen Ersatz für Massanfertigung.

Mein Verkaufssystem
schützt jeden Käufer
vor Uebervorteilung.

Jeder Anzug und Paletot trägt auf dem Etikett den deutlich lesbaren billigsten, aber streng festen Verkaufspreis. Bei mir gibt es kein Vorschlagen, kein Abhandeln.

Heinrich Ferester
nur Reinickendorferstr. 8
am Wedding-Platz, gegenüber der
Dankeskirche, neben der Markthalle

Alfred Kistenmacher
Tegel

Schöneborger Str. 67, Ecke Schulstraße.
Fernsprecher Nr. 310.

Billigste Bezugsquelle
für Zigarren.

Da ich mich mit geringem Nutzen begnüge, bieten meine Zigarren, welche ich von allerersten Fabriken bestelle, dem Käufer besondere Vorteile. Ich will den Käufer auch nach der Steuer die Möglichkeit bieten, wirklich gute Qualitäts-Zigarren billig bei mir kaufen zu können. Ueberzeugen Sie sich bitte durch einen Versuch!

Abt. Gud. u. Papierhandlung.
Lieferung sämtlicher Zeitschriften für Mode, Haus und Unterhaltung sowie alle Erfindungen des Buchhandels.

Photogr. Bedarfsartikel.
= Dunkelkammer zur Verfügung. =



Echte Panamas in großer Auswahl.

Hut-Jacob
Schönhauser Allee 104.

Stroh Hüte u. Mützen zu billigen Preisen.



Robert Bohn

Berlin N.
Invalidenstraße 135 und
Chausseestr. 122 vis-a-vis
Schloßglatz.

Berufskleidung für alle Gewerkschaften
Zur Maßanfertigung in eig. Werkstätten
zu Reklamepreisen. bietet große Stoff-Auswahl
jetzt eine enorme Auswahl in neuesten Anzügen, Paletots, Ulster, Hosen, modernen Westen zu fabelhaft billigen, festen Preisen.

Hutfabrik

Alfred Krug Brunnenstraße 54,
Schönhaus. Allee 115
Herrenfilzhüte RTL 1,90, 2,40, 3,—, 4,50.
Zylinder Nr. 6, 8, 10, 12 inkl. Reifearten.
Stroh Hüte und echte Panamas in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Größte Spezialgeschäfte des Nordens!
Lesern dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!



Fahrräder!

Brennabor, Göricke und Juno.
Große Auswahl in gebrauchten sowie neuen Rädern. Reparatur-Werkstatt. Teilzahlung gestattet.

Otto Krüger,

Pankstraße 4, Eing. Gerichtstraße.
Tel.-Nost 111, 5082.

Deutsche Hut-Kompagnie

vormals Bazar Brunnen

Wäsche

Krawatten

Westen

Ecke Demminer Str. **66 Brunnen-Straße 66** Ecke Demminer Str.

:: Herren-Hüte ::

: Stöcke :

Z. ALEXANDER & Co.

Bad-Strasse 55

BERLIN N.

Bad-Strasse 55

Extra-Angebote zum Pfingstfeste:

Konfektion · Weisswaren · Trikotagen

Blusen (Percal)	95 Pf., 1,75, 2,95
Blusen (Zephir)	1,75, 2,75, 3,75
Blusen (Batist)	1,25, 1,95, 2,50
Blusen (Batist)	2,75, 3,50, 4,50
Blusen (Musseline)	1,95, 3,25, 3,75
Kostümröcke (Wolle u. Waschstoff)	2,75, 4,50, 6,50
Unterröcke (Waschstoffe)	1,95, 2,75, 3,50
Unterröcke (Alpaka)	2,50, 3,50, 4,50

Kinderkleider (Wolle)	3,50, 5,25, 6,50
Kinderkleider (Waschstoff)	1,75, 2,50, 3,25
Kinderjacketts (Cheviot)	1,95, 2,60, 3,75
Kinderkapes (Lofen)	2,75, 3,50, 4,50
Kinderkapes (Cheviot)	2,50, 3,25, 4,75
Knabenanzüge (Waschstoff)	1,50, 2,50, 3,25
Knabenblusen (Waschstoff)	75 Pf., 1,00, 1,25
Knabenhosen (Waschstoff)	75 Pf., 95 Pf., 1,25

Kinderstrümpfe	Herrensocken	Herrenhandschuhe	Rüschen — Jabots	Babyhäubchen
Kindersöckchen	Kinderhandschuhe	Kindertrikots	Kinderkragen	Kinderhüte
Damenstrümpfe	Damenhandschuhe	Mako-Wäsche	Kindergarnituren	Matrosenmützen